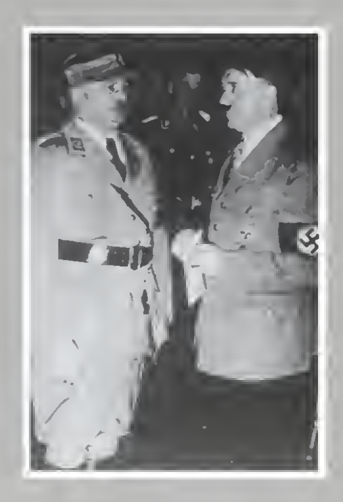
Historische Tatsachen Nr. 89

Dipl. Pol. Udo Walendy

Der vermutete "Röhm-Putsch"



Die "unblutigste Revolution der Geschichte", die **Adolf Hitler** zum Erstaunen der Welt legal zuwege brachte, hatte trotz Sieg und Konsolidierung der Verhältnisse einige Landsknechtkämpfer aus den eigenen Reihen nicht zufriedengestellt. Persönliche Machtgelüste und Emotionen sind eigenartige Antriebskräfte im unberechenbaren Ablauf der menschlichen Psyche.

Ernst Röhm, seit Januar 1931 Stabschef der Sturmabteilung (SA) besaß von diesen Attributen zu viel, blieb zerrissen zwischen Treuegelöbnissen gegenüber dem obersten Chef der NSDAP und eigenen verschwommenen Kampfparolen, mit denen er die Reichswehr unter seiner Führung als politische Volksmiliz in die SA integrieren und eine "zweite, eine sozialistische Revolution gegen die Reaktion" durchsetzen wollte. Hierbei blieb freilich alles unklar, was das eigentlich heißen und wie es geschehen sollte. In der politischen Realität konnte das nicht gut gehen.

Hitler hatte seinen Kurs gradlinig vorgegeben und lange gezögert, diese Auseinandersetzung zu beenden. An der Staatskrise, die mit dem 30. Juni 1934 verbunden war, haben verschiedene Kräfte mitgebastelt. Ihr blutiger Ausgang hat dem Reich schwer geschadet und dennoch die Führungsverhältnisse in Deutschland überraschend stabilisiert. Dennoch hinterließ das Handeln der Staatsführung bleibende Wunden, weil der vermutete "Röhm-Putsch" zumindest zu jenem Zeitpunkt nicht stattgefunden hatte bzw. geplant war, seine Niederschlagung viele Unschuldige das Leben gekostet hat, und es andere Möglichkeiten gegeben hätte, die Gefahrenlage zu handhaben.

Historische Tatsachen Nr. 89

-- Wissenschaftliche Schriftenreihe --

Dipl. Pol. Udo Walendy

Der vermutete "Röhm-Putsch"

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung.

Meinungsäußerungen fließen allein aus dem Kern der Tatsachen, nicht aus ferneren, insbesondere politischen Absichten.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 11.1.1994 (1 BvR 434/87) hat im Indizierungsverfahren gegen das Buch von Udo Walendy "Wahrheit für Deutschland" Kriegsursachen-Analysen unter den ausdrücklichen Schutz der Meinungsfreiheit gestellt.

Adolf Hitler
im Frühsommer 1933 zu den Gauleitern:

"Wir haben unsere Revolution nicht um ihrer selbst willen gemacht, sondern um die deutsche Volksgemeinschaft politische Wirklichkeit werden zu lassen. ...

Unser wirklicher Sieg werde davon abhängen, ob es uns gelinge, die dynamischen Kräfte der Bewegung diszipliniert und gezügelt in den Aufbau dieses Staates einmünden zu lassen. ...

Ich werde einer zweiten Revolutionswelle mich energisch widersetzen, denn sie würde unweigerlich ein Chaos bewirken."

Rudolf Jordan, "Erlebt und erlitten" Leoni 1971, S. 127 + 130

Siegfried Verbeke + THE BARNES REVIEW (TBR Co)
Postbus 46 — 1433 Pennsylvania Ave. S.E.
B 2600 Berchem 1 — Washington D.C. 20003 -- USA

ISSN 0176 - 4144

Prof. Dr. Hellmut Diwald

"Deutschland schleppt sich seit mehr als einem Jahrhundert-Drittel in dem würdelosesten Zustand seiner Geschichte dahin. Seit Jahr und Tag leben wir in einer Atmosphöre beständiger Irreführungen und Entstellungen, verdeckter und als demokratische Votivbilder aufgeputzter Unwahrheiten."

Die Welt, 6. März 1982

Vizekanzler Franz v. Papen
nach Kriegsende

"Er [Hitler] fordert, daß der Arbeiter ein gleichangesehenes Mitglied der Gesellschaft sei und daß jede Arbeit zuallererst dem Gemeinwohl gehöre. In diesem Jahrhundert der sozialen Auseinandersetzung schreibt zum erstenmal eine auf demokratischem Wege zur Macht gelangte Parteibewegung eine andere Lösung des sozialen Problems auf ihre Fahne als Klassenhaß und Klassenkampf. ...

Zu diesen sozialen Parolen traten die nationalen Forderungen. Von Hitler stärker als von irgendeiner anderen Seite vertreten, fielen sie auf fruchtbaren Boden. 15 Jahre nach Kriegsende hatten wir weder die Beseitigung der unsere Souveränität einschränkenden Vertragsklauseln [von Versailles 1919] noch die Aufhebung der moralischen Verurteilung erreicht, die das Ehrgefühl der Nation so stark belastete."

Franz von Papen, "Der Wahrheit eine Gasse", München 1952, S. 287 - 288

INHALT

Staatskrise am 30. Juni 1934

Die Ereignisse um den sogenannten "Röhm-Putsch" am 30.6.1934 haben auch in der deutschen Bevölkerung zu einem außerordentlichen Schock geführt. Zum einen war es der völlig überraschend behauptete Putsch altbewährter Repräsentanten der Partei gegen Führer und Reich in einer Zeit großer außenpolitischer Gefahren und innenpolitisch sich ständig konsolidierender Verhältnisse. Zum anderen verblüffte die Art der schnellen Niederschlagung mit mehr als 80 Erschießungsopfern im Reichsgebiet. Dem spontanen revolutionären Zugriff folgte unverzüglich die gesetzlich verfügte Rechtenserklärung aller Maßnahmen, die bis zum 2. Juli 1934 zur Niederschlagung des "**Röhm**-Putsches" durchgeführt worden waren sowie die Zustimmung des Reichspräsidenten **Paul von Hindenburg**.

Die weiterwirkende Überraschung war, daß es **Hitler** trotz seines rechtsstaatswidrigen Vorgehens verstanden hatte, unverzüglich die Staatsordnung wieder herzustellen, was bedeutete, eine gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes für sich und seine Entscheidungen in der **Röhm**-Krise zu gewinnen. Nur 1½ Monate später war es, als in der Volksbefragung am 19. August 1934 nach dem Tode des Reichspräsidenten am 2. August 1934 = 38.362.760 Deutsche = 89,93% der wahlberechtigten Bevölkerung, -- bei 4 Millionen Gegenstimmen und einer Wahlbeteiligung von 96% -- sich für die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers aussprachen.

Dieses Ergebnis war um so erstaunlicher, als zu jenem Zeitpunkt immer noch 3 Millionen Arbeitslose um ihre Existenz bangten, mehr als 2 Millionen SA-Männer ausgeschieden worden waren, was Zweidrittel ihres Bestands bedeutete, und für die übrigen wieder Waffenverbot galt.

Eindrucksvoll an dieser Volksabstimmung ist, daß **Hitler** sie überhaupt angeregt hatte, das Ergebnis den Eindruck freier Durchführung belegte und der "Ja"-Anteil jenem vom 10. April 1932 mit damals 19.359.683 um nahezu das Doppelte und jenem vom 31.7.1932 mit 13.765.781 Stimmen für die NSDAP um fast das Dreifache übertroffen hat. Bekanntlich stellte das unter internationaler Kontrolle ermittelte Abstimmungsverhältnis der Saar-Bevölkerung vom 13.1.1935 mit 91% für Deutschland selbst die Quote vom 19. August 1934 noch in den Schatten.

Ernsthafte Zweifel an der Korrektheit des Abstimmungsverfahrens sind weder im In- noch im Ausland vorgetragen worden.

Daß das deutsche Volk -- ebenso wie das Ausland -- das Geschehen um den "Röhm-Putsch" so überraschend akzeptiert hat, muß seine Gründe haben. Sie dürften darin liegen, daß allerorts eine zumindest gewisse Berechtigung für das Vorgehen **Hitlers** eingesehen wurde, weil die Existenzfrage des Reiches für die Führung übergeordnete Maßstäbe setzte. So war es zu jeder Zeit in der Weltgeschichte.

Für den Historiker stellt sich ebenfalls die Frage, ob hier tatsächlich die Existenz des Reiches bedroht war oder **Hitler** zumindest durch Inhalt und Art der ihm zugeleiteten Informationen seitens der Partei, der Behörden, der Reichswehr und der Geheimdienste in Alarmstimmung und den Glauben versetzt wurde, daß die Existenz des Reiches unmittelbar gefährdet und nur durch schnellste Zäsur zu sichern sei.

Die langjährige Kampfzeit während der Weimarer Republik, die bekanntlich geprägt war von Intrigen und Rechtswidrigkeiten seitens der innenpolitischen Gegner, aber auch von Abtrünnigkeit und Verrat eigener Parteigenossen, war ein unentwegtes Ringen um die Existenz der Partei und damit die Durchsetzung nationaler Anliegen in Deutschland. Sie erforderte eine ungeheure Disziplinierung und Kameradschaft der aktiven wie auch passiven Anhänger.

Nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 hatte sich der Verantwortungsbereich der ns-Führung enorm ausgeweitet. Es galt zusätzlich zu allen bisherigen innenpolitischen Widerständen nunmehr auch dem Druck des Auslandes gegen das Reich zu widerstehen. Die Initiativen in den fremden Hauptstädten wie:

die Judea-Kriegserklärung vom 24. März 1933 mit parallelgeschaltetem Weltwirtschaftsboykott,

das polnische Regierungsstreben, Frankreich für einen gemeinsamen Einmarsch in Deutschland zu gewinnen und

die Aufwertung der Sowjetunion durch die USA und den Völkerbund

belasteten offenkundig alle Entscheidungen in Berlin. Der Reichsregierung war der Krieg erklärt worden, die Versailler Knebelungsbedingungen blieben in Kraft, die Koalitionen der Großen und Kleinen "Entente" auf die seit 1919 vorgegebene Zielrichtung fixiert.

In dieser Situation mußte die Reichsregierung schon die Anbahnung einer Meuterei, zumal seitens der größten Parteiorganisation, als Gefährdung der Staatsexistenz ansehen. Bekanntlich hatte sich die SA seit Februar 1933 entgegen der Mitgliedersperre für die NSDAP personell mit vielfach unüberprüften Kandidaten außerordentlich aufgebläht -- ganze Schalmaikapellen waren "übergelaufen" -- und mit aufgestöberten kommunistischen Arsenalen unübersichtlich bewaffnet.

Jede Schwäche Deutschlands hatten seine Gegner zur Erpressung ausgenutzt. Ihre Ambitionen, die Herrschaft in und über Deutschland ganz zu übernehmen, war allzu durchsichtig geworden. Das mußte auch **Ernst Röhm** wissen, als er nicht müde wurde, gegen den ausdrücklichen Willen des Reichskanzlers und ungeachtet vielfältiger Warnungen namhafter Parteigenossen unablässig seine "zweite", die "sozialistische" Revolution zu propagieren. **Ernst Röhm** ging bei diesem Vorhaben einen gefährlichen Weg.

Röhms Werdegang 1919 - 1933

Geboren am 28.11.1887 in München als Sohn einer bayerischen Beamtenfamilie, stellte **Ernst Röhm** nach mehrfachen Verwundungen im Fronteinsatz in Frankreich ab 1919 der kommunistisch geführten bayerischen Räterepublik eine Einwohnerwehr entgegen, die er zum Schützenkorps ausweitete. Schließlich diente er als Hauptmann im Stab der 7. (bayerischen) Reichswehrdivision in München, bis er am 26.9.1923 seinen Dienst quittierte. Da er sich an dem **Hitler**-Putsch am 9. November 1923 beteiligt hatte, wurde er wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einer 15-monatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt und im Frühjahr 1924 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Am 4. Mai 1924 -- **Hitler** saß noch in Landsberg hinter Gittern -- zog **Röhm** neben **Erich Ludendorff** und 11 weiteren Nationalsozialisten (u.a. **Gottfried Feder** und **Dr. Wilhelm Frick**, dem späteren Reichsinnenminister) als Abgeordneter der Deutschvölkischen Freiheitspartei in den Reichstag ein. Diese Partei hatte seinerzeit 32 von 472 Sitzen erhalten.

Nach vorzeitiger Entlassung aus der Festungshaft am 20.12.1924 und Neugründung der NSDAP am 24.2.1925 behielt sich **Hitler** die unmittelbare Führung der SA selbst vor. Sie sollte lediglich Saalschutz- und Propaganda-Organisation sein, freilich verbunden mit Aufgaben zur politischen Schulung, Erziehung zu Disziplin und sportlicher Ertüchtigung. **Hitler** mußte den Konsequenzen des gescheiterten Putschversuches von 1923 Rechnung tragen. So ließ er im ebenfalls wieder zugelassenen ***Völkischen Beobachter*** am 25.2.1925 verkünden, daß bewaffnete Gruppen oder Verbände von der Aufnahme in die SA ausgeschlossen sind.

"Wer entgegen den Anordnungen der Leitung Waffen trägt oder im Depot aufzubewahren versucht, wird sofort aus der SA und Partei ausgeschlossen."

Schon zu diesem Zeitpunkt bekundete **Hitler** deutlich, daß er keine Wehrbewegung der Partei beabsichtige.

Damit sah sich **Röhm**, der während der Haftzeit **Hitlers** die SA betreute und zwischenzeitlich einen militanten "Frontbann" gegründet hatte, dem er die SA einzugliedern gedachte, ausgeschaltet. Als sein Reichstagsmandat ausgelaufen war, folgte er Ende 1928 dem Ruf des deutschfreundlichen Präsidenten von Bolivien, im Rang eines Oberstleutnants als Militärberater und -ausbilder, später als Inspekteur im Generalstab der bolivianischen Armee tätig zu werden.

Während der Folgejahre machten politische Machtwechsel das Leben für **Röhm** ungemütlich, während sich in Deutschland insbesondere nach der Reichstagswahl vom 14.9.1930 angesichts des Stimmengewinns der NSDAP von bisher 12 auf 107 Reichstagsmandate ein hoffnungsvoller Aufschwung abzeichnete. Das langjährige Bemühen **Hitlers**, nunmehr als Führer der zweitstärksten Partei, einen legalen Machtwechsel im Reich durchzusetzen, nahm realisierbare Gestalt an.

Weitere Erfolge blieben jedoch unabdingbar. Die SA hatte in dem noch bevorstehenden Entscheidungskampf enorme Aufgaben zu gewärtigen. Nach der Revolte des Obersten SA-Führers in Mitteldeutschland östlich der Elbe, **Walther Stennes**, im August 1930 und dem hiermit verbundenen Rücktritt seines übergeordneten SA-Führers für das Reich, **Franz Felix Pfeffer von Salomon**, hatte **Hitler** -- nach vorübergehender Nominierung von **Dr. Otto Wagener** -- selbst die Organisationsführung der SA übernommen. Doch er konnte diese Organisationsaufgaben auf Dauer nicht allein bewältigen. So ersuchte er seinen Duzfreund **Ernst Röhm**, nach Deutschland zurückzukehren



und als Stabschef der SA tätig zu werden.

Zu dieser Zeit war gerade die 2. Auflage von Röhms Buch "Die Geschichte eines Hochverräters" erschienen (Erstausgabe 1928). Dieser Rückblick auf seine Verurteilung 1924 durch die "Systemjustiz" erschien noch 1934 in 7. Auflage. Das Buch war dem deutschen Frontsoldaten gewidmet, *"der keine Kompromisse kennt"* und daher *"zuvörderst Anspruch auf die Führung des Staates hat"* (Vorwort). -- Hier klingt bereits durch, was dem Verfasser zum Verhängnis werden sollte: seine Kompromißlosigkeit und sein Führungsanspruch.

Am 5. Januar 1931 übernahm **Röhm** seine neue Dienststelle in München. Abgesehen von seinen organisatorischen Reformen ist ihm das bereits kurzfristig erreichte Wachstum seiner Verbände als Verdienst zugerechnet worden. Der vorhandene Bestand von 77.000 Mann im Januar 1931 war schon im Jahre 1932 auf 260.438 angewachsen.

*"Diese lawinenartige Zunahme der Mitgliederzahlen der SA war allerdings nicht allein der Tüchtigkeit **Röhms** zuzuschreiben. Die Mißwirtschaft der Mitte-Links-Regierung **Brüning** und die übereifrig geschwungenen Gummiknüppel ihrer Vollzugsorgane trieben die arbeitslosen Massen Jugendlicher*

*geradezu scharenweise in die Reihen der SA. Ein Jahr nach **Röhms** Amtsantritt war ihr Mannschaftsbestand fast doppelt so hoch wie derjenige der Reichswehr.*

*Dieses zahlenmäßige Mißverhältnis war für **von Schleicher**, den damals wichtigsten Mann des Reichswehrministeriums und seit Mai 1932 selbst Chef dieses Ressorts ein erwunschtes Argument für seine Geheimverhandlungen mit London und Paris."* [1) S 116]

Ein Jahr und 5 Monate älter als **Hitler**, fiel es dem eigenwilligen und nicht unproblematischen **Ernst Röhm** offensichtlich schwer, sich dem ehemaligen "Gefreiten" unterzuordnen. Von **Hitlers** gefordertem Legalitätsprinzip, also die Macht legal übernehmen und die deutschen Traditionswerte, somit auch die Eigentumsverhältnisse weitestgehend absichern zu wollen, davon hielt er nicht viel.

Bereits für das Jahr 1922 wird ein Ausspruch überliefert, den **Röhm** über die Jahre seiner Treuegelöbnisse für den Führer in seinen Hintergedanken lebendig gehalten hat: **Hitler** besitze zweifellos große Stoßkraft, die es zu nutzen gelte, doch reiche sein Weitblick nicht über Deutschlands Grenzen hinaus:

"Wir werden ihn rechtzeitig beiseitestellen." [1) S 149 + 3) S 69 + 4)]

Bereits 1931 -- im Jahr seiner Ernennung zum SA-Stabschef -- war **Röhm** so weit gegangen, mit seiner engsten Führerschaft, die er sich im Sinne seiner Aspirationen für die SA zusammengestellt hat, dieses "Beiseitestellen" als "Ermorden" zu definieren und -- zumindest in Ansätzen -- organisatorisch vorzubereiten.

Aus vielen Beispielen läßt sich ableiten, daß **Hitler** sehr wohl Etliches von **Röhms** Illoyalität gewußt, jedoch angesichts der wiederholten Treuegelöbnisse und seiner großen Verdienste um die Schlagkraft der SA immer wieder gegensätzliche Erkenntnisse, Gerüchte und Mutmaßungen verdrängt und auf die Vernunft seines Duzfreundes gehofft hatte.

Geheimakten Gerlich / Bell

*"Der Gedanke, **Hitler** zu beseitigen, wenn er ganz seinen Maßlosigkeiten verfallen sollte, hatte **Röhm** nicht völlig ferngelegen.*

*Der Ingenieur Georg **Bell**, ein einflußreicher und in viele dunkle Affären verstrickter Nachrichtenagent aus **Röhms** engstem Kreise, wußte von solchen Planen."* [2) S. 89]

Dr. Fritz Gerlich -- beamteter Staatsarchivrat, zeitweilig Chefredakteur der ***Münchener Neuesten Nachrichten*** und nachfolgend Herausgeber des katholischen Wochenblattes ***Illustrierter Sonntag***, schließlich des Kampfblattes ***Der gerade Weg*** mit 100.000 Auflage in München -- bekämpfte **Hitler** -- für ihn ein "*Massenwahnhetzer*", "*eine degenerierte asiatische Führerform*", "*ein Vertreter des verfaulenden 19. Jahrhunderts*" [3) S. 184, 186] -- und die NSDAP noch am Tage ihres großen Wahlsieges vom 31.7.1932, da sie zur stärksten Fraktion des Reichstages mit 230 Mandaten aufrückte, als "*Pest*".[3) S. 45 - 46, 49] **Gerlichs** letzte Ausgabe erschien am 8. März 1933. Er selbst wurde nach 14-monatiger Haft Opfer der Erschießungsaktion am 1.7.1934 im KL Dachau. Er wollte die Parteiverräter nicht preisgeben, die ihm Berichte für seine Zeitung über interne Vorgänge der NSDAP zugeleitet hatten, so auch über **Röhms** Absichten gegen **Hitler**.

Einer seiner eifrigen Mitstreiter ab 1931 mit vielen Informationsverbindungen war der zwielichtige britische Agent namens **Georg Bell**.

Aus Geheimakten des US-Document Center in Berlin unter der Kennummer 404/SA -- **Röhm**[1) S 139], aber auch aus dem Bundesarchiv, dem Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes, des Staatsarchivs in Wien und anderen ausländischen Archiven[3) S. 8 9] ist über dessen Zusammenwirken mit **Röhm** Etliches ans Tageslicht gekommen, was lange Jahre unbekannt geblieben und auch **Hitler** nicht bekannt geworden war.

So hatte **Bell** sich am 21.4.1931 vertraglich verpflichtet, für **Röhm** Kontakte und Geldmittel in London und Paris zu besorgen. **Röhm** bot an, dafür seinen Beitrag "*zur Stabilisierung der Erde*" in Aussicht zu stellen.

*"Mit **Bell** verfolgte **Röhm** jedoch noch weiterreichende Pläne. Er beabsichtigte, die politische Führung der NSDAP auszuschalten und sie mit Hilfe der SA selbst auszuüben. Zum einen war er davon überzeugt, daß er fähiger als **Adolf Hitler** sei, zum anderen sah er auch dessen Mitarbeiter als Versager an. Daher wollte er die SA personell und materiell auf eine Machtübernahme in der NSDAP vorbereiten und schuf deshalb in seinem Stab Abteilungen für alle möglichen Aufgaben, die mit den Pflichten einer Schutzorganisation nichts zu tun hatten."* [1) S 141]

Im Mai 1931 präsentierte **Bell** einige Angebote britischer und französischer Interessenten, die mittels ihrer Finanzhilfen (in gewünschter Größenordnung, teils Spenden, teils Kredite) Einfluß auf **Röhm** bzw. über ihn auf die NSDAP zu nehmen versuchten. Sie machten zur Bedingung, daß **Röhm** binnen 2 - 3 Monaten Presse und Organisation der NSDAP übernehmen solle. Einer dieser Interessenten war der niederländische Erdölmogul **Sir Henry Deterding**, der für die Vereinigung seiner Company mit der britischen Shell zum Royal-Dutch-Shell-Konzern vom

1) Wilfried von Oven, "Mit ruhig festem Schritt", Kiel 1998
2) Rudolf Diels, "Lucifer ante portas -- Zwischen Severing und Heydrich", Zürich 1953
3) Hans-Günter Richardi / Klaus Schumann, "Geheimakte Gerlich/Bell -- Röhms Plane für ein Reich ohne Hitler", München 1993.
4) Hans-Gunter Richardi, "Hitler und seine Hintermänner. Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP", München 1991, S 384

britischen Monarchen geadelt und mit der britischen Staatsbürgerschaft ausgestattet worden war.[5] **Röhm** brach den Kontakt mit **Bell** Mitte 1932 ab, weil für ihn gefährlich erscheinende Verdächtigungen mit zutreffendem Hintergrund an die Öffentlichkeit gelangt waren.

Bell hingegen trat u.a. wegen nicht gezahlter Honorare am 8. Oktober 1932 aus der NSDAP aus, übergab seinem Rechtsanwalt für einen beabsichtigten Prozeß einen Rechenschaftsbericht über seine vertraglich festgelegten Aufgaben sowie seine Tätigkeiten im Auftrage **Röhms** und leitete im übrigen **Dr. Gerlich** für dessen Wochenschrift ***Der gerade Weg*** interne NS-Informationen zu. Sein Tätigkeitsbericht ist erhalten geblieben.[3) S. 214 - 221] Dort erklärte er: Er sollte helfen, die SA so auszubauen, daß sie unabhängig von der Partei bestehen könne, ja praktisch die Partei darstelle. Die Parteipolitiker, die **Röhm** pauschal als "Demagogen" bezeichnete, sollten ausgeschaltet werden. Ein in- und ausländischer Nachrichtendienst, Presse- und Propagandastellen der SA sollten für diesen Zweck geschaffen, Geldspenden aus der Industrie von der Partei weg, an die SA geleitet werden.[3) S. 215]

*"**Röhm** versuchte nun (Ende 1931) eine neue Allianz mit den Deutsch-Nationalen bzw. mit dem Stahlhelm. Ich verhandelte zu diesem Zweck mit den Exponenten dieser Organisation in Berlin und Innsbruck vom 7. - 23.1.1932. ... **Röhm**s Ziel war, die Unterstützung dieser Partei bzw. des Verbandes zu bekommen, um gegen **Hitler** Front machen zu können."* [3) S. 219]

Die ausländischen Geldgeber verlangten klare Fronten: **Röhm** sollte sich von **Hitler** trennen. Dieser sei kein akzeptabler Gesprächspartner.

"Und der Stabschef der SA ist schnell bereit, den Führer der NSDAP fallen zu lassen. Er beauftragt seinen Verbindungsmann, die Verhandlungen fortzusetzen.

*»Am 29.V.31«, erinnert sich Bell, »habe ich dann nach persönlicher Rücksprache Paris und London verständigt, daß **Röhm** die Bedingungen annimmt und versuchen wird, sie zu erfüllen«.*[3) S. 70 + 218]

*Die Gegner **Hitlers** um **Röhm** sehen sich durch das Ergebnis, das die Verhandlungen mit den ausländischen Partnern erbracht hat, in ihrer Auffassung bestätigt, daß **Hitler** nicht stark genug sei, die Bewegung an die Macht zu bringen. So erwacht in einem kleinen Kreis verschworener SA-Führer im Braunen Haus der Gedanke, **Röhm** den Weg in der Partei mit Gewalt freizumachen."* [3) S. 70]

SA-Gruppenführer **Franz Ritter von Hörauf** war seinerzeit in die Verhandlungen zwischen **Röhm** und **Bell** eingeweiht. **Bell** selbst hatte ihm 1932 die "Denkschrift" über seine Tätigkeit für **Röhm** übergeben. Der damalige Chef des Ausbildungsstabes und Inspekteur für Schulen hatte Glück, während und nach der Verfolgungsaktion gegen **Röhm** als Mitwisser nicht erkannt worden zu sein. Am 24.6.1946 hat er als Generalmajor a.D. in einer eidesstattlichen Versicherung dem IMT-Militärgerichtshof in Nürnburg den vorgenannten Sachverhalt bestätigt. Desgleichen tat **Erich Fürst von Waldburg zu Zeil**, der 1932 eine Kopie des **Bell**-Berichtes in der Schweiz deponieren ließ.[5]

*"Seine Erklärung läßt keinen Zweifel daran, daß **Röhm** die Absicht hegte, die SA als selbständige politische Kraft von der NSDAP zu lösen."* [3) S. 67]

SA-Sturmbannführer **Julius Uhl**, Referent in der Obersten SA-Führung des "Braunen Hauses" in München und anschließend Kommandeur von **Röhms** Stabswache -- im übrigen ein bewährter Pistolenschütze --, war bereits 1931 per Los als Attentäter gegen **Adolf Hitler** nominiert worden.

*"Darüber war auch **Bell** informiert. Zur Durchführung des Anschlags kam es jedoch nicht, weil das Vorhaben gerüchtweise bekannt und innerhalb der NSDAP, zunächst jedoch ohne Ergebnis, untersucht wurde."* [1) S. 143]

Auch SA-Obertruppführer **Martin Schätzl** aus München wußte um den Attentatsplan und gestand kurz vor seiner Erschießung am 1. Juli 1934 im KL Dachau, daß **Uhl** *"auch fest zur Tat entschlossen war"*. **Uhl** soll ebenfalls vor seiner Erschießung am 1. Juli 1934 dies bestätigt haben.[3) S. 72]

Bereits im Frühjahr 1932 waren diese Zusammenhänge in Kreise bis zum obersten Parteirichter **Walter Buch** gedrungen, so daß zu unterstellen ist, daß auch **Hitler** seit dieser Zeit vorgewarnt war. Dem Adjutanten **Röhms, Graf Du Moulin-Eckart**, wurde als Warnung, daß der Parteiführung Erkenntisse über derartige Verratshandlungen vorliegen, sogar Morddrohungen gegen seinen Chef sowie gegen **Bell** und **Uhl** zugespielt, die Röhm veranlaßten, vorsichtiger zu sein und seine Beziehungen zu Bell abzubrechen.[3) S. 74 ff]

Bell, der sich für **Röhm** ohnehin schon als unzuverlässig erwiesen hatte, wurde angesichts der verbesserten Erkundungsmöglichkeiten anläßlich der ns-Machtübernahme und der verschärften Bekämpfung bedrohlich erscheinender Gegner zu einem gefährdeten, aber für **Röhm** und **Uhl** auch gefährlich gewordenen Wissensträger.

Agenten vom SS-Standartenführer und nunmehrigen Chef der Politischen Polizei in Bayern, **Reinhard Heydrich**, hatten das Flucht-Domizil von **Georg Bell** im Gasthaus Blattl in Durchholzen am Walchsee nahe der deutsch-österreichischen Grenze schließlich ausfindig gemacht und **Bell** veranlaßt, nach Deutschland zurückzukommen, um dort vor der Polizei über die seinerzeitigen Vorgänge mit **Röhm** auszusagen.

Mittlerweile hatte **Röhm** seinen Adjutanten **Graf v. Spreti-Weilbach** zur Ausforschung von Bell mobilisiert und **Julius Uhl** veranlaßt, Razzien bei der Verlobten von **Bell** durchzuführen. Diese Bemühungen blieben zwar ergebnislos, doch **Uhl** gelang es am 3. April 1933, sich beim Grenzübergang Kiefersfelden dem SS-Fahndungskommando im zweiten Pkw anzuschließen. Als **Bell** nach Aussprache mit dem Verhandlungsführer **Erich Sparmann** mitzukommen gewillt war und seine Schuhe wechselte, stürmte **Uhl** ins Zimmer und streckte ihn mit 5 Schüssen nieder.

War **Heydrich** in seinen Untersuchungen somit nicht weitergekommen und hatte er auch von **Gerlich** nichts Näheres erfahren, so wurde doch das Parteiverfahren gegen **Uhl** eingeleitet. Sein Ende am 1.7.1934 hängt mit diesen Vorgängen zusammen.

Die Ermordung **Bells** am 3. April 1933

*"hatte **Hitler** nervös gemacht. Auch **Göring** interessierte sich für die Hintergründe."* [2) S. 89 - 90]

5) Staatsarchiv Nürnberg, MGN 6, Verteidigungs-Dok -B. Gattineau 6a, Dok Gattineau 300 + 301, vergl. auch 77) S 76 + Fußnote 18, S. 195.

Röhm von der Regierungsbildung ausgeschlossen

Anläßlich der Regierungsbildung am 30.1.1933 hatte der neue Kanzler dem Reichspräsidenten zugesichert,

"keine Versuche zu dulden, die Reichswehr in ein bestimmtes parteipolitisches Fahrwasser geraten zu lassen." [1) S. 134]

Anläßlich der Reichstagseröffnung am 21.3.1933 hat **Hitler** dieses Versprechen in der Potsdamer Garnisonskirche v. **Hindenburg** erneut abgegeben.

Röhm war bei der Kabinettsbildung ausgeschlossen, mit keinem staatlichen Amt betraut worden. Der neuen Regierung gehörten mit ihren 11 Mitgliedern außer **Hitler** nur 2 ns-Parteigenossen an: **Hermann Göring** als Minister ohne Geschäftsbereich und **Dr. Wilhelm Frick** als Innenminister. **Röhm** hatte sich somit den Anordnungen des Reichskanzlers und seiner Minister, aber auch der Landeschefs und Gauleiter, natürlich der Parteiführung grundsätzlich zu unterstellen. Waren auch anfangs die Kompetenzen nicht alle eindeutig definiert, weil innerhalb der Partei vielfach nach Faustrecht verfahren wurde, so zeigte sich doch, daß **Röhm** auf Grenzen seines Einflusses gestoßen war.

Aufgabenzuwachs für die SA nach dem Reichstagsbrand

Ernst Röhm fühlte sich ermächtigt, für die eigentliche NS-Kampftruppe ebenfalls "die Macht zu übernehmen", die am 30.1.1933 von der Partei gewonnen worden war. Auf Grund des Reichstagsbrandes am 27.2.1933, der als Signal eines umfassenden kommunistischen Aufstandes angesehen wurde, erließ der Reichspräsident am 28.2.1933 die "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat".[6] Hiermit waren neue Bekämpfungsmöglichkeiten eröffnet worden. Diese Notverordnung hatte zunächst mehr Bedeutung als das einen Monat später, am 23.3.1933 beschlossene "Ermächtigungsgesetz". [7)] **Hitler** hat SA-Führer als Polizeipräsidenten und SA-Einheiten als Hilfspolizei eingesetzt.[2) S 135]

Ministerialrat **Rudolf Diels**, Leiter der Politischen Polizei (Abt. I A im Polizeipräsidium) in Preußen, ein Mann, der unter Innenminister **Carl Severing** (SPD) die NSDAP zu bekämpfen hatte und ihr recht kritisch gegenüberstand, veröffentlichte 1952 ein Stimmungsbild der dramatischen Monate des Jahres 1933:

"Der illegale »Apparat« der KPD ging nach dem Verbot der KPD mit großem Elan auf breiter Front an die Arbeit. ...

Die Aushebung der Geheimdruckereien und die Wegnahme aller Arten von Vervielfältigungseinrichtungen fruchtete nur vorübergehend. In über 20.000 Druckereien der Großstadt Berlin konnten sich kommunistische Setzer »schwarz« betätigen. Es bedeutete einen Höhepunkt der Kühnheit, als die polizeiliche Nachforschung in einem besonders alarmierenden Falle in die Druckerei des Geheimen Staatspolizeiamtes

---

6) **Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933**

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen

§ 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Folge zu leisten

§ 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15.000 Reichsmark bestraft

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung) 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;

2. wer in den Fällen des § 115 Abs 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht,

3 wer eine Freiheitsberaubung (§ 239 des Strafgesetzbuchs) in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft

Berlin, den 28. Februar 1933
Der Reichspräsident
von Hindenburg
Der Reichskanzler
Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern
Frick
Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

(Reichsgesetzblatt 1933, Teil I S 83)

-- Diese Notverordnung ist bis Kriegsende 1945 in Kraft geblieben --

in den Kellern ihres eigenen Hauses führte, wo sich 2 kommunistische Drucker ... entfaltet hatten. ...

*Nachdem die SA und die Polizeiabteilung **Wecke** schon in den ersten Wochen nach der Machtergreifung Infanteriegewehre, Karabiner, Maschinengewehre und Maschinenpistolen in großen Mengen sichergestellt hatten, die nach fachmannischen Schätzungen ausreichten, um 2 Divisionen infanteristisch auszurüsten, wurden neuerdings immer wieder verlagerte Waffenlager entdeckt, die sachgemäß in dicke Überzuge von »Staufferfett« gehüllt und unter Rasen und Gesträuch der Schrebergärtensiedlungen, in Wäldern und unter den Kellern der Häuser versteckt waren.*

*Es wurden umfangreiche und systematisch im ganzen Reichsgebiet betriebene Dynamitdiebstähle registriert, die schon die **Severing**sche Polizei beschaftigt hatten; große Bestände an Sprengstoff waren in Hamburg, Ostpreußen und in den Berliner Vororten entdeckt worden.*

Es wurden Anweisungen für Kurse über die Herstellung von Bomben entdeckt und hin und wieder ganze »Schulungsgruppen« ausgehoben. ...

Der illegale Nachrichten- und Kurierdienst hat in dieser Zeit Techniken entwickelt, die die Kriminalisten zur Praktizierung ganz neuer Methoden zwangen. ...

Paßfälscherwerkstätten, die mit einer technischen Gewandtheit arbeiteten, ..., wurden nach einer unbeschreiblich langwierigen Methode der Überwachung endlich ermittelt, oft erst, wenn die Täter ausgeflogen waren. ... Geburtsscheine für British subjects aus Honduras bis zu Pässen und Sterbeurkunden für Menschen, die sich in Brasilianer oder Bulgaren verwandeln wollten, gab es dort für die internationale Tarnung der Funktionäre und Kuriere. In den Schränken dieser Spezialisten gab es Unterschriftensammlungen für die Konsularbeamten des Erdenrundes und Blankoformulare für Ausweispapiere aus aller Welt. ...

Besonders durch einen Fund im Unterbau eines Fernrohrs der Treptower Sternwarte konnte das wesentliche, noch in kommunistischem Besitz befindliche Reservematerial fast restlos erfaßt werden, so daß diese Organisation bis auf weiteres lahmgelegt wurde. ... So befand sich unter dem beschlagnahmten Material u.a. die Unterschrift des Reichsschatzmeisters der NSDAP mit den dazugehörigen Stempelabdrücken für die Herstellung von Quittungen und Mitgliedsbüchern der NSDAP. ..." [2) S. 175 - 178]

Hermann Göring ergänzte den Bericht über die Ermittlungen am 1. März 1933 in einer Rundfunkansprache:

"Desgleichen wurden zahlreiche gefälschte Befehle von SA-Führern und Stahlhelmführern aufgefunden. Befehle, in denen die SA in geheimnisvoller Weise aufgefordert wurde, sich besonders für die Nacht vom 5. zum 6. März bereitzuhalten, um Berlin zu besetzen. In diesen Befehlen hieß es:

»Bei der Besetzung von Berlin ist von der Waffe nachdrücklichst Gebrauch zu machen. Die Straße ist freizuhalten. Alles, was sich entgegenstellt, ist niederzuschießen.«

Und diese Befehle wurden dann den Behorden zugesandt, bürgerlichen Parteien übermittelt und in die verschiedenen Häuser hineingetragen, um so das Schreckgespenst eines nationalsozialistischen Aufstandes hervorzurufen." [8)]

Rudolf Heß verwies noch auf die internationalen Pressevertreter, die sich davon überzeugen konnten, daß auch Flugzettel aus den Kellern des Karl-Liebknecht-Hauses hervorgeholt wurden, die dazu aufforderten, einer kommunistischen Machtergreifung sich widersetzende Dörfer niederzubrennen und Städte auszuhungern. Auch fremdsprachiges Material war vorhanden, das der Eroberung weiterer europäischer Staaten dienen sollte.[9)]

Immerhin war die KPD 1932 mit ihren nahezu 300.000 Mitgliedern und 6 Millionen Wählern drittstärkste Partei in Deutschland, die aber in Wirklichkeit nur eine "Sektion" der von Moskau geführten Kommunistischen Internationale (Komintern) war.

"Ein nach dem Normalrecht ausgerichtetes staatspolitisches Handeln hätte die Gefahr eines roten Bürgerkrieges nicht ausschalten können. Um das zu verdeutlichen, genügt die Erinnerung daran, daß die in Berlin von Göring aufgestellte Polizei-Abteilung Wecke im Frühjahr 1933 bei ihren Razzien in kommunistischen Wohngebieten der Reichshauptstadt Vorräte von Gewehren, Maschinengewehren, Pistolen und Sprengstoffen beschlagnahmen konnte, die ausgereicht hätten, 2 Heeres-Divisionen infanteristisch auszurüsten." [10) S. 149]

Rudolf Diels bestätigte, daß die rasche Zerschlagung dieser für alle überraschend umfangreichen Revolutionsarsenale nicht ohne die 50.000 Mann Hilfspolizei der SA möglich gewesen wäre, hatten die SA-Männer doch spezielle Kampferfahrung mit diesem Gegner.

"Sie zogen kommunistische Überläufer an sich, mit deren

---

7) **Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933**

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24. März 1933

Der Reichspräsident von Hindenburg
Der Reichskanzler Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern Frick
Der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath
Der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin von Krosigk
(Reichsgesetzblatt, 1933 Teil I, S. 141)

-- Dieses Gesetz wurde 1937 und später im Krieg wiederum verlängert --

8) Fritz Tobias, "Der Reichstagsbrand Legende und Wirklichkeit", Rastatt 1962, S. 198

9) Rudolf Heß, "Reden", München 1938, S.105

10) Rudolf Jordan, "Erlebt und erlitten -- Weg eines Gauleiters von Munchen bis Moskau", Leoni 1971

Hilfe sie eine große Zahl kommunistischer Waffenlager in Besitz nahmen, die im »Stabsquartier« der SA in der Hermann-Göring-Str. (Berlin) gestapelt wurden. Die Waffen galten später als ein Vorwand für ***Himmlers*** *Behauptung, daß die SA zum Aufstand gegen* ***Hitler*** *rüste."* [2) S. 166]

Im März 1933 setzten vielfach überzogene Verfolgungen ein, die in Wahrnehmung der von der Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat geschaffenen Freiräume außerhalb der Gesetze SA-intern vollzogen wurden und die sich zu allererst auf die KPD und ihre Anhänger konzentrierten.[11) S. 76] Die KPD hatte bei den Wahlen am 5.3.1933 noch 4,8 Millionen Stimmen (12,3%) erzielt. Der "Großteil ihrer etwa 80.000 Parteifunktionäre waren *"trotz des SA-Terrors"* zur Weiterarbeit bereit.[11) S. 76]

Revolutionär **Ernst Röhm** hat unberechtigten Übergriffen seiner Leute nicht abgeholfen, und der Regierung fehlte noch die Durchsetzungskraft, um angesichts der gewaltigen Gegenkräfte und der zu bewältigenden Aufgaben auch noch die eigenen Mannschaften so zu zügeln, wie es unter gesicherten Verhältnissen notwendig und möglich gewesen wäre. Vielfach handelten SA-Männer in Selbstjustiz aus Rache für brutale Überfälle der Kommunisten aus der "Kampfzeit". So installierte die SA sogar ohne staatlichen Befehl, ohne Haushalts- und Stellenplan etliche konspirativ installierte und aufgefüllte Konzentrationslager vor allem in Preußen, Pommern und Schlesien.[2) S. 162]

Zu berücksichtigen ist freilich, daß selbst nach dem 30.1.1933 noch kommunistische Heckenschützen Überfälle verübten wie u.a. in Berlin und am 12.2.1933 in Eisleben.[10) S. 104]

Rudolf Diels rügte als Leiter der Politischen Polizei in Preußen die negativen Seiten dieser Entfaltung unter der Überschrift *"Der Aufstand der SA im März 1933"*:

"Aus allen Teilen der Hauptstadt erreichten uns in der I A Gerüchte, polizeiliche Rapporte, Beschwerden und Siegesmeldungen über die Aktionen der SA. Sie war, im Gegensatz zur Partei, auf ihre Machtergreifung vorbereitet. Sie bedurfte keiner einheitlichen Leitung; der »Gruppenstab« gab das Beispiel, doch keine Befehle. Aber bei den »Stürmen« gab es feste Pläne. ... Die Stürme« säuberten ihre Bezirke. Sie kannten nicht nur die Wohnungen, sondern sie hatten auch von langer Hand die Unterschlupfe und Treffpunkte ihrer Gegner ausgekundschaftet. Wo die Kenntnis der SA aussetzte, wurde sie durch einen Sturm von Denuntiationen und einer Armee von Spitzeln und Zuträgern unterstützt. ..." [2) S. 164]

"In diesen Märztagen (1933) entstanden die Konzentrationslager um Berlin. Es kamen Nachrichten über Lager bei Oranienburg, Königswusterhausen und Bornim. Nach den Berichten von Beamten und Freunden trat die SA mit eigenen »Vernehmungsstellen« in Berlin selbst in eine grauenvolle Tätigkeit ein. In den einzelnen Stadtteilen entstanden »Privatgefängnisse«." [2) S. 163]

"Der Aufstand der Berliner SA elektrisierte die entferntesten Landesteile. In vielen Großstädten, in denen die polizeiliche Macht den örtlichen SA-Führern übertragen worden war, herrschte das revolutionare Treiben. ... Je höher der Rang dieser Polizeipräsidenten, in um so weiterem Umkreis wirkten die lärmenden Protuberanzen dieser Nebensonnen der Revolution." [2) S. 166]

"Die SA drang bereits in die Polizeigefängnisse ein, um sich der Kommunistenführer zu bemächtigen, die nach dem Reichstagsbrand verhaftet worden waren, und denen sie ihre besondere Rache zugedacht hatte. Aus dem Polizeipräsidium entwendete sie die Akten, die ihre Führer belasten konnten. Die verschüchterten Beamten gaben heraus, was sie forderte. [SA-Gruppenführer] ***Ernst*** *hatte es besonders darauf abgesehen, alles in die Hand zu bekommen, was sich an geschriebenem Material über seine und seines Freundes* ***Röhmbild*** *abwegige Veranlagung und von den Briefen seines Chefs* ***Röhm*** *aus Bolivien an* ***Dr. Heimsoht*** *in den Händen der Polizei befand."* [2) S. 199]

Über die Kampfesweise brauchten sich die Kommunisten nicht zu beschweren; sie entsprach ihrer langjährigen Praxis. Die SA hat sie in deren Perfektion nie erreicht.[2) S. 163]

Unmittelbar nach der Machtübernahme war es auch für den preußischen Ministerpräsidenten **Göring** schwer, sich durchzusetzen. Er mußte zuweilen Waffengewalt androhen und konnte nur mit viel Verhandlungsgeschick die wilden KL im Sommer 1933 auflösen und die dortigen Gefangenen der Polizei ausliefern bzw. freisetzen.[2) S. 190 ff]

Die Situation wurde noch dadurch verschärft, daß Regimegegner sich gestohlener SA-Uniformen bedienten, in denen sie Überfälle eigener Art durchführten,[12) S. 177] eine Methode, wie sie bei der "Kristallnacht" am 9. November 1938 erneut praktiziert wurde[13] und ihren Höhepunkt während des Rußlandfeldzuges mit Stalins "Fackelträger-Befehl" fand. Partisanen hatten in erbeuteten deutschen Uniformen mordend und brandschatzend gegen ihre eigene Bevölkerung vorzugehen, um so den Haß auf die Deutschen zu steigern.[14]

Zu berücksichtigen ist ferner -- was die Verteidigung in Nürnberg am 22.8.1946 zwar zur Sprache gebracht hat, aber "nicht zugelassen" wurde --, daß die Komintern SA und SS schon vor dem Juli 1930 systematisch mit Agenten durchsetzt hat. Bis Juli 1932 sind in ihre Einheiten bereits 24.000 Kommunisten übergewechselt, davon ein zahlenmäßig nicht erfaßbarer, aber beachtlicher Teil mit dem Auftrag aus Moskau für subversive Arbeit zum Schaden der NSDAP.[15]

Eine weitere Begebenheit im Arbeitsablauf von **Rudolf Diels** verdient hier ebenfalls erwähnt zu werden:

"Der Eigentümer des Mosse-Verlages, Herr ***Lachmann-Mosse****, hatte sich vor der SA in die Schweiz geflüchtet. Ich konnte ihn telefonisch erreichen und ihm »freies Geleit« zusichern, wenn er nach Deutschland zurückkehre. Er sollte mich bei der Aufklärung der Vorgänge in seinem Unternehmen unterstützen, wo sich ein anderer SA-Führer zum Generaldirektor emporgeschwungen hatte.*

Als ich ***Göring*** *von seiner Anwesenheit berichtete, mußte Herr* ***Lachmann-Mosse*** *als Zeuge zu einer Art Standgericht vor* ***Göring*** *erscheinen. Der vorgeladene SA-Führer und seine Kumpane mußten gestehen, daß sie die geldschweren Positio-*

11) Jürgen Schmädeke / Peter Steinbach (Hrsg.), "Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus", München - Zürich 1985.

12) David Irving, "Goebbels -- Macht und Magie", Kiel 1997
13) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 62, S. 10 ff
14) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 73, S. 32.
15) IMT, Bd. XXI S. 475.



Der als König Edward VIII von Großbritannien und Nordirland 1936 zum Rücktritt gezwungene, nunmehrige Herzog voo Windsor mit Frau im Oktober 1937 zu Besuch auf dem Obersalzberg

*nen mit Hilfe vorgehaltener Pistolen erreicht hatten. In Gegenwart **Görings** stellte ich an die Erpresser immer peinlichere Fragen, bis Göring das Gericht mit dem donnernden Befehl unterbrach:*

»Verhaften Sie die Halunken sofort!«" 2) S. 200

! ***"Zu meiner Verwunderung hatte sich bis dahin [Ende März 1933] eine ausgesprochene antisemitische Parole noch nicht vernehmen lassen.*** !

*Aus irgendwelchen Komplexen heraus war bei der SA die Jagd nach pornographischen Künstlern, nach Ärzten, die sich durch gewerbsmäßige Abtreibungen einen Namen gemacht hatten, nach Aposteln der Homosexualität wie **Magnus Hirschfeld**, und nach jeder Art »Kulturbolschewismus« beliebt. Zu der Beute, die diese Jagden der SA einbrachten, hatten besonders auch als kommunistische Agitatoren und Journalisten viele Juden gehört.*

***Göring** lag seiner Natur nach der Antisemitismus fern. Es gibt für diese seine Einstellung zu viele Beispiele, als daß ich sie begründen müßte."* 2) S. 204

1933 war der damalige preußische Staatsanwalt **Dr. Curt Joel** (1922 - 1931 Staatssekretär im Reichsjustizministerium, v. Okt. 1931 - Juni 1932 Reichsjustizminister) dazu übergegangen, Anklagen gegen ns-Parteigewaltige zu erheben und bedrängten Staatsanwälten in den Provinzen beizustehen. 1946 schilderte er dem Alliierten Militärtribunal:

"Ich war als Staatsanwalt 1933 im Preußischen Justizministerium zunächst mit der Aufgabe betraut worden, auf Grund eines Straffreiheitsgesetzes Taten, die im Kampf und zur Durchsetzung der NS-Bewegung begangen waren, dem Minister zur Amnestie vorzulegen. Ich hatte bewirkt, daß die Mehrzahl dieser Taten als kriminelle Delikte verfolgt wurden." 2) S. 225

*"Mit **Diels** Unterstutzung wurden schließlich fast sämtliche Konzentrationslager aufgelöst. Nur Oranienburg blieb in Preußen bestehen und wurde dem Reichsinnenministerium unterstellt. Bei der Strafverfolgung der Wachmannschaften in Bredow bei Stettin gab es Strafen von 10 Jahren Zuchthaus abwärts. Nach Esterwegen mußte ich in **Diels** Auftrag mit einer Einheit bewaffneter Berliner Polizei fahren; ich wurde vom Lagerpersonal mit Waffengewalt bedroht und beschossen. Die Auflösung des Lagers gelang trotzdem. ..."* 2) S. 228

Dr. Goebbels veröffentlichte bereits am 10.3.1933 eine deutliche Warnung an die SA-Führung:

"Gewissenlose Subjekte, hauptsächlich kommunistische Spitzel, versuchen, die Partei durch Einzelaktionen zu kompromittieren, die in keiner Beziehung zum großen Werk der nationalen Erhebung stehen, sondern höchstens die Leistungen unserer Bewegung belasten und herabsetzen können. Insbesondere wird versucht, durch Belästigung von Ausländern in Autos mit ausländischen Fahnen die Partei bzw. Deutschland in Konflikt mit dem Ausland zu bringen.

SA- und SS-Männer! Ihr müßt solche Kreaturen sofort selbst stellen und zur Verantwortung ziehen. Ihr müßt sie weiter unverzüglich der Polizei übergeben, ganz gleich, wer sie auch sein mögen. ... Belästigungen einzelner Personen, Behinderungen von Autos oder Störungen des Geschäftslebens haben grundsätzlich zu unterbleiben." 2) S. 88

Zwei Tage später, am 12. März 1933 verschärfte **Hitler** seine Tonart, als er in einer Rundfunkerklärung den Flaggenerlaß des Reichspräsidenten zum Anlaß nahm, die SA-Führung noch einmal deutlich anzusprechen:

"»... Mit dem heutigen Tage, da nun auch symbolisch die gesamte vollziehende Gewalt in die Hände des nationalen Deutschland gelegt wurde, beginnt der zweite Abschnitt unseres Ringens. Von nun ab wird der Kampf der Säuberung und Inordnungbringung des Reiches ein planmäßiger und von oben geleiteter sein. Ich befehle Euch daher, von jetzt ab strengste und blindeste Disziplin! Alle Einzelaktionen haben von jetzt ab zu unterbleiben. ...

Wer von jetzt ab versucht, durch Einzelaktionen Störungen unseres Verwaltungs- oder des geschäftlichen Lebens herbeizuführen, handelt bewußt gegen die nationale Regierung.«" 2) S. 199

Eine Reaktion von **Ernst Röhm** auf berechtigte Vorwürfe gegen einzelne, mit diesen Aufrufen angesprochene SA-Führer blieb aus. Dabei konnte ihm nicht unbekannt geblieben sein, daß etliche seiner Unterführer diese Beschwörungen verhöhnten.2) S. 198

"»Das muß der Führer sagen, schon des Auslandes wegen, in Wirklichkeit meint er das Gegenteil!«, war der Kommentar der SA-Führer. ..." 2) S. 199

Als am 4.4.1933 der Reichsverteidigungsrat mit dem Kanzler und 6 Reichsministern geschaffen wurde, um eine reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts in Fragen der Landesverteidigung zu gewährleisten, blieb **Röhm** ausgeschlossen. Es war zweifellos eine Demonstration für den SA-Stabschef, sich aus diesem Komplex herauszuhalten und in seinen Verbänden die Disziplin gegenüber der Staatsführung wieder herzustellen.

Anfang Dezember 1933 veranlaßte **Diels** die Polizeibehörden, die Zahl der in Lagern und Gefängnissen befindlichen Personen zu erfassen.

"Ich hatte die Zahl der Freiheitsberaubungen im Preußischen Staatsgebiet im April auf rund 30.000 geschätzt. (Anfang 1946 verkündete der amerikonische Besatzungsgeneral, daß er rund 300.000 Personen als politische Gefangene allein in seinen süddeutschen Lagern festhalte). [16]

16) Ein sachgerechter Vergleich müßte ausgedehnt werden auf die 5 - 7 Millionen Vertreibungs-, Inhaftierungs-, Hunger- und Justiztote, Millionen weiterer Gefangener und Opfer eines "Automatischen Arrestes", die das deutsche Volk **nach Kriegsende 1945**, abgesehen von der Zerstörung ihrer Vermögenswerte, aus politischen Motiven zu beklagen hatte

Schon vom April bis Oktober hatten Entlassungen solcher Personen stattgefunden, über die die Polizei verfügen konnte, oder die von SA und SS nach Einzelverhandlungen aus ihren Lagern herausgegeben wurden. ...

*Mitte Dezember bat ich **Göring**, mir sein Einverständnis für eine Amnestie zu gewähren. Alle ihrer Freiheit Beraubten, alle Schutzhäftlinge müßten entlassen werden. Der Reichsinnenminister sollte dafür Sorge tragen, daß das preußische Vorbild im Reich nachgeahmt werde."* [2) S. 251]

Lehnte **Hitler** zwar eine generelle Amnestie ab, so genehmigte er doch umfangreiche Entlassungen zu Weihnachten 1933. Die Zahl der politischen Gefangenen in Preußen hatte sich im Frühjahr 1934 auf etwa 1.800 verringert.[10) S. 149]

Im Januar 1933 verfügte die SA über 300.000 Mitglieder. Bis dahin hatten sie 207 Tote und etwa 40.000 Verletzte als Folge der "demokratischen Gepflogenheiten" ihrer parteipolitischen Gegner zu beklagen. Nicht die SA-Männer hatten diese Kampfmethode begonnen, sondern jene, die seinerzeit die Macht in den Parlamenten und Behörden, in den Betrieben und auf den Straßen hatten, vornehmlich die radikalsten unter ihnen, die Kommunisten.

Angesichts dieser Sachlage ist es unfaßlich, daß **Röhm** – sogar nach Kenntnis des ehemaligen Reichskanzlers **Heinrich Brüning** -- seit 1932 mit ausländischen Agenten in Verbindung stand, *"und über das Geld, das er von dort erhielt, gibt es keinen Zweifel."* [18 a)]

Röhms Eigenmächtigkeiten 1933

Als nach der Machtübernahme für die NSDAP ein unwahrscheinlicher Zulauf von "Wendehälsen" bzw. -- wie man sie nannte -- "Märzgefallenen" einsetzte und daraufhin eine Mitgliedersperre verhängt wurde, hat **Röhm** sich nicht an diesen Aufnahmestop gehalten, obgleich die SA als Organisation der NSDAP ebenfalls daran gebunden war. **Hitler** hat später am 13. Juli 1934 erklärt, daß **Röhm** hiermit gegen seinen ausdrücklichen Befehl und entgegen von ihm abgegebenen Erklärungen gehandelt hat. Dennoch wurde dieses Thema angesichts der Euphorie des Sieges und der zu bewältigenden Aufgaben seitens der Parteiführung zu leger behandelt, zumal zunächst auch alles gut zu gehen und der angestrebten Volksgemeinschaft zu entsprechen schien.

So ergab es sich, daß rund 75% der 1934 = 3,5 Millionen SA-Männer nicht der NSDAP angehörten.

*"Daher konnten auch manche Einheiten des Rotfrontkämpferbundes geschlossen zur SA überwechseln. Man nannte diese Formationen »Beefsteak-Sturme«: außen braun, innen rot! Und viele dieser neuen Mitmarschierer lösten sich von ihrer linksgerichteten Vergangenheit nicht und folgten gern **Röhms** Parolen von der Zweiten Revolution."* [1) S. 151]

Die SA-Basis -- in Berlin hatten die 60.000 Männer von Januar bis November 1933 weitere 50.000 hinzugewonnen -- hat in ihren Reihen cirka 70% ehemalige Kommunisten mitsamt ihren Schalmeienkapellen aufgesogen.[2) S. 153]

Das überschnelle Anwachsen der Mitgliederzahl ohne Bindung an und Überprüfung durch die NSDAP sollte sich auch in der Führerschaft negativ auswirken. Immer zahlreicher wurden die Beschwerden über Disziplinlosigkeiten und Ausschreitungen von parteilosen jüngst erst aufgenommenen oder überhaupt jüngeren SA-Führern, die bevorzugt vor "alten Kämpfern" befördert wurden und zweifelhafte Zielvorstellungen entwickelten.

"Allein die Gruppe Berlin-Brandenburg zählte nun 220.000 Mann. Für manchen SA-Führer eine ernsthafte Versuchung, sich durch die ihm unterstehenden Männer persönlich als Machtfaktor zu betrachten und seine Dienststellung entsprechend auszunützen oder sie sogar zu mißbrauchen." [17) S. 216]

Im Reichsgebiet verfügte die SA am 13.4.1932 über 300.000 Mitglieder,[1) S. 103] am 1.1.1935 waren es bereits 3.543.009.[1) S. 126] Reduziert man diese Zahl auf die *"wirklich aktiven"* SA-Männer, so würde man auf knapp 2 Millionen kommen, da die übrigen mehr oder weniger *"nicht ganz freiwillig rekrutierte"* Veteranen des "Stahlhelm" und "Kyffhäuserbundes" waren.[1) S. 126] Wie auch immer: Unter **Röhms** Kommando standen 1933/1934 drei bis 5 mal mehr junge Männer als in der Reichswehr, die nur über 100.000 Mann verfügte. Knapp 25% von ihnen dürften Mitglieder der NSDAP gewesen sein. [17) S. 214]

Als Vergleich: Am 30.1.1933 verfügte die NSDAP über 849.009 Mitglieder, am 1.1.1935 waren es 2.493.890.[17) S. 214]

In der damaligen Phase noch nicht gesicherter Machtbasis hatte **Hitler** viele Eigenmächtigkeiten der SA schweigend hinnehmen müssen. Vorbei war die Zeit, als noch jeder SA-Mann zu unterschreiben hatte:

"Ich erkläre ausdrücklich, daß ich keinem Wehrverband, keiner militärischen Geheimorganisation angehöre und keine Verbindung mit Reichswehr und Polizei habe; ich verpflichte mich, an keiner militärischen Übung teilzunehmen und keine Waffen zu führen." [17) S. 163]

Göring, selbst SA-Mann, hatte jedoch die Kontrolle über diese Organisation verloren.

*"Er sah sich nun von SA umstellt: Ein großer Teil der Polizeipräsidenten Preußens trug die SA-Uniform, zudem saßen bei allen Regierungspräsidenten sogenannte SA-Berater. Kein Zweifel, **Görings** Herrschaft im größten deutschen Staat war unterminiert."* [18) S. 83]

Das hatte ihn schon seit März 1933 geplagt. Die meisten Scherereien brachten ihm die rechtsstaatswidrigen Exzesse einzelner SA-Einheiten, vor allem im Raum Berlin-Brandenburg, die er als Polizeichef zu verhindern hatte, die aber unter dem Motiv der notwendigen Kommunistenbekämpfung eingerissen waren.

"Eine Zentrale Staatsanwaltschaft im preußischen Justizministerium begann sogar KZ-Verbrechen der SA zu ermitteln und die Schuldigen vor Gericht zu stellen." [19) S. 201]

Angesichts der katastrophalen Ausgangslage mit über 6 Millionen Arbeitslosen, ebenso vielen kommunistischen Wählern und der außenpolitischen Machtlosigkeit des Reiches konnten die sozialen Probleme auch der eigenen An-

17) Heinrich Bennecke, "Hitler und die SA", München - Wien 1962.

18) Heinz Höhne, "Der Orden unter dem Totenkopf – Die Geschichte der SS", Gütersloh - München o.J.

18 a) Heinrich Brüning, "Briefe und Gespräche – 1934 - 1945", Stuttgart 1974 S. 27.

19) Heinz Höhne, "Die Zeit der Illusionen — Hitler und die Anfänge des 3 Reiches 1933 bis 1936", Düsseldorf - Wien - New York 1991

hänger nach der Machtübernahme nicht sogleich behoben werden. Die ns-Parteigänger waren von der wirtschaftlichen Not des Volkes besonders hart betroffen gewesen, da während der Weimarer Zeit ein Einsatz für die NSDAP nahezu durchgängig mit Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis geahndet wurde. So setzte sich z.B. die SA zu einem Drittel, in den Städten sogar bis zu 80% aus Arbeitslosen zusammen.

Doch Arbeitsplätze zu organisieren konnte nicht allein mit politischer Überzeugung gelingen. Berufliche Qualifikation war gefragt, Finanzierungspläne und Rohstoffimporte mußten realisierbar sein, den Bedarf galt es zu organisieren; das Vertrauen in die Stabilität des Staates und der Währung erforderte Zeit und Leistungsnachweise.

Sollten auch die Behörden mindestens 50% der freiwerdenden Stellen mit SA-Männern besetzen -- der Personalaustausch in den Führungsetagen beschränkte sich auf relativ geringe Quoten und erreichte keineswegs die Ausmaße wie bei Präsidenten-Neuwahlen in den USA -- , so konnte damit nicht das Gros der SA-Männer in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Die Beschwerden des SA-Stabschefs über die stiefmütterliche Behandlung der SA sowohl bei der Mitwirkung am Staat, als auch bei den Stellenbesetzungen, Arbeits- und Wohungsbauprogrammen wurden zwar ernsthaft berücksichtigt, doch die Zurücksetzung hielt an.

Gärte somit die Unruhe innerhalb der SA, so auch außerhalb ihrer Reihen. Besonders -- aber nicht nur -- das Militär fühlte sich aus mehreren Gründen beunruhigt.

Da machte die überraschend angeschwollene Mannschaftsstärke der SA Sorge. Sie wuchs mit den militärischen Ambitionen ihres Stabschefs, der immer wieder die Befürchtung nährte,

"den SA-Staat vorzubereiten, der eines Tages der bestehenden Ordnung revolutionär übergestülpt werden sollte."

Ab Februar 1933 begann **Röhm** nahezu *"fieberhaft"*, die SA heimlich zu bewaffnen und

"schuf sich in der SA-Feldpolizei eine eigene Exekutive und machte sich zugleich an den Aufbau einer eigenen SA-Gerichtsbarkeit".[20) S.621]

So hatte sich die SA an der Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 nur unter der Bedingung beteiligt, über die vorgefundenen Waffen, von denen man wußte, daß sie vorhanden waren, verfügen zu können.[21)]

Bereits 1923 hatte **Röhm** -- als Hauptmann der Reichswehr im Auftrag der bayerischen Schützenbrigade 21 -- die Einwohnerwehrverbände mit Waffen, Munition und Gerät zu versorgen. Er erinnerte sich zweifellos, welchen Einfluß er gerade dadurch einst ausüben konnte.

War **Röhm** auch finanziell von der Reichsleitung der NSDAP abhängig und deshalb verbittert, so ließ er sich dadurch nicht von seinem Kurs abbringen, nicht nur die ausgebliebene *"zweite, die sozialistische Revolution"* zu beschwören, sondern auch die *"Reaktionäre und Bonzen"* in der eigenen Partei pauschal zu attackieren. Sie seien daran schuld, daß die SA zurückgestellt werde. Zweifel an seiner Parteitreue wurden laut, zumal er nur von **Hitler**, nicht aber von der Parteiführerschaft "getragen" war.

20) Joachim C. Fest, "Hitler", Berlin - Wien 1973. Dort Verweis auf Ernst Röhm, "SA und deutsche Revolution" in *NS-Monatshefte* 1933, S. 251 ff.
21) IMT, Bd. XXII, S 159.



"Die Allianz zwischen Hitler und Röhm war brüchiger, als es nach außen schien. Vor allem die Politiker in der Partei, die er nach Aussage von Georg Bell nur als Demagogen bezeichnete, waren dem Stabschef der SA ein Dorn im Auge. Das Bild, das Röhm im Gespräch mit Hitler zeigt, entstand auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg im Jahre 1933."
-- Hans-Günter Richardi / Klaus Schumann, "Geheimakte Gerlich/Bell -- Röhms Pläne für ein Reich ohne Hitler", München 1993, S 65 --

Im April 1933 gab er in einem Geheimbefehl an die SA bekannt, die sozialen Zustände seien so unerhört,

"daß die SA nicht mehr lange untätig zuschauen könne." [22) S. 58]

Im Juni 1933 verkündete **Röhm**:

"Wer heute revolutionäre Beruhigung fordere, verrate die Revolution. ...

Ob es ihnen paßt oder nicht -- wir werden unseren Kampf weiterführen. Wenn sie endlich begreifen, um was es geht: mit ihnen! Wenn sie nicht wollen: ohne sie! Und wenn es sein muß: gegen sie!" [20) S. 620 - 621]

Andernorts zur gleichen Zeit:

"Ein gewaltiger Sieg ist errungen, nicht aber der Sieg schlechthin. Die SA werde es nicht dulden, daß die deutsche Revolution einschläft oder auf halbem Wege verraten wird. ... Denn die braune Armee ist das letzte Aufgebot der Nation." [1) S. 133]

Solche Sprüche, gegen höchste Führeranordnung in die Öffentlichkeit getragen, schürten Unruhe und Widerstand.

Aus einem privaten Gespräch wird **Röhm** zu dieser Zeit zitiert:

*"Was habe man schon damit erreicht, daß der Nationalsozialismus an die Macht gekommen sei. **Hitler** verrät uns alle. Er geht nur mehr mit Reaktionären um. Seine alten Genossen sind ihm zu schlecht. Da holt er sich diese ostpreußischen Generäle heran. Das sind jetzt seine Vertrauten. Warum so viel Rücksicht auf die Offiziere der Reichswehr, die nichts taten, als man in den Straßen und verrauchten Sälen kämpfen mußte?*

*Aus altem preußischen Kommiß machen wir nicht unser Revolutionsheer. Das Fundament muß revolutionär sein. Aufpfropfen läßt sich das hernach nicht. Hier gibt es nur einmal die Gelegenheit zu etwas Neuem, Großem, womit wir -- weiß der Himmel -- die Welt aus den Angeln heben können. Aber der **Hitler** tut mich vertrösten. ... Er will die fertige Armee erben."* [23) S. 83]

22) Otto Strasser, "Die deutsche Bartholomäusnacht", Zürich 1935 Nachdruck Viöl 1996
23) Max Gallo, "Der schwarze Freitag der SA", Wien - München - Zürich 1972

Zur gleichen Zeit griff er -- reichlich verworren -- sogar die politischen Leiter der NSDAP an:

"Die Leute waren notwendig, um die Entscheidung herbeizuführen. Jetzt sind sie eine Belastung. Wir müssen sie bald loswerden. Erst dann kann die richtige Revolution beginnen." 24) S. 11

Am 6.7.1933 erklärte **Hitler** den Reichsstatthaltern die Revolution für abgeschlossen.

"Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. ...

Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist. Zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht. In der Wirtschaft darf nur das Können Ausschlag geben. ...

Die Geschichte wird ihr Urteil über uns nicht danach abgeben, ob wir möglichst viele Wirtschaftler abgesetzt und eingesperrt haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen. ...

Die Ideen des Programms verpflichten uns nicht, wie Narren zu handeln und alles umzustürzen, sondern klug und vorsichtig unsere Gedankengänge zu verwirklichen. Auf die Dauer wird die machtpolitische Sicherheit um so größer sein, je mehr es uns gelingt, sie wirtschaftlich zu untermauern.

Die Reichsstatthalter haben dafür zu sorgen, daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßen, Personen absetzen und Ämter besetzen, wofür allein die Reichsregierung, also in bezug auf die Wirtschaft allein der Reichswirtschaftsminister zuständig ist." 25) + 26) S. 280

Dr. Frick machte diese Aussage am darauffolgenden Tag zur Grundlage eines Runderlasses an die Polizeibehörden und wandte sich am 11. Juli an die Öffentlichkeit:

"Wichtigste Aufgabe der Reichsregierung ist es nunmehr, die in ihr vereinigte totale Macht geistig und wirtschaftlich zu untermauern. Diese Aufgabe wird jedoch aufs schwerste gefährdet, wenn weiterhin von einer Fortsetzung der Revolution oder einer zweiten Revolution geredet wird. ...

Wer jetzt noch so redet, muß sich darüber im klaren sein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt und dementsprechend behandelt wird." 24) S. 12

Rudolf Heß verbot allen Parteimitgliedern die Teilnahme an Diskussionen und Aktionen gegen die bestehenden Eigentumsverhältnisse.

Am 13. Juli erhielten die Gauleiter vom Reichskanzler eine gleichlautende Lektion: Bestehendes darf nicht radikal zertrümmert werden, weil wir sonst unsere eigenen Lebensgrundlagen zerstören würden. Es ist Schluß zu machen mit Parolen von einer fortzusetzenden Revolution. Wir brauchen Aufbau und Ordnung.

"Es war völlig in den Wind gesprochen." 2) S. 220

Röhm ließ sich nicht beeindrucken. Nicht nur, daß er weiterhin eine "zweite Revolution" forderte: er benannte Sonderkommissare und -beauftragte,

"die nach eigenem Gutdunken in die Tätigkeit der nun nationalsozialistischen Verwaltungen eingriffen und überall ein Chaos verursachten." 24) S. 12

Im Verlaufe des Jahres 1933 sagte **Hitler** ihm zu, daß SA-Obergruppenführer **Friedrich-Wilhelm Krüger** am 1. Juli 1933 das aus der Weimarer Republik übernommene Reichskuratorium für Jugendertüchtigung übernimmt und in rund 200 Ausbildungsstätten mit einer durchschnittlichen Belegstärke von 150 Teilnehmern unter Dienstaufsicht des Reichswehrministeriums rund 250.000 SA-Männer wehrsportlich ausbilden läßt.[27) S. 209]

Alsbald gab es Kompetenzgegensätze. In Schlesien und Pommern hatten sich zudem SA-Einheiten für Grenzschutzaufgaben mit Waffen versorgt und unterwarfen sich nicht den Anweisungen der Reichswehr.

"Der im Oder-Warthe-Bogen zuständige SA-Chef ließ eigenmächtig Personen zur SA einziehen und militärisch ausbilden, andere SA-Verbände veranstalteten verbotene Manöver." 27) S. 210 + 19) S. 166

"Die SA beherrschte Grauzonen der Landesverteidigung, die Kontrolle über die Grenzschutzverbände und deren Waffen. Befehle des Truppenamtes über die Beendigung der Zusammenarbeit mit der SA zum 1.4.1934 mußten teilweise wieder rückgängig gemacht werden.

***Röhm** wollte den ganzen Grenzschutz haben und bestürmte **Hitler**, das Heer in eine Miliz unter seinem Kommando umzuwandeln."* 27) S. 220 + 19) S. 180 - 181

Am 19. August 1933 verwies **Hitler** auf einer "Friedenskonferenz" in Bad Godesberg die maßgebenden SA-Führer sowie Vertreter des Reichswehrministeriums auf die von Anfang an festgelegten Grundsatzentscheidungen. Die Reichswehr sei einziger Waffenträger der Nation. Der SA obliege die weltanschauliche Schulung.[27) S. 211]

Am 6. Oktober drohte **Frick** erneut jenen mit strafrechtlicher Verfolgung, die widerrechtlich in den Verwaltungsdienst eingreifen sollten.

Am 1. Dezember 1933 kam **Hitler** seinem Stabschef demonstrativ entgegen -- offensichtlich aber auch, um ihn besser unter Kontrolle zu bekommen --, indem er ihn als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierungsverantwortung einbezog. In einem gesonderten Schreiben zum Jahreswechsel dankte er ihm für seine "*unvergänglichen Dienste*", die er "*der nationalsozialistischen Bewegung und dem deutschen Volk geleistet habe*".

Reichswehrminister Generaloberst **Werner v. Blomberg** war darüber gar nicht erbaut; er berief die Befehlshaber der Wehrkreise für den 20.12.1933 nach Berlin, um sie über seine Befürchtungen hinsichtlich der SA-Bestrebungen, ihren Milizgedanken zu forcieren, sowie über den neuen Kurs der Reichswehrführung zu unterrichten. Bei dieser Zusammenkunft wurden Beschlüsse gefaßt, die der Entwicklung zur deutschen Wehrhoheit neue Impulse gaben.

*"Generalleutnant **Ludwig Beck**, [der neue] Chef des Truppenamtes des Heeres, ließ alles abschaffen, was **Röhm** Ansatzpunkte lieferte, sich in die Wehrpolitik einzuschalten: keinen Grenzschutz mehr, Schluß mit Miliz-Experimenten, sofortiger Übergang zur allgemeinen Wehrpflicht.*

---

24) Nikolaus v. Preradovich, "30. Juni 1934 -- Röhm Putsch", Rosenheim 1994

25) *Völkischer Beobachter*, 8.7.1933.

26) Alan Bullock, "Hitler -- Eine Studie über Tyrannei", Düsseldorf 1959.

27) Heinz Höhne, "Gebt mir 4 Jahre Zeit -- Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches", Berlin - Frankfurt, Ullstein Verlag 1996

*Ohne **Hitler** zu informieren, beschlossen sie einen Kurswechsel in den Grundsätzen des Heeresaufbaues. **Beck** forderte Aufbau eines Friedensheeres von 300.000 Mann in 5 Jahren, gestützt auf einjährige Wehrpflicht."*[27) S. 195]

Die Lehrtrupps für die SA-Sportlager seien bis zum 31.3.1934 zurückzuziehen, der SA das Gastrecht auf Truppenübungsplätzen zu entziehen. ***Spiegel***-Redakteur und Zeithistoriker **Heinz Höhne** kommentierte:

"Merkwürdig, wie wenig Hitler und die Nationalsozialisten bei diesem Aufbruch in die Aufrüstung mitwirkten. Nicht Hitler hatte die Dezember-Beschlüsse der Reichswehr initiiert. Eine Weisung aus der Reichskanzlei gab es nicht." [27) S. 195]

Röhms Eigenmächtigkeiten 1934

Der ehemalige Reichskanzler **Heinrich Brüning** im Rückblick:

*"Einer, der sicher mit **Röhm** in Verbindung stand, war General v. **Bredow**. ...*

*Berlin war eine Art internationales Schlachtfeld geworden, genau wie 1923 und dann wieder 1930. Große international gesammelte Geldsummen waren verfügbar für Leute, die alle möglichen Pläne zum Sturz der Nazis beibrachten. Oft wußten die Botschafter der betreffenden Länder davon nichts. Es war eine Glückszeit für Abenteurer, die vorgaben, Einfluß und Informationen zu besitzen. Ich weiß von Summen, die jedem angeboten wurden, der eine Aktion gegen **Hitler** organisieren wollte, und von Geld, das tatsächlich an Leute ausgezahlt wurde, die es verschwendeten, ohne irgend etwas zu organisieren. ...*

*In Wirklichkeit drängte das Heer **Hitler**, gegen die SA vorzugehen, da weitsichtige Leute erkannten, daß **Schleichers** Hoffnung, **Hitler** mit **Röhms** Hilfe zu stürzen, gescheitert war. **Schleicher** selbst begriff dies, wie ich fürchte, im Frühjahr 1934 keineswegs. Ehe ich Deutschland verließ, erhielt ich mindestens 2 Berichte, daß er immer noch hoffte, **Röhm** würde möglicherweise so große Schwierigkeiten machen, daß die NSDAP zusammenbrechen würde."* [18 a)]

Während **Hitler** darauf bedacht war, **Röhm** im Zusammenhang mit dem "Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" mit Ernennung zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich im Dezember 1933 zufriedenzustellen, hat er ihm jedoch gleichzeitig die klare Aufgabe umrissen, daß allein die Armee den Schutz des Reiches nach außen zu gewährleisten habe, während der SA nur innenpolitische Aufgaben zustehen.[28) S. 173] Offensichtlich hatte sich **Hitler** mit großen Vorbehalten zu dieser Ernennung **Röhms** zum Minister entschlossen, kannte er doch die schon 1931 in der Presse breitgetretenen Vorwürfe gegen das Privatleben seines Stabschefs[29)] und weiterer 5 Gruppenführer sowie einiger Brigadeführer.[30) S. 42] Die aus außen- wie innenpolitischen Gründen Ende 1933 noch recht prekäre Machtlage seiner Herrschaft hat ihn jedoch ebenso offensichtlich veranlaßt, einen Streit mit der SA-Führung zu vermeiden. Diese Machtsituation kannte natürlich auch **Röhm** und versuchte sie auszunutzen.

Unmittelbar nach seiner Ernennung zum Minister ließ Röhm seine Stabswachen bewaffnen und bemühte sich sogar um das Ausland. Insbesondere von Frankreich erhoffte er sich auf der Genfer Abrüstungskonferenz eine Unterstützung seines Milizgedankens. Eigenmächtig bahnte er Gespräche mit dem französischen Militärattaché in Berlin an bzw. setzte sie fort.[18) S. 92]

Eine von **Rudolf Diels** im Januar 1934 **Göring** und **Hitler** übergebene Denkschrift über Straftaten etlicher Jugendlicher aus den Reihen der Hitlerjugend und ein Vorschlag, ob man nicht der SA erzieherische Aufgaben für die Jugend übertragen solle, löste eine heftige Debatte aus, die deutlich machte, daß **Hitler** sehr wohl wußte, *"was die Spatzen von allen Dächern pfeifen"*.

*"»Diese ganze Kamarilla um den Stabschef **Röhm** ist doch durch und durch verderbt. Es wäre doch ein Wahnsinn, ausgerechnet diesen Leuten noch die HJ anzuvertrauen. ...*

Die SA ist es, sie ist der Schrittmacher für allen Unflat. Dort sollten Sie einmal schärfer hinsehen«" [2) S. 275]

Weitere von **Diels** vorgetragene Einzelheiten, sogar über Morde an 2 SA-Führern, *"die sich gegen das Treiben der **Röhm**-Clique ausgesprochen hatten"*, sowie Morddrohungen gegenüber hochgestellten Männern aus der Bürgerschaft, SA und Polizei, die sich über rechtsstaatswidrige Maßnahmen oder homosexuelle Ausschweifungen gewisser SA-Führer beschwert hatten, veranlaßten **Hitler**, nunmehr ernsthafte Untersuchungen hierüber zu fordern. Ihm war auch mitgeteilt worden, daß es ganze Landstriche gab,

"wie gerade Schlesien und das Gebiet weitab im Westen, wo nur »seine« SA, aber keineswegs die Polizei etwas zu sagen hatte." [2) S. 276]

***Hitler** sagte nur:*

»Also, so weit ist es gediehen, daß die Polizei nicht mehr einzuschreiten wagt.«" [2) S. 276]

Hitler und **Göring** waren nicht gewillt, solche Eigenmächtigkeiten zu dulden, doch wollten sie gegen ihre eigenen Leute auch nicht überstürzt vorgehen.

Röhm, der sich -- bezugnehmend auf den großen Heeresreformer Preußens im 19. Jahrhundert -- als *"**Scharnhorst** der neuen Armee"* betrachtete, [27) S. 182] hielt sich nicht an die ihm auferlegten Richtlinien, sondern nutzte seine

28) Heinz Höhne, "Mordsache Röhm", Reinbek 1984

29) **Ernst Röhms** Homosexualität war bereits seit einem Prozeß im Jahr 1925 vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte bekannt geworden und fand durch Veröffentlichungen in der ***Münchener Post*** vom 22. Juni 1931 und im März 1932 erneut größere Publizität. Gegenstand jener Presseberichte waren von **Röhm** verfaßte Briefe an den Berliner Arzt **Dr. Heimsoth**, die auf ungeklärte Weise in andere Hände gelangt waren und anschließend auch von **Röhm** vor Gericht bestätigt wurden [1) S. 68 ff]

30) Heinrich Bennecke, "Die Reichswehr und der »Röhm-Putsch«", München - Wien 1964, S. 5

"Meine Tätigkeit in Berlin vom September 1933 bis Juli 1934 als Führer des Reichs-SA-Hochschulamtes, das im Rahmen der dem Chef des Ausbildungswesens der SA gestellten Aufgabe die vormilitärische Ausbildung der deutschen Studenten zu organisieren und durchzuführen hatte, brachte mich in enge Berührung mit allen Fragen der Zusammenarbeit von Reichswehr und SA in dieser Zeit."

Stellung als Stabschef der SA und nunmehriger Minister aus, um seine alten Vorstellungen von einer Volksmiliz unter seiner Führung zu verwirklichen. Nach Integrierung der SA-Führer in die Reichswehr meinte er, als nächstes Etappenziel die Position des Reichswehrministers und später dann sogar die Staatsführung übernehmen zu können. Selbst kritischste Beobachter seines Verhaltens haben diese Ambitionen nicht in Abrede gestellt.

"Seine SA war das neue Volksheer. Es mußte nur militärisch fit gemacht werden, es mußte nur für den modernen revolutionären Krieg gedrillt sein, -- dann war die Stunde gekommen, da die SA die Reichswehr übernehmen und ihn, den Reformator ***Ernst Röhm****, an die Spitze der neuen Wehrmacht eines neuen Deutschland katapultierte.*

Die Kader des neuen Volksheeres waren schon vorhanden. ***Röhm*** *befahl über eine 500.000-Mann-Armee, rein zahlenmäßig fünfmal so stark wie die Reichswehr. ...*

Bis ins kleinste Detail hatte ***Röhm*** *das Militär kopieren lassen. ... Die SA-Dienstvorschriften orientierten sich nach den Heeres-Reglements, und die SA-Standarten führten die Nummern früherer Regimenter der kaiserlichen Armee."* [18) S. 90]

Die Reichswehrführung hat mehr oder weniger auch in Reaktion auf die Ernennung **Röhms** zum Reichsminister Ende Dezember 1933 die Verstärkung des Heeres binnen 5 Jahren auf 300.000 und die Wiedereinführung der (einjährigen) Wehrpflicht als neue Zielvorstellung ins Auge gefaßt. Damit hat sie dem Milizgedanken **Röhms** einen unmißverständlichen Riegel vorgeschoben.

Röhm, hiervon entweder unbeeindruckt oder geradezu animiert, wähnte **Hitler** von seinen "schlechten Ratgebern" wieder abbringen zu können. Dabei reagierte er allerdings

"mit lärmenden Ausfällen und demonstrativen Darlegungen seiner Forderungen. Er nannte ***Hitler*** *einen »Schwächling«, der sich in den Händen von »dummen und gefährlichen Subjekten« befinde, doch werde er,* ***Röhm****, ihn »aus diesen Fesseln befreien."* [20) S. 624]

Knapp einen Monat, nachdem **Röhm** zum Reichsminister ernannt worden war, verstieg er sich, statt die ohnehin schwere Gesamtverantwortung mittragen zu helfen, zu weiteren unverständlichen Eigenmächtigkeiten.

In einem 6-seitigen Rundschreiben vom 15.1.1934 an höhere Verwaltungsdienststellen, auch das Justizministerium, verlangte er im Verfügungsstil für seine SA-Führer künftig Kontrollfunktionen über die Behörden. [31) S. 33] Hiermit nicht genug: Ohne Absprache mit dem Reichskanzler stellte **Röhm** am 1.2.1934 in einer Denkschrift an das Reichswehrministerium (RWM) Forderungen auf Ausweitung seiner Befugnisse für die vormilitärische Ausbildung, die Federführung in allen Fragen des Grenzschutzes -- nicht vergessen waren die Waffenlager[18) S. 92] -- und Teilhabe an den Planungen für die Landesverteidigung. [27) S. 184]

*"****Röhm*** *hatte seine Denkschrift so hart formuliert, daß* ***Blomberg*** *auf einer Befehlshaberbesprechung nur folgern konnte,* ***Röhm*** *beanspruche die gesamte Landesverteidigung als »Domäne der SA«, die Reichswehr solle nur Ausbildungsfunktionen wahrnehmen."* [18) S. 92]

Generaloberst v. **Blomberg** faßte dieses Exposé als Kriegserklärung auf.[27) S. 220 + 19) S. 181] Die Reichswehr stellte sich auf bewaffnete Konfrontation mit der SA ein. Ihr war zudem nicht entgangen, daß **Röhm** allzu offensichtlich die Anweisungen **Hitlers** mißachtete, was einer sich anbahnenden Meuterei gleichkam.

Auf einer Gauleitertagung in Berlin am 2. Februar betonte **Hitler** in deutlicher Schärfe, die Revolution sei zu Ende, und nur Narren, *"die wir sogar in unserer Bewegung haben"*, verstünden unter Revolution nimmer endendes Chaos. Deutschland brauche keine Chaoten, sondern Menschen, die die Zukunft Deutschlands unter stabilen Verhältnissen sichern.[20) S. 625]

Am 21.2.1934 sagte der Reichskanzler dem in Berlin weilenden britischen Lordsiegelbewahrer und späteren Außenminister **Anthony Eden** zwecks Klimaverbesserung bei den Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des Völkerbundes im Fall von Konzessionen zu, die SA um 2/3 ihrer Mannschaften zu reduzieren und im übrigen Inspektionen zu befürworten. Für **Röhm** eine deutliche, aber von ihm nicht akzeptierte Sachlage.

Am 28.2.1934 beschwor **Hitler** im Reichswehrministerium die höchsten Führer der SA, SS und der Reichswehr noch einmal, die vorgegebenen Richtlinien einzuhalten, denenzufolge die Reichswehr einziger Waffenträger der Nation sei. In feierlicher Zeremonie hatten sich **Blomberg** und **Röhm** hierzu schriftlich zu bekennen. [27) S. 232]

Obgleich **Hitler** in seiner Ansprache gedroht hatte, er werde jeden zerschmettern, der ihm bei der geforderten Aufgabenteilung zwischen Reichswehr und SA in den Arm falle, fühlte sich **Röhm** auch an die soeben unterzeichnete Verpflichtung nicht gebunden. Als nach dem anschließenden Sektfrühstück die Militärs gegangen waren, entrüstete sich **Röhm** über den *"Verrat Hitlers"*. [27) S. 233]

Das soeben unterzeichnete Schriftstück sei

"»ein neuer Vertrag von Versailles.

Hitler*! Wenn man sich nur von diesem Mann befreien könnte! ...*

Was der lächerliche Gefreite erklärte, gilt nicht für uns. Ich denke nicht daran, das Abkommen einzuhalten.



Reichspräsident v. Hindenburg schreitet am 21. März 1933 die Front der SA ab.

31) Rudolf Czernin, "Das Ende der Tabus -- Aufbruch in der Zeitgeschichte", Graz - Stuttgart 1998.

32) John Toland, "Adolf Hitler", Bergisch Gladbach 1977. (New York 1976)

32 a) ***Das Dritte Reich - Zeitgeschehen in Wort, Bild und Ton*** Nr 4, Hamburg (John Jahr Verlag KG), Chefredakteur: Dr. Christian Zentner, o.J., S. 138

Hitler ist treulos und muß mindestens auf Urlaub. Wenn nicht mit, so werden wir die Sache ohne Hitler machen. ... Die SA, das ist die nationalsozialistische Revolution.«" 32) S. 444 + 27) S. 233 + 1) S. 149

Eine ergänzende Aussage ist überliefert:

*"Vor seinen SA-Kameraden machte er (**Röhm**) sich über den »ignoranten Gefreiten« lustig. »Der Adolf spinnt« moserte er und verkündete:*

»Wir machen so weiter wie bisher.«

*Die Kumpane grölten Beifall. Nur einer mochte nicht mitjubeln. Der hannoversche Obergruppenführer **Viktor Lutze** war empört, wie respektlos in diesem Kreise über den Führer hergezogen wurde."* 32)

Röhm, der von sich behauptete, *"er verfüge immerhin über die Macht von 30 Divisionen"*,[20) S. 627] ging soweit, die Meinung zu verbreiten, **Hitler** habe das "sozialistische" Anliegen, für das die Partei angetreten sei, mittlerweile verraten, da er zu viele Kompromisse mit den konservativen Kräften, dem Adel, den Wirtschaftsbossen und der Reichswehr -- alle rangierten bei ihm als *"Reaktion"* -- eingegangen und vor Enteignungen und "Sozialisierungen" zurückgeschreckt sei.[33)]

SA-Obergruppenführer **Viktor Lutze** meldete diese Aussagen **Rudolf Heß** und kurz darauf **Hitler** persönlich, der *"die Sache ausreifen lassen wollte"*.

Die Ausdrücke, die **Röhm** über **Hitler** und führende Mitkämpfer in seiner nächsten Umgebung verwendete -- mag es auch nur gelegentlich geschehen sein --, waren unmißverständlich und gleichlautend. Die Polizeibehörden erhielten davon Kenntnis.

*"**Röhm** nannte **Göring** klar und schlicht einen Popanz und **Hitler** einen Narren. ..."* 2) S. 89

Am 14.3.1946 erklärte **Hermann Göring** vor dem Nürnberger Militärtribunal hierzu:

*"Der Gegensatz zwischen Wehrmacht und **Röhm**kreis, ich spreche nicht von einem Gegensatz zwischen Wehrmacht und der SA, bewußt betone ich das, der war nicht vorhanden, sondern ausschließlich von dieser Führergemeinschaft, die damals sich SA-Führung nannte und es tatsächlich war. Er wollte die Beseitigung der Hauptanzahl der Generale und höheren Offiziere, die in der Reichswehr die ganze Zeit gewesen waren. ... da er auf dem Standpunkt stand, daß diese Offiziere keine Gewähr für den neuen Staat bilden würden, da ihnen, wie er sich ausdrückte, das Rückgrat im Laufe der Jahre gebrochen worden sei und sie nicht mehr fähig waren, aktive Elemente des neuen nationalsozialistischen Staates zu sein.*

Der Führer und auch ich standen hier auf vollständig entgegengesetztem Standpunkt.

*Zum zweiten richtete sich das Streben, ich möchte sagen der für **Röhm** eingestellten Männer, auch in anderer Richtung auf einen revolutionären Akt. Sie waren gegen das, was sie als Reaktion bezeichneten. Sie wollten sich einen bewußt mehr links gestellten Eindruck geben. Sie waren auch verschärft gegen die Kirche und auch sehr scharf gegen das Judentum. ...*

*Wenn Übergriffe in jener Zeit vorkamen, so lagen sie auch immer wieder bei denselben Persönlichkeiten, in erster Linie bei dem Berliner SA-Führer **Ernst**, dem Breslauer **Heines**, dem Münchner **Stettiner** usw..*

*Einige Wochen vor dem **Röhm**-Putsch vertraute mir ein unterer SA-Führer an, daß er gehört habe, daß eine Aktion gegen den Führer und die zum Führer stehenden Männer der Bewegung geplant sei, damit das Dritte Reich schnellstens durch das endgültige Vierte Reich, wie der Ausdruck bei diesen Leuten war, abgelöst werden sollte.*

Ich selbst wurde gedrängt und gebeten, vor meinem Hause nicht nur Posten des Polizeiregiments stehen zu lassen, sondern abwechselnd auch eine Ehrenwache der SA zu nehmen. Ich war darauf eingegangen und hörte auch dann durch den Führer dieser Truppe nach einer gewissen Zeit, wozu diese Ehrenwache bestimmt sei: um im gegebenen Moment meine Festsetzung vorzunehmen.

*Ich kannte **Röhm** gut. Ich ließ ihn kommen. Ich hielt ihm offen die Dinge vor, die ich gehört hatte. ... Er versicherte mir, daß er selbstverständlich nicht daran dächte, irgendetwas gegen den Führer zu unternehmen. Kurz darauf erhielt ich weitere Nachrichten, daß er mit jenen Kreisen enge Verbindung habe, die ebenfalls in scharfer Ablehnung uns gegenüber standen. ...*

Ich fühlte mich verpflichtet, nun mit dem Führer darüber zu sprechen. Zu meinem Erstaunen erklärte mir der Führer, daß auch er bereits die Dinge wisse und sie sehr bedrohlich ansehe. Er wollte aber die weitere Entwicklung abwarten und sorgfältig beobachten." 34)

Ernst Röhm jedenfalls behielt seinen Stil bei.

*"Seine Forderungen nach einer zweiten Revolution erhob **Röhm** ab Frühjahr 1934 immer ultimativer und in drohender Form, obwohl **Adolf Hitler** ihm scharf widersprach und öffentlich drohte:*

»Wer immer sich gegen die Autorität des Staates erhebt, wird streng bestraft, welche Stellung er auch einnehmen möge.« 1) S. 149

Alles das nahm **Röhm** nicht ernst:

*"Er unternahm 1934 größere Besichtigungsreisen in verschiedenen SA-Gruppen. In Gesprächen nach den dienstlichen Veranstaltungen -- meist Aufmärsche der Verbände, Ansprachen und dann Vorbeimarsch -- hat er sich vor allen, die es hören wollten, wahrscheinlich aber nicht immer hören sollten, mißmutig und kritisch über Partei- und Reichswehrführung, ja sogar die Staatsführung und indirekt oder gar direkt über **Hitler** geäußert. Damit lieferte er aber nur weiteres Material fur Anklagen bei **Hitler** uber ihn. ...*

*So trug **Röhm** selbst dazu bei, die nervöse, manchmal sogar direkt hysterische Stimmung in den Wochen vor dem 30. Juni hervorzurufen."* 30) S. 43

Heinz Höhne bestätigte:

"Kein Massenaufmarsch, keine Fahnenweihe, keine Eroff-

33) Zweifellos hat **Röhm** die Schwierigkeiten völlig verkannt, die Arbeitslosigkeit abzubauen bzw. zu beseitigen. Hitler hatte folgende "sozialistische" Erfolgsbilanz aufzuweisen. Die Zahlen der statistisch erfaßten Arbeitslosen:

Am 31.1.1933 = 6 013 600	am 31.12.1933 = 4 059.100
am 30.6.1933 = 4 856 900	am 30.6.1934 = 2 480.800

Rustungsmaßnahmen hatten bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Bedeutung. Auch der Autobahnausbau hatte mit "Kriegsplänen" nichts zu tun.

"Schon den Autobahnbau hatten Hitler und Todt in Gang gesetzt, ohne die Reichswehr daran zu beteiligen. Weder wurden die Strecken nach strategischen Gesichtspunkten angelegt, wie es die Philosophie der Tiefenrustung verlangt hätte, noch sah sich die Reichswehrführung von Hitler ermuntert, den Reichsautobahnen eine Rolle in ihrem Aufrüstungsprogramm zuzuweisen." 19) S. 189

34) IMT, Bd. IX, S. 301 - 302

nung von SA-Heimen, ohne daß der Stabschef eine Rede hielt, mit immer neuen Anklagen und Beschwörungen, stets in die gleiche Richtung: Kritik an der »Verbonzung« der Partei und an der »unsozialistischen« Politik des Regimes, Brandmarkung der »Reaktion«, die die SA beiseite schiebe und den Nationalsozialismus verfälsche." [19) S. 200]

Die Meldungen nahmen an Umfang zu, daß auch die Basis der SA rumorte, etlichen "*die ganze Richtung nicht paßte, die »Adolf« seit dem 30. Januar 1933 eingeschlagen hatte*" [18) S. 89] und **Röhm** diese aufmüpfige Meckerei hat gewähren lassen.

Über die "*pausenlosen Triumpfparaden*" und Machtdemonstrationen **Röhms** in jenen Monaten hinaus beunruhigten Gerüchte um seine Bemühungen, General v. **Schleicher** und **Gregor Strasser** und "*wohl auch andere oppositionelle Kreise*" für seine Zielvorstellungen einzuspannen; -- was davon Fakt oder Intrige war, wurde nie geklärt.

Zudem sorgten nachweisbare Waffenlieferungen aus dem Ausland, und zwar "*größere Mengen*",[20) S. 627] für Aufsehen. **Röhm** ließ -- und das ist Faktum --

"*bei jeder SA-Gruppe eine bewaffnete Stabswache in Stärke von einer Kompanie aufstellen, die mit Karabinern und schweren Maschinengewehren ausgerüstet wurde. Das bedeutete 5.000 bewaffnete Männer. In der SA wurden weitere bewaffnete Einheiten gebildet, in Berlin etwa ein »Wachregiment« für die Gruppe und »Wachbataillone« für die Brigaden.*[27) S. 260 + 19) S. 205 + 35) S. 367]

Als im Juli 1934 die Waffen der SA eingesammelt wurden, hat man 177.000 Gewehre, 651 schwere und 1.250 leichte Maschinengewehre gefunden, eine Ausrüstung für 10 Infanterie-Divisionen. [27) S. 260 + 35) S. 367]

In einem Schreiben vom 2. März 1934 an **Adolf Hitler** hat Reichswehrminister v. **Blomberg** sein Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Bewaffnung der SA-Stabswachen rein zahlenmäßig bedenklich sei und das von **Röhm** gleichzeitig verstärkte militärische Ausbildungsprogramm für seine SA-Einheiten im Widerspruch zu den getroffenen Abmachungen stünde.

"*Gewiß ist nicht auszuschließen, daß er [**Röhm**] damit tatsächlich nur die enttäuscht und gereizt herumlungernden SA-Männer beschäftigen wollte. Aber unverkennbar mußten diese Aktivitäten auf **Hitler** und die Reichswehrführung als Herausforderung wirken und den aufrührerischen Schwadronaden einen besorgniserregenden Hintergrund geben.*" [20) S. 627]

Die Waffenlieferungen an die SA sind seinerzeit nicht geheim geblieben -- der Umfang wohl --, obgleich sie z.T. konspirativ aufgezogen worden waren. Vizekanzler v. **Papen** erwähnte sie in seinen Erinnerungen ebenfalls und beschrieb einen Vorfall in Stettin, wo der dortige Wehrkreisbefehlshaber General v. **Bock** eine Sendung belgischer Maschinengewehre mit Adresse an den dortigen SA-Führer beschlagnahmen ließ.[36) S. 352]

"*Warum bewaffnete **Röhm** seine SA so hektisch, was veranlaßte ihn, mit Frankreichs Botschafter und Militärattachè emsig Umgang zu pflegen?*" [19) S. 205]

Der französische Historiker **Max Gallo** äußerte den Verdacht, ob nicht diese Waffenlieferungen gar eine Intrige der Abwehr gegen die SA war, da die Lieferungen "*auf Rechnung der Reichswehr mit dem Geld und der Hilfe der Abwehr*" erfolgt sein sollen. Provokationen, Fallen, um **Hitler** zum Handeln zu zwingen?

"*Eine Aktion ist vorbereitet. Ein Agent wirft auf dem Frachtbahnhof in Berlin eine Kiste um, sie zerbricht. Jedermann kann den Inhalt sehen: Maschinengewehrteile. Die Kiste ist für SA-Führer **Ernst** bestimmt.*"

Gleichartiges aus Stettin.

"*Auf dem Schreibtisch **Hitlers** liegen die gleichlautenden Berichte des SD und der Abwehr. Die Beweise sind da, unwiderlegbar.*" [23) S. 112]

Hinter dem "Waffengeschäft" wurden geheimnisvolle ausländische Finanziers vermutet. Selbst schärfste Kritiker **Hitlers** haben nicht behauptet, daß er -- der Reichskanzler -- solches veranlaßt habe.

Gegen SA-feindliche Provokationslieferungen spricht allerdings:

(1) ihr enormer Umfang,

(2) ihr gleichermaßen zu Buche schlagender Kostenaufwand,

(3) der Überraschungsffekt für die Empfänger, der kaum hätte verborgen bleiben können und

(4) das von **Röhm** dem Reichskanzler offensichtlich verschwiegene Ausmaß des Waffenbestandes der SA.

Die Hartnäckigkeit, mit der **Röhm Hitler** bis zuletzt gegenübergetreten war, hat zweifellos seine Erklärung in dem Waffenarsenal, das sich der SA-Stabs-chef längerfristig zugelegt hat und von dem **Hitler** nichts wußte.

Der SA-Obergruppenführer **Max Jüttner** hat später darauf hingewiesen,

"*daß Waffenbeschaffungen der SA zumindest auch im Interesse der Landesverteidigung erfolgt sind. **Jüttner** hatte Anfang 1934 erfahren, daß die SA im Westen in Pläne der Landesverteidigung einbezogen worden war. Für diese SA-Kräfte wurden Waffen auf dem schwarzen Markt beschafft. Als **Jüttner** dann als Verbindungsführer der Obersten SA-Führung zur Reichswehr diese Angelegenheit in Berlin besprach, wurde ihm mitgeteilt, daß für diese »bunt zusammengewürfelten Waffen« weder Ersatzteile noch ausreichend Munition zu beschaffen sei. Er solle deshalb seine Waffenanforderungen besser in Berlin an die Reichswehr richten.*" [30) S. 48]

Immerhin konnte sich **Röhm** mit Hinweis auf diese Aufgaben -- deshalb auch sein Beharren auf den Kompetenzen des Grenzschutzes im Osten -- offiziell absichern, wenn er sich Waffen aus Belgien kommen ließ. Die außenpolitische Brisanz dieses Themas hat **Hitler** offensichtlich veranlaßt, in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Reichstag am 13. Juli die geheimen Waffenlieferungen an die SA nicht anzusprechen, obgleich ihm die Waffenarsenale der SA unheimlich waren und er sie **Röhm** zum Vorwurf, sogar des Hochverrates, machte, weil er über ihren Umfang im unklaren gelassen wurde. Sollte Röhm mit seinen Waffenimporten den Reichskanzler hintergangen, getäuscht haben, und sei es auch nur, um seine SA-Macht zu stärken, so wäre dies Hochverrat gewesen. Welche Staatsführung läßt sich schon konspirative Waffenimporte, zumal "*in größeren Mengen*" gefallen?

Die meisten Historiker haben dieses Thema weitgehend ungeklärt ausgeklammert.

Am 18. April 1934 hielt **Röhm** eine Pressekonferenz

35) Robert J. O'Neill, "The German Army and the Nazi Party 1933 - 1939", London 1966, S. 367.

36) Franz v. Papen, "Der Wahrheit eine Gasse", München 1952

vor den Auslandsjournalisten ab, in der er nach einer Treuebekundung für den Reichskanzler ausführte:

"Wir haben keine nationale, sondern eine nationalsozialistische Revolution gemacht, wobei wir besonderes Gewicht auf das Wort »sozialistisch« legen. ...

Wir sind nicht bereit, auch nur die geringsten Abstriche von unserem konsequenten sozialistischen Wollen zu machen. Reaktion und Revolution sind natürliche Todfeinde. Zu bedauern ist, die Reaktion in den eigenen Reihen gleich- statt ausgeschaltet zu haben. ...

Wir brechen ihnen aber bestimmt und erbarmungslos das Genick, wenn sie diese reaktionäre Gesinnung zu betätigen wagen." 1) S. 132

"Die nationale Revolution ist vorüber. Die soziale Revolution aber ist fällig. Revolutionen aber feiert man nicht. Man macht sie." 22) S. 20 + 23) S. 49

Hierzu paßt die Wiedergabe eines Begleiters von **Röhm** anläßlich eines Ausritts durch den Tiergarten in Berlin Ende April 1934. Als eine Gruppe Politischer Leiter der NSDAP ihren Weg kreuzte, meinte der SA-Stabschef:

"Schauen Sie sich diese Kerle an. Die Partei ist eine Versorgungsanstalt geworden, aber kein politischer Faktor mehr. Die Leute waren notwendig, um die Entscheidung herbeizuführen, jetzt sind sie eine Belastung. Wir müssen sie bald loswerden. Erst dann kann die richtige Revolution beginnen." 23) S. 48



"Seinen Duzfreund Ernst Röhm (rechts) exekutieren zu lassen, zögerte Hitler am längsten. Aber der Reichsführer SS Heinrich Himmler (links) wußte, daß die ganze Intrige um den erfundenen SA-Putsch auffliegen mußte, wenn Röhm am Leben blieb. Über zwölf Stunden lang stritt die Nazi-Prominenz um Röhms Leben. Als außer Hitler niemand mehr für ihn eintrat, ließ ihn der Führer fallen."

— ***Das Dritte Reich — Zeitgeschehen in Wort und Bild***, John Jahr Verlag Hamburg, o. J. Nr. 4, S. 142/143, Chefredakteur Dr. Christian Zentner.

Hinter diesen Parolen stand die schon zumindest seit 1931 gehegte Konzeption, in Verbindung mit Finanzkreisen aus England und Frankreich einen Systemwechsel mit Ausschaltung **Hitlers** und der SS zu erreichen, um auf diese Weise "*die Konsolidierung der mitteleuropäischen Lage*" zu ermöglichen, -- mit **Röhm** als Chef der deutschen Politik.[37] Hierzu vergleiche man die eidesstattlichen Erklärungen des SA-Brigadeführers **Freund** (Allg. SA-83) und des Generalmajors a.D. **Franz v. Hörauf**, seinerzeit Chef der Abt. I (Organisation, Ausbildung und Einsatz der SA), (SA/A 76 + 15). Einer der letzten Verhandlungsführer mit dem Ausland war SA-Obergruppenführer **v. Detten.**[37]

Der Verteidiger der SA vor dem Militärtribunal in Nürnberg, Rechtsanwalt **Dr. Böhm**, erklärte hierzu am 28.8.1946 unter Bedauern, daß etliche Zeugen und Dokumente vom Tribunal nicht zugelassen wurden:

*"Die Zeugenaussagen **Jüttners**, wie die Affidavits von **Hörauf** und **Freund** weisen darauf hin, daß die oberste SA-Führung bis zu dem Zeitpunkt, da sie politisch ausgeschaltet war, in enger Verbindung mit englischen und französischen Kreisen stand, um einen Westpakt zu schaffen. Ich habe nachgewiesen, daß in dem Rahmen dieser Verhandlungen finanzielle Unterstützungen des Auslandes für die SA vorhanden waren, fernerhin habe ich aufgezeigt, daß die SA-Führung 1932 mit deutschen Regierungskreisen gegen **Hitler** Koalitionsverhandlungen tätigte. ...*

Es war beabsichtigt, das bisherige System auszuschalten und durch eine wirkliche Volksregierung unter tätiger Mitarbeit des Volkes selbst zu ersetzen." 37)

Diese Einstellung hinderte **Röhm** nicht, offiziell und öffentlich uneingeschränkte Treue zu bekennen und hierzu aufzufordern -- so erneut zum Geburtstag **Adolf Hitlers** am 20. April 1934. Doch dies geschah offensichtlich nicht ohne Hintergedanken. Denn nur 7 Tage später forderte **Röhm** in einer Kabinettsitzung seinen Preis: Geschlossene SA-Formationen wollte er in die Reichswehr übernommen wissen, wobei deren SA-Führer entsprechende Offiziersstellen erhalten sollten. Nach all den ihm bereits deutlich gemachten Entscheidungen und Warnungen mußte **Hitler** diese Forderung zu diesem Zeitpunkt als Abbruch einer weiteren Zusammenarbeit auffassen.

*"**Hitler** blieb stumm. Als dann **Blomberg** in kurzen Worten erklärte, daß er auf ausdrücklichen Befehl des Reichspräsidenten **v. Hindenburg** die Forderung **Röhms** ablehnen müsse, erklärte Reichskanzler **Hitler** die Angelegenheit damit bis auf weiteres für erledigt.*

*Wutentbrannt raffte **Röhm** seine Papiere zusammen und verließ brüsk die Sitzung. -- Es sollte seine letzte Kabinettsitzung sein!"* 22) S. 62 - 63

Ende April 1934 hatte **Himmler** den SA-Stabschef zu einer Zusammenkunft gebeten, in der er auf zahlreiche Übelstände in bestimmten SA-Führerkreisen und umlaufende Gerüchte über anstößige Orgien sowie ihre staatsschädigenden Auswirkungen aufmerksam machte. Obgleich **Röhm** Abhilfe versprach, befand er sich in der anschließenden Nacht inmitten eines neuerlichen Gelages der angeprangerten Art.[23] S. S. 68 - 69

Am 9. Mai 1934 verwies der französische Außenminister **Louis Barthou** vor der Kammer auf sich zuspitzende Kontroversen in Deutschland. Dies machte deutlich, was nachfolgend der deutsche Sonderbeauftragte **Joachim v. Ribbentrop** aus Paris bestätigte, daß man dort über gute Informanten aus höchsten deutschen Führungskreisen verfügte und Zerwürfnisse innerhalb des Reiches außergewöhnliche Rückwirkungen auf die internationale Stellung des Reiches haben mußten.

Unter Bezugnahme auf die vorerwähnte Kabinettsitzung bzw. die Konfliktsituation zwischen Reichswehr und SA wurde **Hitler** am 28. Mai zum Reichspräsidenten bestellt, der ein kurzfristig demonstrativ erkennbares Einschreiten gegen **Röhm** und die Besorgnis erregenden Aktivitäten der SA forderte.

Generalmajor **Walter v. Reichenau**, Staatssekretär und Chef des Ministeramtes (ab 13.2.1934 Wehrmachtsamtes) im Reichswehrministerium, hat im August 1934 dem Korrespondenten des Pariser ***Petit Journal*** diese Zusammenhänge als wesentliche Ursachen für die gewaltsame Ausschaltung **Röhms** am 30. Juni bezeichnet.

37) IMT, Bd. XXII, S. 157 - 159 — Waren die hier angesprochenen Affidavits von **Jüttner, Freund** und **Hörauf** schon in den Nürnberger IMT-Protokollen nicht abgedruckt worden, so sind sie auch nicht, wie sonst üblich, in den Unterlagen des Nürnberger Staatsarchivs aufbewahrt. Das Bundesarchiv in Berlin fand ebenfalls *"keine Hinweise zu den zitierten eidesstattlichen Erklärungen"* Man kann wohl davon ausgehen, daß sie bewußt, weil sie offensichtlich wichtige, aber heute unerwünschte Hintergründe ausleuchten, den Historikern und somit der Öffentlichkeit entzogen bleiben sollen

Staatsstreichversuch im Umfeld der Vizekanzlei

Unter Bezugnahme auf § 48 der Weimarer Verfassung hatte der Reichspräsident am 1.6.1932 per Notverordnung **Franz von Papen** zum Reichskanzler berufen. Der Reichstag hatte ihm bereits am 12.9.1932 mit 512 gegen 42 Stimmen das Mißtrauen erklärt. Trotz Auflösung des Reichstages regierte v. **Papen** bis zur Neuwahl am 6.11.1932 bzw. bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers weiter. Der am 3.12.1932 als Kanzler antretende General **Kurt von Schleicher**, ebenso per Notverordnung ernannt, scheiterte am 28.1.1933.

Von Papen war "am Ball geblieben", nützte seine Beziehungen zum Reichspräsidenten, zur Reichswehr, Kirche und zu sonstigen gesellschaftlich maßgebenden Kräften, vermittelte die Koalitionsregierung unter dem Kanzler **Adolf Hitler** und erschien dort als Vizekanzler. Gleichwohl hegte er von Anfang an den Wunsch, Hitler zu "umrahmen", unter Kontrolle und nach kurzer Zeit zur Bankrotterklärung zu bringen, um dann mit Hilfe v. **Hindenburgs** im Rahmen einer restaurierten Monarchie erneut tonangebend in Deutschland mitwirken zu können.

Die Hoffnung auf die Durchsetzbarkeit einer solchen Vision schöpfte v. **Papen** aus der nach wie vor überragenden verfassungsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten, dem Schwergewicht der konservativen Kräfte im Hintergrund und der Tatsache, daß es gelungen war, ein Kabinett zusammenzustellen, das zwar unter der Kanzlerschaft **Hitlers** stand, aber von 10 weiteren Mitgliedern nur 2 ns-Parteigenossen aufwies: **Dr. Frick**, Innenminister, und **Hermann Göring**, Minister ohne Geschäftsbereich. Die gesonderte Berufung des Generalobersten **Werner von Blomberg** zum Reichswehrminister -- er war vor den übrigen Mitgliedern des Reichskabinetts vereidigt worden --

*"veranschaulicht die Bedeutung, die man in der Umgebung des Reichspräsidenten und **Papens** der bewaffneten Macht als stabilisierendem Faktor für die »nationale Regierung« beimaß. ...*

*Der Zusammenarbeit zwischen **Hitler** und **Blomberg** lag eine Vereinbarung zugrunde, die für die gesamte künftige außen- und innenpolitische Entwicklung konstitutiv geworden ist."* [38) S. 396]

Damit war von Anfang an klargelegt, daß die Wehrmacht einziger Waffenträger bleibe und die SA sich in diesen Bereich nicht einzumischen habe. **Hitler** hat sich stets an diese Zusage gehalten. Selbst die im März 1933 aufgestellte "Leibstandarte Adolf Hitler" (LAH) sowie die spätere Waffen-SS blieben den militärischen Einsatzbefehlen des Heeres bzw. dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unterstellt.

*"Gegenüber Interventionen des greisen Reichspräsidenten war **Hitler** damals von großer Empfindsamkeit. Er bemühte sich offenbar ihm gegenüber einer konsequenten Korrektheit und Loyalität."* [2) S. 250]

Hitler hat nicht nur die Stellung des Reichspräsidenten respektiert, sondern diese auch im Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933 abgesichert. D.h. die dem Reichspräsidenten eingeräumten Verfassungsrechte, zu denen im Falle eines von ihm verkündeten Staatsnotstandes die Entlassung des Reichskanzlers und seiner Minister gehörte, waren vom Ermächtigungsgesetz im Art. 2 ausdrücklich "unberührt" geblieben. **Hitler** konnte somit nur im Einklang mit dem Reichspräsidenten, der zudem Oberbefehlshaber der Reichswehr war, handeln.

Gerade diese Verfassungslage schien jedoch "eingeweihten Kreisen" mit persönlichem Zugang zur Familie v. **Hindenburg** der Ansatzpunkt, um den von Anfang an beabsichtigten Sturz **Hitlers** zu verwirklichen. Doch die Ausgangslage hatte sich bereits binnen weniger Monate rasant verändert. V. **Papen** weist in seinen Erinnerungen auf ein Beispiel dieser Art hin, wenngleich er damals daraus sicherlich keine Konsequenzen gezogen hat:

*"Der vollkommene Zusammenbruch des bürgerlichen Lagers kann nicht deutlicher aufgezeigt werden, als durch das Echo der Parteien auf die von **Hitler** befohlene Auflösung. Zentrum und Bayerische Volkspartei empfahlen*

*»unter der unmittelbaren Führung **Adolf Hitlers** am Aufbau des neuen Deutschlands mitzuwirken und sich rückhaltlos zur Verfügung zu stellen.«*

Und für die Widerstandskämpfer aus den Reihen der Sozialdemokraten sei an einen Beschluß der SPD-Landesleitung Württemberg-Baden vom 10.5.1933 erinnert, der allen Inhabern sozialdemokratischer Mandate empfiehlt,

»ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, der keinen Zweifel an dem guten Willen zuläßt, die politische Neubildung Deutschlands nach den Plänen des Nationalsozialismus zu unterstützen.«" [36) S. 342]

Bedacht werden sollte hierbei, daß etliche Führungsfunktionäre der SPD schon Monate vorher nach Prag emigriert waren und von dort ihre anti-ns-Politik weiterbetrieben, was **Hitler** veranlaßt hatte, die Parteien am 14.7.1933 aufzulösen und Neugründungen zu verbieten. Zuvor schon hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund -- offensichtlich auch auf Grund leerer Kassen -- die Loslösung von der SPD bekundet und am 9.4.1933 erklärt, *"sich in den Dienst des neuen Staates zu stellen"* und mit der Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften einverstanden zu sein.[10) S. 116 - 119]

Die Mitarbeiter des Vizekanzlers, **Edgar Julius Jung**, v. **Savigny** und **Fritz Günther v. Tschirschky** waren schon 1933 bemüht, an die Botschafter in London und Paris, **Leopold v. Hoesch** und **Köster**, einseitige bzw. verlogene Meldungen zu senden, um das Ausland gegen die Reichsregierung aufzuputschen.[27) S. 205] Ob v. **Papen** hiervon gewußt hat, ist unklar, doch waren sie sich in der Zielsetzung einig. Seit Dezember 1933 arbeitete **Jung** -- bekannt bereits durch sein Buch "Die Herrschaft der Minderwertigen" und als Verfasser zahlreicher Texte für v. **Papen** -- an einer Rede, mit der v. **Papen** die Willkür des Nationalsozialismus geißeln und damit die beabsichtigte Staatskrise in

38) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", Stuttgart 1979, Bd. I.

Gang setzen wollte oder sollte. Der Rechtsanwalt hatte

*"vorher auch schon einmal einen Pistolenanschlag auf **Adolf Hitler** ausführen wollen und nur deshalb davon Abstand genommen, weil er anschließend selbst Reichskanzler werden wollte. ...*

*Daher konzentrierte sich **Jung** auf die Entmachtung **Hitlers** durch die Erklarung des Staatsnotstands."* 1) S 156

Im Frühsommer 1934, als sich der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten zunehmend verschlechterte, gerieten solche Pläne unter Zeitdruck. Selbst **Otto Strasser** räumt ein, daß sich "*die Drahtzieher*" jenes Umsturzplanes "*zur Eile gezwungen*" sahen. 22) S. 50

Inwiefern v. **Papen** von internen Entscheidungen der Reichswehr unterrichtet worden war, blieb unklar. Sein Konzept basierte zweifellos zum großen Teil auf ihrem Rückhalt, meinte er doch sie über v. **Hindenburg** und den seit 1½ Jahren privatisierenden General **v. Schleicher** nach wie vor für sich mobilisieren zu können.

Wenn **Hitler** nicht von einem Umsturzplan gewußt haben sollte, so mußte er doch mit der Möglichkeit eines Staatsstreiches in seiner unmittelbaren Koalitions-Umgebung rechnen. Dafür kannte er seine Gegner aus der Kampfzeit zu gut. Im übrigen war die Nachfolgeregelung des Reichspräsidentenamtes bereits im Dezember 1932 Gegenstand einer Reichstagsabstimmung gewesen. Den Versuch General **Schleichers**, im akuten Fall selbst die Vollmachten des Reichspräsidenten zu übernehmen, hatte die NSDAP damals verhindert.

"*Seit Monaten schon*" -- so bekundet **Otto Strasser** für die Zeit vor dem Juni 1934 -- war "*in unterrichteten Kreisen*" ein Umsturzplan mit folgender Zielvorstellung "*offenes Geheimnis*":

*"**Hindenburg** bestellt testamentarisch den **Ex-Kronprinzen Wilhelm** als Nachfolger, wobei man die ungarische Form des »Reichsverwesers« wählt. Der neue Reichsverweser, der noch von **Hindenburg** das direkte Kommando über die Reichswehr empfängt, verhängt sofort den Ausnahmezustand über Deutschland, durch den automatisch die gesamte vollziehende Gewalt den (hitlerischen) Zivilbehörden entzogen und den (reaktionären) Wehrkreiskommandeuren übertragen wird.*

*Die Regierung bleibt unter der Kanzlerschaft **Hitlers**, doch tritt eine wesentliche Anderung ihrer personellen Zusammensetzung ein, und vor allem soll mit der »Nebenregierung von Partei und SA« radikal Schluß gemacht werden."* 22) S. 49 - 50

Hitler bzw. das Reichskabinett -- offenbar in Kenntnis zumindest derartiger Gerüchte oder auch nur Befürchtungen, und ebenfalls besorgt um eine rasche und reibungslose Neuregelung im Falle des Ablebens des 86-jährigen **v. Hindenburg** -- reagierte darauf am 24. April 1934 mit einem Strafrechtsänderungsgesetz. Dieses drohte Tod bzw. Zuchthaus für den Versuch an, die Verfassungsrechte des Reichspräsidenten oder der Regierung zu untergraben oder einen Repräsentanten des Staates zu nötigen, seine Befugnisse in einem bestimmten Sinne auszuüben. Auch jenen war diese Härte des Gesetzes angedroht, die die öffentliche Macht mißbrauchen oder gar hierfür Mannschaften in Waffen einüben.[39]

Franz v. Papen und **Ernst Röhm** mußten als Regierungsmitglieder nicht nur davon Kenntnis haben, sondern gewiß auch von den Motiven beim Zustandekommen dieser Texte. Genug öffentliche Warnungen in dieser Richtung waren bereits erteilt worden. **Hitler** konnte sich hierauf berufen, als er sich in der Staatsnotstandssituation am 30. Juni 1934 zum obersten Gerichtsherrn erklärte.

Daß dennoch die SA sich teilweise bewaffnet hatte, blieb unerwähnt. Offenbar war dies zunächst stillschweigend geduldet worden, weil **Hitler** auf die SA noch zur Gegnerbekämpfung angewiesen war und keine Gefahr bestand, daß diese Waffen gegen den Staat verwendet werden könnten.

Als sich die Krise zwischen Regierung und Reichswehr einerseits und der SA-Führung andererseits zuspitzte, wagte sich die Gruppe um **v. Papen** (Leiter der Pressestelle des Vizekanzlers, Oberregierungsrat **Herbert v. Bose**, **v. Tschirschky**, **Klausener**, **Jung**) aus der Deckung hervor. "*Mit gefälschten Dokumenten, Gerüchten, Falschinformationen*" 3) S. 172 begannen sie, ihren Staatsstreichversuch gegen **Hitler** in die Wege zu leiten. **V. Bose** hatte bereits "*ein Netz von NS-Gegnern in Bürokratie und Society geschaffen*". Er schürte die Furcht vor einem SA-Putsch und wollte die Militärs zu einer Intervention gegen **Hitler** aufreizen, um der Reichswehr die vollziehende Gewalt in die Hand zu spielen. So sollte die SA ausgeschaltet, **Hitler** zur Kabinettsumbildung gezwungen und der Weg für die Wiedereinführung der Monarchie freigemacht werden. 19) S. 209

In welchem Maße der Vizekanzler über den letzten Stand dieser Vorbereitungen unterrichtet war, sei dahingestellt. Ganz unwissend konnte er keinesfalls sein. Der britische Journalist **Sefton Delmer** berichtete, was er in jenen Tagen vom Pressereferenten **Papens** -- offensichtlich von **Herbert v. Bose** -- gehört haben will:

*"Jetzt stehen wir inmitten des **Hindenburg**ischen Nachfolgekrieges, in dem **Hitler** auf der einen und der Vizekanzler mit seinen konservativen Freunden auf der anderen Seite stehen. Die angekündigte Entscheidung werde auf der nächsten Kabinettsitzung fallen, wenn **Papen Hitler** zwingen werde, die terroristische Anarchie der SA-Gangster niederzuschlagen. Sollte der Führer sich weigern, dann würden **Papen** und seine Freunde zurücktreten, **Hindenburg** werde **Hitler** entlassen und die Macht in die Hände des Militärs legen. Ganz gleich, wie es kommt. mein Chef ist überzeugt, daß er **Hitler** in der Zange hat.*

*Wenn **Hitler** die Forderung annimmt* (die terroristische Anarchie der SA-Gangster niederzuschlagen), *ist er seine Macht los. Und wenn er sich weigert, ist die Reichswehr an der Reihe. Ich hoffe nur, daß er sich weigert. Selbst wenn das Bürgerkrieg bedeuten würde."* 32) S. 449

Aus der Luft gegriffen war das offensichtlich nicht, erinnerte sich doch **Heinrich Brüning** im November 1947:

*"**Papen** bereitete einen eigenen »Putsch« im Herrenklub vor, wohin er Leute zum Essen einlud, um über künftige Kabinette zu diskutieren. ... Dort traf er sich mehrmals mit **Erich Klausener**. ... **Papen** forderte ihn auf, Reichsinnenminister zu werden, und das wurde der Gestapo bekannt, ehe ich Deutschland verließ."* 18 a)

Jedenfalls am 17. Juni zog v. **Papen** nach Absprache mit seinen Mitarbeitern in der Universität Marburg gegen all das zu Felde,

"was an Eigennutz, Charakterlosigkeit, Unwahrhaftigkeit, Unritterlichkeit und Anmaßung sich unter dem Deckmantel der deutschen Revolution ausbreite." 27) S. 266 + 18) S. 98

Zudem prangerte er die Alleinherrschaft -- umschrieben als "*Vorherrschaft*" -- einer Partei und den Staatstotalismus, die politische Demagogie und die dem Marxismus

---

39) Reichsgesetzblatt 1934, S. 341; betrifft hier die §§ 81 + 82 STGB

39 a) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1963, S. 234 - 236

eigene Dynamik des sozialen Umbruchs, das Gerede von der zweiten Revolution und die Einschränkung der Pressefreiheit an. Ein christlich-religiös begründeter Staat sei anzustreben.

Der Redetext war diesem "Staatsmann" erst kurz vor seinem Auftritt übergeben worden. Er hat ihn abgelesen.

Dr. Goebbels verbot den Zeitungen, die Ansprache zu veröffentlichen und ließ die Restauflage eines Sonderdrucks beschlagnahmen. Die ***Frankfurter Zeitung*** hatte in einem Teil der Auflage den Text ausführlich zitiert.

Zwei Tage später versuchte **Hitler** zunächst die Attakken v.**Papens** abzufangen, indem er das Vorgehen von **Dr. Goebbels** dem sich beschwerenden Vizekanzler gegenüber verurteilte und vorschlug, Differenzen **Hindenburg** gemeinsam vorzutragen. Die erwogene Unterredung fand dann allerdings nicht statt, nachdem **v. Papen** Vorwürfe **Hitlers** zum Anlaß nahm, seinen Rücktritt zu erklären. Möglicherweise gehörte das von Anfang an zu seinem Plan in der Hoffnung, **v. Hindenburg** würde im Krisenfall eher ihn als **Hitler** unterstützen.

Vor dem Siegertribunal in Nürnberg sagte Reichswirtschaftsminister **Funk** aus, er hätte von **Hitler** den Auftrag erhalten, **v. Hindenburg** vorzutragen, daß sich der Vizekanzler gegen die Politik der Regierung gestellt habe und deshalb entlassen werden müsse.[40) S. 326] Über diese Initiative ist jedoch nichts Näheres bekannt geworden. Grundsätzlich jedoch rügte der Reichspräsident das eigenwillige Vorgehen des Vizekanzlers. Gleichwohl bestand er auf der Vermeidung einer Regierungskrise. Der "Papen-Zwischenfall" hatte indessen erhebliches Echo in der internationalen Presse ausgelöst.[40) S. 321]

In dieser nun offenkundig gewordenen Regierungskrise flog **Hitler** am 21. Juni ohne **v. Papen** -- dieser war ja zurückgetreten -- nach Neudeck/Ostpreußen. **Hindenburg** hatte anläßlich des Wirbels um die **Papen**-Rede vorab den Reichswehrminister Generaloberst **v. Blomberg** zu sich zitiert. Auf der Schwelle des Schlosses begrüßte dieser neben **Oscar v. Hindenburg** und **Dr. Meißner** den Reichskanzler mit seiner kleinen Mannschaft und eröffnete ihm, er sei bereits nach Neudeck beordert worden, um die Maßnahmen zum Schutz des inneren Friedens zu besprechen.

"Wenn nicht in den nächsten Tagen eine völlige Entspannung der Lage eintrete, wozu unter allen Umständen die Vermeidung einer Kabinettskrise notwendig sei, dann müsse der kleine Belagerungszustand verhängt werden.

Der Herr Reichspräsident sei bedauerlicherweise so leidend, daß er keinen längeren Vortrag des Herrn Reichskanzlers entgegennehmen könne, weswegen er ihn, Blomberg, mit dieser Berichterstattung beauftragt habe.

In Schweigen erstarrt die Gruppe um Hitler! Heiser vor Erregung fordert der Kanzler schließlich eine Besprechung mit Hindenburg, die ihm -- ohne Begleitung -- gewährt wird. In Gegenwart Blombergs bestätigt der Reichspräsident kurz die Mitteilungen des Reichswehrministers." [22) S. 91]

Der französische Zeithistoriker **Max Gallo** schilderte diese Begegnung etwas anders, bekundet aber gleichermaßen den harten Ton des Reichspräsidenten:

*"Was ist mit **Röhm**? Mit der 2. Revolution? Man muß die Ruhe in Deutschland wiederherstellen, das ist die Aufgabe des Reichskanzlers, die Aufgabe des Reichspräsidenten. Das Land braucht Ordnung und das Heer Ruhe, um die Verteidigung des Reiches aufzubauen. Die Worte klingen wie Befehle."* [23) S. 164]

Unverkennbar hat Vizekanzler **v. Papen** die Krise verschärft und terminiert, zumal er in ihrer Größenordnung nicht zu verharmlosende konservative Hintergrundkreise repräsentierte. Bleibt festzustellen: die Kräfte um den Vizekanzler, die Reichswehrführung und **Röhm** haben unabhängig voneinander die Nachfolge des Reichspräsidenten jeweils für eigene Interessen auszunützen versucht, was insgesamt den Staatsnotstand ausgelöst hat.

Reichspräsident, Reichswehr und auch **Göring** (Reichsminister, Reichskommissar für die Luftfahrt, Reichstagspräsident, Ministerpräsident von Preußen und Chef der dortigen Polizei) waren für die Reichsregierung in diesen Tagen unverzichtbare Garanten der Macht. **Hitler** stand faktisch vor ihrem Ultimatum. So instabil war plötzlich seine Kanzlerschaft – trotz NSDAP, SS usw.

Konnte er Ende Mai nach der Unterredung mit **v. Hindenburg** noch zur Ordnung rufen, SA-Urlaub befehlen, "ausreifen lassen", so war jetzt die Ausschaltung der konspirativen Kräfte um den Vizekanzler sowie von **Ernst Röhm** und seinem engsten Führungskreis bei Vermeidung einer Regierungskrise gefordert. Hierbei blieb offen, wie dies im einzelnen zu geschehen habe. Ihrer Macht sichere, mit der Psyche und den Arbeitsbedingungen **Hitlers** bestens vertraute Regisseure im Hintergrund sorgten für eine kurzfristige blutige Lösung, die **Hitler** so gar nicht vorgesehen hatte. Hierbei müssen Geheimdienste eingegriffen haben, gewiß auch Initiatoren in der Reichswehrführung, die sich womöglich schon damals als "Widerstandskämpfer gegen das Regime" verstanden haben, was freilich die überstürzt handelnden Exekutoren aus dem Befehlsbereich **Görings** nicht entschuldigt.

In einer unmittelbar auf den Besuch in Neudeck angesetzten Unterredung erreichte **Hitler** bei **v. Papen** die Rücknahme seiner Demission. Da sich inzwischen noch weitere Oppositionelle als Nutznießer der erwarteten Staatskrise bemerkbar gemacht hatten, ließ **Göring** mit Hilfe von Reichswehr-, SS- und Polizei-Dienststellen Verdächtige bzw. Beschuldigte auf Listen erfassen. Eine solche Vorsorgemaßnahme entsprach den üblichen Gepflogenheiten, wie das in allen Ländern der Welt der Fall ist. Erst die spätere Handhabung dieser Listen bleibt zu kritisieren.

Am 25. Juni wurde **Edgar Julius Jung** in Berlin verhaftet. Er gehörte zu den Akteuren aus dem Kreis um den Vizekanzler. **V. Papen** formulierte die Eigenschaft seines Privatsekretärs so:

*"Sein Fehler war es, von allen Dächern zu rufen, daß er die Seele des **Papen**'schen Widerstandes sei."* [36) S. 364]

Jung hatte nicht nur dessen Rede vom 17. Juni verfaßt, sondern -- wie es andere schilderten -- zu unbekümmert auf sich als kommende politische Größe durch Bekämpfung des Nationalsozialismus aufmerksam gemacht,

"der seit Monaten schon seine Anstrengungen vervielfacht, um das neue Regime zu stürzen." [23) S. 104]

Bei der Durchsuchung des Büros und der Wohnung von **Jung** wurde eine Liste zu Tage gefördert, auf der die beabsichtigten neuen Minister verzeichnet waren, so u.a. **v. Papen**, **Kurt v. Schleicher**, General **Ferdinand v. Bredow**, **Karl Goerdeler** und Ministerialdirektor im Verkehrsministerium **Erich Klausener**.[27) S. 269] Letzterer hatte noch am 24. Juni als Vorsitzender der Katholischen Aktion auf dem Katholikentag in Berlin die Regierung scharf angegriffen. [3) S. 173]

---

40) IMT, Bd XVI

In seiner Vernehmung belastete **Jung** für das gemeinsame Vorhaben zudem noch den Leiter der Pressestelle v. Papens, **Herbert v. Bose**. Dieser hatte als letzten Schritt seiner Bemühungen den Vizekanzler mit einer umfangreichen Beschwerdeakte ausgestattet und ihn für den 30. Juni beim Reichspräsidenten zur Audienz angemeldet mit dem Ziel, einen Regimewechsel herbeizuführen. **Papen** sollte v. **Hindenburg** veranlassen, per Notverordnung den Staatsnotstand zu verkünden und **Hitler** als Reichskanzler zu entlassen. [18) S 209 - 212 + 24) S.20]

Diese Ermittlungsergebnisse unmittelbar vor dem 30. Juni strapazierten zweifellos die Nerven bei **Hitler** und **Göring**, zumal ihnen bekannt gewesen sein mußte, was sich selbst bei Ausländern herumgesprochen hatte,

"daß alle möglichen Gerüchte damals in Berlin kursierten und daß maschinengeschriebene Listen von Hand zu Hand gingen, die die Zusammenstellung der neuen Kabinette enthielten. Das alles geschah mit einer Sorglosigkeit, die mehr als einen ausländischen Beobachter erzittern ließ." [23) S 107]

Papen hat es verstanden, seine persönlichen Aktivitäten jener Tage geschickt zu tarnen. Klare Beweise des Hochverrats gegen ihn wurden nicht gefunden, oder man hat sie, um noch größeren Schaden zu verhindern, unterdrückt.

Göring hatte während der Ereignisse um den 30. Juni 1934 **v. Papen** die Schutzmaßnahme des Hausarrestes auferlegt. In wiederholten Briefen während des Juli 1934 versicherte v. **Papen** dem Reichskanzler überschwenglich Treue und beglückwünschte ihn für die Niederschlagung der SA-Revolte. Wenngleich er sich auch weigerte, bis zur erbetenen Ehrenerklärung für seine Person die Ämter als Vizekanzler und Saarkommissar weiterhin auszuüben, so schrieb er doch **Hitler** nach dessen Rechenschaftsbericht vor dem Reichstag am 13. Juli:

"Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Nachdem Sie gestern abend der Nation und der Welt den großen Rechenschaftsbericht der inneren Entwicklung, die zum 30. Juni führte, gegeben haben, habe ich das Bedürfnis, Ihnen wie einst am 30. Januar 1933 die Hand zu drücken und zu danken für alles, was Sie durch die Niederschlagung der beabsichtigten zweiten Revolution und durch die Verkündung unverrückbarer staatsmännischer Grundsätze dem deutschen Volke neu gegeben haben.

Schmerzvolle tragische Umstände haben verhindert, daß ich zum erstenmal seit dem 30. Januar nicht an ihrer Seite erscheinen konnte. Sie selbst haben mich dispensiert und haben Verständnis dafür gehabt, daß der Vizekanzler nicht auf der Ministerbank Platz nehmen kann, solange er sich unter einem Sonderregime befindet. ..." [40) S 403 404]

Wenn er auch in seinem Brief anschließend erwähnt, **Hitler** habe vor dem Reichstag Verdächtigungen seiner Person, an hochverräterischen Umtrieben beteiligt gewesen zu sein, in Abrede gestellt, so ersuchte er ihn doch anschließend -- zum wiederholten Male -- noch zu bestätigen, daß er sich stets loyal verhalten habe. **Hitler** ist darüber hinweggegangen.

Papen hat indessen unmittelbar nach dem Mord an dem österreichischen Bundeskanzler **Engelbert Dollfuß** am 25.7.1934 den ihm dringend nahegelegten Posten des deutschen Gesandten, später Botschafters, in Wien und ab April 1939 des deutschen Botschafters in Ankara angenommen. **Papen** verblieb in diesem Amt bis zum 2.8.1944, als die Türkei unter Druck der Alliierten die Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen hatte. **Hitler** verlieh ihm nach Rückkehr zum Führerhauptquartier das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes.

Das Siegertribunal in Nürnberg hat v. **Papen** 1946 freigesprochen, was jedoch die neuen deutschen Behörden nicht hinderte, ihn sofort wieder unter Polizeiaufsicht zu stellen und ihn unentwegten Schikanen auszusetzen. Eine "Spruchkammer" verurteilte ihn am **1.2.1947** als *"Steigbügelhalter **Hitlers**"* u.a. zu 8 Jahren Zwangsarbeit ("Arbeitslager"), Vermögens- und Pensionsentzug sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Zwischenzeitlich verbrachte **Robert Kempner** als Chefankläger der Amerikaner ihn erneut ins Gefängnis nach Nürnberg.



Einige der Opfer des 30. Juni 1934

"Im Sommer 1932 war die Welt auf dem Obersalzberg noch in Ordnung. Umgeben von zünftigen 'Krachledernen' besprach Hitler mit seinen Getreuesten die Lage.

Von links nach rechts:

Oben: Gregor Strasser, Ernst Röhm, Hermann Göring, Adjutant des Führers Wilhelm Brückner.

Mitte: Breslaus Polizeipräsident Edmund Heines, Frau Elisabeth v. Schleicher.

Unten: SA-Gruppenführer Karl Ernst, der eh. bayerische Ministerpräsident Gustav v. Kahr, Exkanzler General Kurt v. Schleicher."

– *Das Dritte Reich – Zeitgeschehen in Wort und Bild*, John Jahr Verlag Hamburg. o. J. Nr. 4., S. 139, Chefredakteur Dr Christian Zentner –

Röhm und andere Strategen im Juni 1934

Die Reichswehrführung machte sich gleichermaßen Gedanken über eine Nachfolgeregelung in der Reichspräsidentenfrage. So fanden sich am 16. Mai auf einer Kommandeurstagung in Bad Nauheim die maßgebenden Offiziere unter dem Vorsitz des Chefs der Heeresleitung, **Frhr. v. Fritsch**, ein, um die Führungsverhältnisse im Falle des Ablebens von **Hindenburg** zu klären. Erst als Reichswehrminister v. **Blomberg** über die von **Hitler** -- offenbar am 11. April anläßlich einer Marineübung in Anwesenheit von **Fritsch** und Admiral **Erich Raeder** -- erhaltene Versicherung berichtete, derzufolge die Wehrhoheit der Wehrmacht garantiert und **Röhm** entmachtet werden sollte, beschlossen die Anwesenden, die uneingeschränkte Führung des Reichskanzlers zu unterstützen.

In Vollzug der Unterredung mit dem Reichspräsidenten am 28. Mai hat **Hitler** am 4. Juni 1934 **Röhm** zu einer mehrstündigen Besprechung unter vier Augen empfangen. Ein Protokoll hierüber existiert nicht, doch ist zu unterstellen, daß das gesamte Spektrum der innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands erörtet worden ist. Gefährdete Abrüstungsverhandlungen verlangten eine Reduzierung und Entwaffnung der SA, die SA habe sich nicht in Reichswehrangelegenheiten einzumischen, die SA sei eine Organisation der Partei und habe sich den Befehlen der Staats- und Parteiführung zu fügen, den zahlreichen Beschwerden über undisziplinierte Eigenmächtigkeiten zahlreicher SA-Führer ist abzuhelfen. Jegliche vor- und nachmilitärischen Übungen sind zu beenden, SA-Auftritte im Juni einzudämmen. Für den Monat Juli ist die SA in Urlaub zu schicken. Damit haben jegliche Veranstaltungen und Versammlungen zu unterbleiben. Der Presse werde am 7. Juni amtlich mitgeteilt, daß Minister **Röhm** "*auf Anraten seiner Ärzte für mehrere Wochen in Urlaub gehe*".

Am selben Tag sah sich Reichsinnenminister Dr. **Frick** veranlaßt, einen scharfen Ton anzuschlagen. In einem Runderlaß an die Behörden und Organisationen wiederholte er die beendete Revolution und die Strafandrohung für jene, die das nicht zur Kenntnis nehmen wollen.[2) S. 220]

Zwar hatte sich **Röhm** zu einem mehrwöchigen Krankheitsurlaub in den oberbayerischen Kurort Bad Wiessee am Tegernsee zurückgezogen, doch erst am 10.6. seinen barschen Abschiedsbefehl an die SA erlassen. Er sorgte Mißtrauen und Krisengerüchte aller Art. Dort heißt es nach Bekanntgabe seines rheumatischen Leidens und dem angesetzten Urlaub für die SA im Juli:

"... *Ich erwarte, daß am 1. August die SA wieder voll ausgeruht und gekräftigt bereitsteht, um ihren ehrenvollen Aufgaben zu dienen, die Volk und Vaterland von ihr erwarten dürfen.*

Wenn Feinde der SA sich in der Hoffnung wiegen, die SA werde aus ihrem Urlaub nicht mehr oder nur zum Teil wieder einrucken, so wollen wir ihnen diese kurze Hoffnungsfreude lassen. Sie werden zu der Zeit und in der Form, in der es notwendig erscheint, darauf die gebührende Antwort erhalten. Die SA ist und bleibt das Schicksal Deutschlands!"[30) S. 81]

Die Folge war eine Lawine von Gerüchten, in denen auch (fälschlicherweise) **Gregor Strasser** und **Kurt v. Schleicher** als Mitputschisten genannt waren, Falschmeldungen und sogar fingierten SA-Befehlen. Die Akteure dieser Szenerie sind nie bekannt geworden. **Hitler** jedenfalls hat das nicht veranlaßt, wurde er doch selbst Opfer dieser Intrigen. Kein ernsthafter Historiker hat bisher Gegenteiliges behauptet, geschweige denn bewiesen. Die psychologischen Spannungen wuchsen, führende Generale der Reichswehr befürchteten ernsthaft einen bevorstehenden Überfall der SA.

Mitte Juni 1934, soeben vom Treffen mit **Benito Mussolini** in Italien zurückgekehrt, äußerte **Hitler** noch auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof neuerlich seinen Unmut über die Unnachgiebigkeit der Kreise um **Röhm**:

"Mit dem Gerede von der »zweiten Revolution« trennt mich die SA von allen vernünftigen Elementen. ... Ich bin kein Lenin. Ich will Ordnung."[1) S. 135]

In jenen Tagen war es, da SA-Obergruppenführer **Viktor Lutze** anläßlich einer Übungsreise General v. **Reichenau** von einem Brief an **Röhm** Kenntnis gab,

*"in dem er, **Lutze**, **Röhm** ernsthaft vor der Durchführung seiner Maßnahme gegen die Reichswehr gewarnt habe."*[30) S. 51]

Daß **Röhm** sogar Vorhaltungen seiner Wehrvorstellungen wegen aus höheren SA-Kreisen erhalten und der inzwischen zum Generalmajor beförderte Chef des Wehrmachtamtes **v. Reichenau** dies von einem SA-Obergruppenführer erfahren hat, dürfte auch den Reichswehrminister v. **Blomberg** nachhaltig beeindruckt und dort eingegangene Informationen ähnlicher Art bestätigt haben.

*"Das muß auch als Ursache dafür angesehen werden, daß die weiteren Nachrichten über Pläne und Absichten **Röhms** nicht mehr ernsthaft überprüft wurden. So ist es möglich gewesen, daß maßgebende Dienststellen des Reiches einschließlich der Reichswehr ohne Bedenken Nachrichten über Putschabsichten und Meuterei Glauben schenkten."*[30) S. 51]

Am 18.6.1934 legte **Göring** dem Kanzler einen Bericht des Polizeigenerals **Kurt Daluege** über Briefkopien und Abhörergebnisse der Telefonüberwachung von SA-Führern aus dem engeren Umfeld von **Ernst Röhm** vor, in denen eine Fülle respektloser Äußerungen über "*den Führer und seine Minister*" aufgezeichnet waren.[23) S. 154] Die nach außen hin demonstrierte Geschlossenheit erwies sich hier als Heuchelei. Und das war gefährlich.

In diesen Tagen sind offensichtlich auch von Widerständlern der Abwehr, möglicherweise oder sogar in Zusammenarbeit mit anderen "interessierten Kreisen" Aktionen in die Wege geleitet worden, die auf eine Eskalierung der Gegensätze zwischen Reichswehr, SA und Staatsführung hinzielten. Sie tragen in jedem Fall die Handschrift von Geheimdiensten, die hinter dem Rücken **Hitlers** zum

Schaden des Reiches tätig wurden. Es sind nicht nur gefälschte SA-Befehle in Umlauf gesetzt oder auch nur zielgerichtet bestimmten Behörden zugeleitet worden. In einem Fall wurde sogar eine unerkannt gebliebene Person in Bewegung gesetzt, die sich beim Stabschef des Wehrkreiskommandos VI in Münster, Oberst **Franz Halder**, als angeblicher SA-Obergruppenführer vorstellte. Er wollte sich angesichts des bevorstehenden SA-Putsches schon vorab in sein neues Arbeitsgebiet, das er von **Halder** übernehmen solle, einweisen lassen. So jedenfalls der Bericht **Halders**.[30) S. 49-50] Dem Initiator mußte klar gewesen sein, daß **Halder** ablehnen und sofort den Chef der Heeresleitung in Berlin, Generaloberst **Frhr. v. Fritsch**, davon unterrichten würde.

Daß jener "SA-Obergruppenführer" nicht namhaft gemacht wurde und spurlos verschwinden konnte, so daß selbst **Halder** ihn schließlich für einen Provokateur hielt, bleibt mysteriös, sieht jedenfalls ganz nach Geheimdienstarbeit aus. Wir kennen aus den Zusammenhängen der "Reichskristallnacht" vom 9. November 1938 die Verwendung von SA-Uniformen seitens terroristischer Provokateure zur Bekämpfung des Dritten Reiches.[41)] Solche Methoden waren 1934 noch viel leichter durchzuführen. Und daß es grenzübergreifende Organisationen gab, die von Beginn der Machtübernahme durch **Hitler** lautstark Krieg gegen Deutschland führten, sollte man hierbei nicht vergessen.

Mittlerweile waren bei **Fritsch** weitere alarmierende Meldungen aus verschiedenen Orten eingegangen. Als gar bekannt wurde, **Röhm** habe sich mit seinen Unterführern in München und Bad Reichenhall getroffen, wies v. **Fritsch** am 24.6. die Wehrkreisbefehlshaber an, ihre Truppen unauffällig in Alarmbereitschaft zu versetzen, *"was einer Teilmobilmachung des Heeres gleichkam"*,[27) S. 268] nicht ohne die Offiziere auf *"sichere Quellen"* hinzuweisen, aus denen hervorgehe, daß die SA einen Staatsstreich plane.[23) S. 173]

Durch die plötzliche Ausstoßung **Röhms** aus dem "Reichsverband der Deutschen Offiziere" am 25. Juni 1934 wurde der "Diktator" unmißverständlich von der Reichswehrführung unter Zugzwang gesetzt. Denn diese Ausstoßung, zumal zu diesem Zeitpunkt, war auch eine Provokation **Hitlers** und der gesamten SA. Immerhin war **Röhm** noch Reichsminister und -- wie den eingeweihten Kreisen bekannt, der einzige Duzfreund das Kanzlers. Hier hatten zweifellos ranghohe Reichswehrgeneräle die Initiative ergriffen und dem Reichskanzler deutlich gemacht, wie ernst es jetzt um die schon von **Hindenburg** Tage zuvor gestellten Forderungen zur Ausschaltung **Röhms** bestellt ist.

Der SA blieben die Vorbereitungen von Reichswehr und Polizei nicht verborgen, hat sie als gegen sich gerichtet aufgefaßt und reagierte entsprechend. Während **Halder** meinte, **Hitler** habe tatsächlich Pläne gegen die Reichswehr vorbereitet, erwies sich doch, daß die Akteure dieser Machenschaften weder **Hitler** noch **Röhm** waren.[30) S. 49-50]

Kennzeichnend für die damalige Situation ist *"eine Flut von Nachrichten über Revoltegelüste der SA"*,[18) S. 102] von der führende Reichswehroffiziere überspült worden waren. Deren Quelle wird vielfach bei **Himmler** und **Heydrich** vermutet. Nachgewiesen ist das nicht. Diese Dokumentenfälscher, Intriganten und Hetzer haben eine so offensichtlich SA-feindliche Lawine in Bewegung gesetzt, daß ihre Strategen eher in Geheimdiensten zu suchen sein dürften, die mit der Reichswehr, womöglich sogar mit "heiligen Kriegern" im Ausland in Verbindung standen, als mit Führungskreisen der deutschen Polizei.

Nach Berücksichtigung aller in Jahrzehnten gesammelter Erkenntnisse erscheint es ausgeschlossen, daß **Hitler** selbst irgendjemandem Befehle für Falschmeldungen zwecks Forcierung dieser Gegensätze erteilt habe. Lange über den Zeitpunkt von beunruhigenden Meldungen hinaus hatte **Hitler** nachweislich bis zuletzt immer wieder gezögert, gegen die SA-Führung vorzugehen, waren es doch seine Leute, die jahrelang unter Einsatz ihres Lebens geholfen hatten, der NSDAP zur Macht zu verhelfen. Bis zuletzt hat er Alarmmeldungen stets skeptisch aufgenommen. Andererseits hätten weder **Himmler** noch **Heydrich** -- beide waren erst 2 Monate zuvor in ihre Ämter, der eine als Leiter der Politischen Polizei (mit Ausnahme von Preußen), der andere als Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes, berufen worden -- es wagen können, eigenmächtig solches in Szene zu setzen.

Eher liegt die Vermutung nahe, daß auch **Göring**, **Himmler** und **Heydrich**, nicht minder **Sepp Dietrich**, der dem Reichswehrministerium eine angebliche SA-Liste mit den Namen zu liquidierender hoher Reichswehroffiziere vorgelegt hatte,[23) S. 196] von anonym gebliebenen Kräften getäuscht und aufgeputscht worden waren. Doch von wem? Das ist leider angesichts der schließlich schrecklichen Ergebnisse, der gesetzlichen Rechtenserklärung vom 2. Juli, dem nachfolgend verfügten Schweigen über interne Zusammenhänge und der nachfolgenden Entwicklung nicht mehr untersucht worden bzw. bekannt geworden.

*"Am 25. Juni lag auf dem Schreibtisch des Abwehrchefs (Kapitän zur See **Conrad**) **Patzig** ein Papier, in dem **Röhm** die SA anwies, sich voll zu bewaffnen. Aus diesem angeblichen Befehl folgerte er einen unmittelbaren Überfall auf die Reichswehr."* [27) S. 268 + 19) S. 211 + 23) S. 187]

Am selben Tag warnte **Rudolf Heß** im Rundfunk vor Unvernunft, falsch verstandenem Eifer und Verrat in den eigenen Reihen. Sollte diese Ansprache nicht von **Hitler** als Reaktion auf die Unterredung mit v. **Hindenburg** angeregt worden sein, so wäre sie ein zusätzlicher Beleg für den erheblichen Grad der öffentlichen Besorgnis.

"Wir haben dann und wann das Gefühl, daß hier oder dort Saboteure am Werke sind. Gleich, hinter welcher Front sie sich verbergen, ... wir werden sie eines Tages doch zu finden wissen. ...

Zu einer besonderen Vorsicht möchte ich jene idealistischen Leichtgläubigen unter meinen Parteigenossen mahnen, die manchmal in der Erinnerung an den Heroismus und die herrliche Kameradschaft in den Kampfzeiten der Bewegung dazu neigen, sich Provokateuren zuzuwenden, die Volksgenossen gegeneinanderzuhetzen versuchen und dieses verbrecherische Ziel mit dem Ehrennamen einer »zweiten Revolution« bemänteln.

Wir wissen, daß im Lauf der langen Geschichte ausländische Mächte Deutschland immer wieder durch Deutsche bekämpfen ließen. Es ist historische Tatsache, daß

41) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 62, S. 10 ff

der Umsturz von 1918 vorwiegend durch das Ausland finanziert und durch seine Agenten vorangetrieben wurde.

Was ist näherliegend, als daß die Gegner des heutigen Deutschlands versuchen, es mit den gleichen Methoden zu bekämpfen und unter dem Namen einer »zweiten Revolution« eine Revolte gegen die nationalsozialistische Revolution inszenieren möchten. ...

Der Befehl des Führers, dem wir Treue schworen, allein hat Geltung. Wehe dem, der die Treue bricht, im Glauben, durch eine Revolte der Revolution dienen zu können. Armselig, die da glauben, auserwählt zu sein, durch agitatorisches Handeln von unten dem Führer revolutionär helfen zu müssen. ***Adolf Hitler*** *ist Revolutionär größten Stils. ...*

Wehe dem, der plump zwischen die feinen Fäden seiner strategischen Pläne hineintrampelt im Wahne, es schneller machen zu können. Er ist ein Feind der Revolution -- auch wenn er im besten Glauben handelt. Nutznießer wären die Feinde der Revolution, sei es im Zeichen der Reaktion, sei es im Zeichen des Kommunismus. ..." 42) S. 230 - 231

Hermann Göring setzte einen Tag später nach: Das Vertrauen, das sich die nationalsozialistische Regierung in weiten Teilen des Volkes erworben habe, dürfe von niemandem untergraben werden.

"*»Wer gegen dieses Vertrauen sündigt, hat sich um seinen Kopf gebracht. ...*

Sollte eines Tages das Maß voll sein, so schlage ich zu.«" 1) S. 150

Röhm mußte diese Warnungen nicht nur vernommen, sondern auch den Schluß gezogen haben, daß er gemeint war, seine Umtriebe in der Parteiführung bereits weite Kreise gezogen haben und es höchste Zeit sei, zurückzustecken.

"Trotzdem demonstrierten und bewaffneten sich Teile der SA, und nicht wenige ihrer Führer sprachen davon, daß man die eigenen Ziele notfalls auch mit Gewalt durchsetzen müsse." 1) S. 150

So überfielen SA-Trupps zu dieser Zeit höchster Spannung sogar einzelne Waffentransporte der Reichswehr, verhafteten deren Offiziere, stellten Listen über Personen zusammen, die sich bei der SA mißliebig gemacht hatten und die man im Eventualfall auszuschalten gedachte.

Der Staatsanwalt im Preußischen Justizministerium, **Dr. Curt Joel**, der im Januar 1934 nach Vereinigung des Preußischen mit dem Reichsjustizministerium der neu geschaffenen "Zentralen Staatsanwaltschaft" überstellt worden war und dort als unerschrockener und aktivster Mann zur Unterbindung rechtswidriger Eigenmächtigkeiten in Ausnützung zurückliegender "Verdienste für die Bewegung" tätig wurde, erklärte nach Kriegsende dem Militärtribunal in Nürnberg, daß sowohl **Rudolf Diels** als auch er und sein Mitarbeiter **Werner v. Haacke**

"auf der Liste der Personen verzeichnet waren, die die SA nach dem Gelingen des sogenannten ***Röhm****-Putsches »umzulegen« beabsichtigte."* 2) S. 228

Eine solche Liste, die selbst der Polizei bekannt war, dürfte auch **Hitler** vorgelegen haben. Über Art, Inhalt und Zeitpunkt ihrer Auffindung herrscht allerdings anhaltendes Schweigen. **Dr. Joel** hatte keine Veranlassung, **Hitlers** Einschreiten gegen **Röhm** mit einer solchen Feststellung noch nachträglich zu rechtfertigen. Es ist nicht publik geworden, daß bislang jemand die Existenz einer solchen Liste bestritten hat. Freilich ist nicht auszuschließen, daß einer der konspirativen Hintergrundakteure eine solche Liste gefälscht und in zeitgerecht Umlauf gebracht hat.

42) Gerd Ruhle, "Das Dritte Reich. Das 2 Jahr - 1934", Berlin.



"Der Kunstmaler und Graphiker Martin Schätzl aus München, der im Februar 1931 in die SA eingetreten war, wußte vom Mordplan gegen Adolf Hitler. Am 1. Juli 1934 wurde der SA-Obertruppführer, der seit dem 1. Februar 1934 dem Stab des Obersten SA-Führers (Adjutantur) angehört hatte, von der SS im Konzentrationslager Dachau erschossen."

– Hans-Günter Richardi / Klaus Schumann, "Geheimakte Gerlich/Bell – Röhms Pläne für ein Reich ohne Hitler", München 1993, S. 73.

Dr. Curt Joel wurde nach 1945 als "Kriegsverbrecher" zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. **Rudolf Diels** hätte ihm für seine Amtstätigkeit ab 1933 "*das Ritterkreuz für Zivilcourage*" gewünscht.2) S. 225

Noch Ende Juni 1934 verteilten einzelne SA-Trupps Waffen, bereiteten Inhaftierungsräume vor, verhängten Urlaubssperren, verharrten in Alarmbereitschaft.

"Da es zu solchen Handlungen gleichzeitig an verschiedenen Orten in Deutschland kam, wurden diese nur lokal zu verantwortenden Aktionen als zentral gesteuerte Maßnahmen der obersten SA-Führung gedeutet. ...

Außenstehende kannten jedenfalls nicht unterscheiden, was von ***Röhm*** *und seinem Stab befohlen oder geduldet, was ihnen vielleicht auch gar nicht bekannt geworden war."* 24) S. 21

Die auf das Dritte Reich zukommende Staatskrise infolge der Initiativen **Röhms**, des **Papen**-Kreises, schließlich der Reichswehr und Geheimdienste erhielt zusätzlich dramatische Akzente durch das unentwegte Gerede der ausländischen Diplomaten von dem baldigen Sturz des ns-Regimes, das sich verstärkt in der internationalen Presse niederschlug. Dort bekanntgemachte Einzelheiten konnten z.T. nur von internen Kenntnissen aus der Führungsriege des Dritten Reiches stammen. Unfaßbarer, schleichender Verrat steigerte **Hitlers** Unruhe.

SA-Gruppenführer **Viktor Lutze** war unmittelbar nach Rückkehr **Hitlers** von Schloß Neudeck am 23.6. in die Reichskanzlei befohlen worden. Hierzu notierte er in seinem Tagebuch:

"Dort empfing mich der Führer sofort, ging mit mir in sein Arbeitszimmer, verpflichtete mich mit Handschlag und durch besonderen Eid zum Schweigen bis zur Erledigung der ganzen Angelegenheit.

Röhm *müsse abgesetzt werden, da unter seinen Augen zahlreiche Führerbesprechungen in der SA stattgefunden hätten, in denen der Entschluß gefaßt worden sei, die SA zu bewaffnen und gegen die Reichswehr marschieren zu lassen, um ihn, den Führer, der angeblich ein Gefangener der Reichs-*



"Hitler und Mussolini in Venedig am 14. Juni 1934 nach der Landung auf dem Flugplatz San Nicola"

– Max Domarus "Hitler – Reden 1932 bis 1945 -- kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen", aaO. Bd. I, S. 432/433 –

wehr sei, aus den Händen der Militärs zu befreien.

Der Führer sagte, er hätte von vornherein gewußt, daß ich zu solchen Sachen nicht hinzugezogen würde. Ich solle von jetzt ab keine Befehle von München mehr befolgen, nur noch seine eigenen." 18) S. 100

Kurz danach hat **Hitler** auch Reichswehrminister v. **Blomberg** gleichlautend informiert bzw. den von ihm (**Hitler**) erwarteten Ausführungsbeschluß bestätigt.

*"**Blomberg** zeigte **Hitler** eine offensichtlich von **Röhm** am 23. Mai unterzeichnete Anweisung, die allgemeine Waffenbeschaffung für die SA anordnete, damit diese in die Lage versetzt würde, der Wehrmacht gegenüber die Belange der SA erfolgreich zu vertreten."* 43) S. 93

Vielleicht war das Papier gefälscht und **Blomberg** von geheimgebliebenen Interessenten in die Hände gespielt worden. Es wurde nicht geklärt. **Hitler** dürfte es jedoch, ebenso wie auch **Blomberg**, überzeugt haben, zumal ihm verschiedene Belege hierfür aus anderen Quellen schon bekannt waren.

*"Eine ganze Flut neuer Informationen -- Gerüchte, gefälschte Berichte und manipulierte Dokumente -- wurden der Armee zugespielt, um die Zweifler zu überzeugen, daß **Röhm** nach gelungenem Putsch alle höheren Offiziere des Heeres, in erster Linie **Fritsch**, erschießen oder entfernen lassen würde. Gefälschte Listen mit den Namen der Todeskandidaten kamen aus so vielen verschiedenen Quellen, daß man sie für echt halten mußte."* 32) S. 450

Reichswehrminister v. **Blomberg** jedenfalls versetzte die Reichswehr an diesem Tage, dem 28.6.1934, in Alarmbereitschaft. Die Zahl der Mitwisser und Gerüchtemacher steigerte sich und heizte die Stimmung für eine gefährliche Staatskrise auch in den Behörden auf. Hektik und Sorge war die Folge. Der Kreis der Verschwörer schien größer als ursprünglich vermutet, Abwarten nicht mehr ratsam.

Am 28.6.1934 haben sich in München mit Waffen ausgerüstete SA-Einheiten auf dem Königsplatz versammelt, obgleich auch für Ende Juni bereits solcherart Versammlungen von **Hitler** untersagt worden waren. Im SA-Bezirk Hanau-Land habe die Schutzpolizei zur gleichen Zeit 4 SA-eigene Lastwagen mit Gewehren, Pistolen, Karabinern, Maschinengewehren und Munition beschlagnahmt. 31) S. 33

Die sich aus den verschiedensten Quellen überstürzenden Meldungen, in die zweifellos auch fingierte Informationen eingestreut wurden, erweckten nicht nur bei **Hitler** den Eindruck eines umfassenden Aufruhrs der SA.

Der Wehrkreiskommandeur in Schlesien, General **Ewald von Kleist**, hatte kurzerhand den schlesischen SA-Gruppenführer **Heines** zur Unterredung aufgefordert. Dieser versicherte ihm per Ehrenwort, daß die SA nichts gegen die Reichswehr im Schilde führe, und versprach, sofort den Stabschef aufzusuchen, um sich bei ihm darüber zu vergewissern und ihm (v. **Kleist**) dies zu bestätigen. V. **Kleist** setzte seinerseits sofort den Chef der Heeresleitung v. **Fritsch** hiervon in Kenntnis. Der daraufhin ebenfalls unterrichtete Generalmajor v. **Reichenau** meinte *"das mag stimmen, doch nun ist es zu spät."* 18) S. 102 Er wußte von **Blomberg**, daß die Absetzung von **Röhm** beschlossen war und die bereits durchgeführte Alarmierung der Reichswehr vorher nicht mehr zurückgenommen würde.

Auch in der NSDAP hatte sich bereits seit Monaten vielfach Unmut über gewisse SA-Führer breit gemacht, die sich einfach nicht an die Anordnungen der Reichsregierung hielten und sich mehr oder weniger permanent und unbeeinflußbar Übergriffe gegen Bevölkerung und Behörden leisteten. In erster Linie richteten sich derartige Vorwürfe gegen die Gruppenführer **Karl Ernst** von Berlin-Brandenburg und Obergruppenführer **Edmund Heines** in Schlesien. Da **Hitler** als Partei- und Staatschef nahezu alles hinterbracht wurde, er dies in monatelangem Abwarten "reifen" und überprüfen ließ, hatte er am 30. Juni 1934 durchaus einen weitgehenden Überblick darüber, wer aus Gründen der Staatssicherheit ausgeschaltet werden mußte. Seine Liste umfaßte 7 Namen.

Später sollte **Hitler** einmal sagen:

"Es war mir seit Anfang 1933 völlig klar, daß es zu einem Kampf zwischen uns beiden kommen mußte, bei dem einer auf der Strecke blieb. Ich wußte von allen Verbrechen, die dieser Mann und seine Clique beging. ... und ich konnte, durfte nicht eingreifen, wenn ich nicht alles bisher Erreichte aufs Spiel setzen wollte. Unsere effektive Macht damals war sehr gering, von der heute erreichten Gleichschaltung von Partei und Staat war damals noch keine Rede, die Aufrüstung koum angelaufen, der geringste Anstoß vom Ausland her hätte alles wie ein Kartenhaus zum Einsturz bringen kännen. Ich wußte auch, daß besonders in Frankreich starke Krafte auf eine Intervention drängten. Der Wortlaut des Versailler Diktates hätte jederzeit den rechtlichen Vorwand dazu gegeben. ..." 43) S. 92

43) David Irving, "Hitlers Weg zum Krieg", Berlin - München 1979

Ablauf der Tragödie

"Bei allen Vorgängen um den 30. Juni sind die verschiedenen Einflüsse, die auf Hitler eingewirkt haben, besonders deutlich erkennbar. Für Hitler bestand die Notwendigkeit, einige höhere SA-Führer auszuwechseln. Da werden ihm seit Wochen planmäßig Nachrichten über Putschabsichten, Meuterei, Landesverrat in Teilen der SA zugespielt. Er erliegt genau so wie die höhere Reichswehrführung einer Stimmung, die ein ruhiges Abwägen und Prüfen der eingehenden Nachrichten nicht mehr zuläßt. Jetzt sind es die Parteiführer in seiner Umgebung, die ihn der damals vorherrscbenden militärischen Gedankenwelt entsprechend zu einem rücksichtslosen Vorgehen veranlassen." [30) S. 73]

Doch **Hitler** zögerte immer noch.

Am 27. Juni suchten der Reichswehrminister v. **Blomberg** und sein Stellvertreter v. **Reichenau** den Reichskanzler in Berlin auf und drängten ihn zum Handeln, es sei keine Zeit mehr zu verlieren. Die Reichswehr bereite sich auf eine Konfrontation mit der SA vor, ja, **Blomberg** werde die Reichswehr am nächsten Tag in Alarmbereitschaft versetzen.

Der "Diktator" sah sich Einflüssen ausgesetzt, die selbständige Herrschaftsansprüche in Szene setzten, und denen stattzugeben er sich gezwungen sah, wollte er nicht den Bestand des Staates in Frage stellen. Selbst seine Partei schien ihm zu diesem Zeitpunkt nicht widerstandsfähig genug, den trotz Ermächtigungsgesetz auf eine Staatskrise zusteuernden Kräften zu widerstehen.

Röhms ungebrochene Selbstüberschätzung und undisziplinierte Herausforderung der Reichswehr hatte im Juni 1934 einen Grad erreicht, daß **Hitler** seine Stellung als Reichskanzler und damit das gesamte Gefüge des Staates gefährdet sah. Zu viel Mißtrauen, Aufsässigkeit, Beschwerden aus der Bevölkerung und gegen **Hitler** persönlich gerichtete Äußerungen hatten sich angehäuft und bekräftigten den Zwang zum Handeln.

Auch **Röhm** dürfte von der Hektik erfaßt worden sein. **Hitler** teilte er mit, er habe die Absicht, eine Besprechung der höheren SA-Führer anzusetzen und erbitte dazu **Hitlers** Anwesenheit;

"ob ihm Samstag oder Sonntag besser passe, und wohin.

***Hitler** sagt telegrafisch sein Einverständnis und sein Erscheinen zu und bestimmt den 30. Juni und Wiessee. Ja, er selbst erläßt die Einladung an die SA-Führer, mit dem Telegramm, das dem Verfasser (**Otto Strasser**) persönlich vom Adjutanten eines ermordeten Gruppenführers vorgelegt wurde und das wörtlich lautet:*

»Alle Obergruppen- und Gruppenführer haben zu einer Besprechung am 30. Juni, 10 Uhr vormittags, im Stabsquartier des Stabschefs in Wiessee zu erscheinen.

Adolf Hitler«" [22) S. 95]

Nach Abwägen aller publizierten Darstellungen über den Hergang dieser Einladung (der gängigen Version zufolge habe **Hitler** erst am Abend des 28.6. von Essen aus **Röhm** telefonisch zu dieser Einladung aufgefordert) dürfte sich dieser Vorgang tatsächlich so abgespielt haben, wie **Otto Strasser** ihn schildert. Wobei die Frage offenbleibt, welche Hintergedanken **Röhm** bei diesem Vorhaben hatte. Daß **Hitler** hierbei sehr mißtrauisch war, erweist sich daran, daß er es wohl war, der zeitig die obere Etage des Hanslbauer in Bad Wiessee mit Kriminalbeamten als Kurgäste belegen ließ, so daß **Röhm** mit seinen Mannen vorsorglich auf das Parterregeschoß abgedrängt war.[22) S. 104]

Am Vormittag des 28.6. begab sich **Hitler** nach Essen, um mit **Göring** als Trauzeuge bei der Eheschließung des Gauleiters **Josef Terboven** teilzunehmen. Zur gleichen Zeit bereitete das Reichswehrministerium den Marschbefehl für 2 Schützenkompanien der Leibstandarte Adolf Hitler (LAH) unter Führung von SS-Gruppenführer **Sepp Dietrich** zum Transport mit 35 LKW nach München vor.[44)]

"Derweil ruckte ein Bataillon des Infanterie-Regiments 19 aus, um die Straße Schliersee - Tölz - Tegernsee zu sichern. Vorsichtsmaßnahme für den Fall, daß aus München ein Entlastungsangriff der SA für ihre in Bad Wiessee gefährdeten Führer drohe." [27) S. 269]

Während diese Vorbereitungen für die beabsichtigte Verhaftung **Röhms** und seines engsten Führungskreises angelaufen waren, eskalierte jedoch die Situation noch während der Hochzeitstafel **Terbovens**, als **Hitler** mehrfach zum Telefon gerufen wurde und Alarmnachrichten von **Himmler** und **Paul Körner**, dem Leiter von **Görings** Telefon-Abhör- und Überwachungsdienst -- genannt "Forschungsamt" -- erhielt. Am Abend erschien **Körner** persönlich im Essener Kaiserhof mit weiteren Nachrichten. Nicht nur Berlin sei bedroht, sondern anscheinend *"rüste sich die SA im ganzen Land zum Aufstand"*. [18) S. 105]

*"Was **Röhm** gesagt haben sollte, klang dramatisch. Niemand zweifelte mehr, daß die SA jeden Augenblick putschen konnte. ..."*

Inzwischen hatte **Hitler** auch zahlreiche schriftliche Meldungen von **Himmler** eingesehen:

"Sie haben sich vervielfacht. Alle handeln vom SA-Putsch, der sich ankündigt: sie enthalten genaue Hinweise über die Bewaffnung dieser und jener SA-Einheit und die Vorhaben der SA-Männer.

***Hitler** beruft seine Mitarbeiter zu sich. **Göring** ist immer zugegen. **Lutze**, dem der Führer vertraut, nimmt an der Besprechung teil. **Himmler** ruft immer wieder an. Seiner Ansicht*

44) Am 17.3.1933 wurde die zunächst 120 Mann starke SS-Stabswache in Berlin zum Schutz des Reichskanzlers geschaffen, die im September 1933 in "Leibstandarte SS Adolf Hitler" umbenannt wurde. Die nachfolgend aufgestellten "Politischen Bereitschaften" bildeten den Kern der späteren "SS-Verfügungstruppe".

nach wird die SA die Reichswehr angreifen. In diesem Augenblick kommt vom Sicherheitsdienst des Rheinlandes eine neue Meldung. SA-Leute sollen einen ausländischen Diplomaten im Rheinland belästigt haben. ... Alles an dieser Meldung ist vage. Das Ereignis scheint hochgespielt. Aber ***Hitler*** *tobt. ...*

Hitler *befiehlt eine sofortige telefonische Verbindung mit* ***Röhm*** *... Er wird, wie besprochen, am 30. Juni um 11 Uhr in Wiessee sein. ...*

Aber ***Hitler*** *ist immer noch unschlüssig und zögert an diesem Donnerstag, dem 28. Juni. Fest steht nur, daß er nach Bad Wiessee will. Andere wissen, was sie wollen und warum. Sie wissen auch, wie sie es erreichen können.*

»Ich hatte das Gefühl«, wird ***Lutze*** *später sagen, »daß gewisse Leute ein Interesse daran hatten, die Abwesenheit* ***Hitlers*** *zu nützen, um den Gang der Ereignisse zu beschleunigen und zu einer raschen Entscheidung zu kommen.«"* 23) S. 198 - 199

Auch **Viktor Lutze**, der diese Stunden und Tage mit **Hitler** gemeinsam verbrachte, spürte schon am 28.6. in Essen, daß die "*ununterbrochenen Telefonanrufer*", die auch am Nachmittag unentwegt tätig blieben, die Abwesenheit des Reichskanzlers von Berlin nutzten, um "*die Sache voranzutreiben und zu verschärfen*". 18) S. 106 + 45)

Hitler schickte **Göring** mit der Vollmacht nach Berlin zurück, er solle auf ein später durchzugebendes Codewort ("*Kolibri*") von Preußen aus den sowohl seitens der SA als auch jener Kräfte um den Vizekanzler **von Papen** befürchteten Putsch niederschlagen. **Körner** solle ebenfalls in sein Amt zurückkehren. **Hitler** wolle im Raum München das Notwendige veranlassen.

Die SA bemerkte zweifellos die seltsamen Vorgänge bei der Reichswehr, einzelne ihrer Einheiten hielten Fahrzeuge an, durchsuchten sie nach Waffen, und formierten sich zu Protestzügen. Freilich waren das alles keine koordinierten Putschmaßnahmen, sondern allenfalls Aktionen beunruhigter Unterführer, die möglicherweise auch fingierten Informationen aufgesessen waren. 27) S. 270

Am Abend des 29. Juni überreichte der aus Berlin in Bad Godesberg eingetroffene **Dr. Goebbels** aufgeregt die Nachricht von **Dr. Frick**:

"Die Reichswehr hat ***Frick*** *instruiert, daß bis zum 1. Juli die Ausschaltung* ***Röhms*** *publiziert werden muß, widrigenfalls sie eine offzielle Entwaffnung der SA vornehmen würde.* ***Frick*** *schickt ihn,* ***Goebbels****, zur Berichterstattung. In 24 Stunden müsse die endgültige Entscheidung gefällt und durchgeführt sein.* ***Frick*** *meint, daß* ***Göring*** *und die Reichswehr auch nicht zögern würden,* ***Hitler*** *selbst bloßzustellen."* 22) S. 104

Zwei weitere Nachrichten erreichten **Hitler** in Bad Godesberg um Mitternacht zum 30.6. bzw. um 1 Uhr früh während eines Zapfenstreichs von Einheiten des Reichsarbeitsdienstes am Rheinufer vor dem Hotel Dreesen: die eine von **Himmler** aus Berlin: Die Berliner SA habe für den folgenden Nachmittag die überfallartige Besetzung des Regierungsviertels geplant. Diese Nachricht war falsch, doch das wußte **Hitler** nicht.

*"****Hitler*** *wußte in Bad Godesberg nicht, daß die Masse der Berliner SA zu dieser Stunde längst beurlaubt worden war."* 18) S. 107

Himmler ist hierfür nie zur Rechenschaft gezogen worden. So wurde auch nicht geklärt, woher er diese Information hatte. Er hätte damals kaum wagen können, sie selbst zu erfinden. Die geheimen Regisseure dieser Szenerie haben das gewiß bedacht und Geheimdiensten derlei Vorarbeit übertragen, sofern nicht -- was keineswegs auszuschließen ist -- gut informierte Regimegegner zeitgerecht gezielte Falschmeldungen lanciert haben, und sei es auf dem Wege fingierter Telefongespräche, von denen sie wußten, daß sie abgehört wurden.

Die andere Nachricht übermittelte Bayerns Innenminister und Gauleiter **Adolf Wagner**. Er berichtete telefonisch aus München: Dort versammelten sich bewaffnete SA-Einheiten.

Diese Meldungen machten **Hitler** sichtlich betroffen, ja versetzten ihn in zunehmende Erregung. Kein ernstzunehmender Forscher hat bisher behauptet, daß **Hitler** womöglich selbst diese Meldungen arrangiert hätte. Spontan warf er seine bisherigen immer noch unklaren Pläne um, die Augenzeugen zufolge bis dahin zwischen Absetzung und Verhaftung **Röhms** und seines engsten Führungskreises tendierten, und flog schnellstens nach München.

Bei seiner Landung auf dem Oberwiesenfeld nahe München um 4.30 Uhr morgens sah er dann Meuterei als bewiesen an. Denn am Nachmittag des 29.6. war tatsächlich die Schützenstandarte 1 zusammengetreten.

"3.000 SA-Männer randalierten gegen ***Hitler****, Partei und Reichswehr, ehe sie sich von besonnenen Führern zum Nachhausegehen bewegen ließen. Nur die Handzettel blieben zurück, die sie aus ihren Wohnungen gelockt hatten. ...*

»Der Führer ist gegen uns, die Reichswehr ist gegen uns! SA heraus auf die Straße!«"

Es wurde nicht geklärt, wer für diese Flugzettel verantwortlich war. Tatsache ist jedoch, daß auf diesen Aufruf hin die SA-Schützenstandarte 1

"bewaffnet und feldmarschmäßig durch die Straßen zog". 27) S. 271

"Davon wußte ***Hitler*** *noch nichts, als ihn ein Flugzeug am frühen Morgen des 30.6. nach München brachte. Der ihn erwartende Gauleiter* ***Adolf Wagner*** *berichtete von einem muhsam abgewendeten Gewaltstreich der SA in München. Auch seine Begleiter, 2 Offiziere des Wehrkreiskommandos, stellten die Lage als sehr bedrohlich dar."* 27) S. 271

Diese Nachricht gab den letzten Ausschlag für **Hitlers** weiteres Vorgehen. Es war wirklich verhängnisvoll. Nach den Worten:

"Den letzten Beweis haben mir die Verräter geliefert. Heute Nacht um zwei Uhr ist die SA von München alarmiert und bewaffnet vor der Feldherrnhalle aufmarschiert. Ich warte nicht bis 11 Uhr, sondern handele sofort." 24) S. 21

Die von der gängigen Geschichtsschreibung kolportier-

45) ***Frankfurter Rundschau***, 14 Mai 1957, Tagebuch **Viktor Lutze**

te Version der "*handgeschriebenen Handzettel*" erklärt nicht den Aufmarsch von 3.000 Mann in bewaffneter Montur. Da muß im Hintergrund schon mehr organisiert gewesen sein. Das soll nicht heißen, daß die von **Hitler** dafür verantwortlich gemachten Obergruppenführer **August Schneidhuber** und Gruppenführer **Wilhelm Schmid** dafür Befehle dieser Art erlassen oder auch nur davon gewußt haben. Eher ist zu vermuten -- wie das später am 9. November 1938 anläßlich der "Reichskristallnacht" erneut nachweislich geschehen ist --, daß untergeordnete SA-Einheitsführer telefonisch von unbekannt gebliebenen angeblichen "Dienststellen" zur Demonstration "befohlen" worden waren, wobei die Anrufer in Wirklichkeit gut informierte Regimegegner waren. Gegen solche Tücken waren die SA-Einheiten damals nicht gefeit. Und da dies 1934 in der Hektik der Ereignisse nicht untersucht worden ist, konnte das am 9. November 1938 erneut gelingen.

So ist **Hitler** hier zweifellos in eine professionell eingefädelte Falle bis heute noch unbekannt Gebliebener getappt. Er hat zweifellos übereilt, überzogen scharf-brutal, "*in Panik*" 18) S 107 + 82) S 451 reagiert. Das Spektrum war umfassend vorbereitet: Da gab es das Drängen v. **Hindenburgs** und der Reichswehrführung, unbedingt -- in welcher Form auch immer -- den Führungskreis um Stabschef **Röhm** auszuschalten. Dann die zeitgleich bekanntgewordenen Verratshandlungen von Hintermännern um den Vizekanzler v. **Papen**. Schließlich die gerade erst eingetroffenen Horrormeldungen von **Göring** und **Himmler** aus Berlin und **Adolf Wagner** aus München sowie die tatsächlich aufgefundenen Beweise von SA-Aufmärschen im Raum München -- wenngleich sie bei **Hitlers** Eintreffen schon in Auflösung begriffen bzw. schon beendet waren.

Hitler begab sich unmittelbar nach der Landung in das bayerische Innenministerium, wohin **Adolf Wagner** die für München zuständigen höheren SA-Führer geladen hatte. Dort riß **Hitler** dem Obergruppenführer **August Schneidhuber** und Gruppenführer **Wilhelm Schmid** die Schulterstücke ab und ließ sie verhaften mit den Worten:

"*Sie werden erschossen!*"

Die beiden wurden in das Gefängnis nach München-Stadelheim verbracht. Gelegenheit zur Stellungnahme erhielten sie nicht.

Hitlers Aufenthalt im bayerischen Innenministerium war nur kurz. Er sah sich nach seinen für ihn schockierenden Erlebnissen in München zu "*blitzschnellem Handeln*" veranlaßt. Mit wenigen Begleitern (u.a. **Dr. Goebbels**) fuhr **Hitler** zur Pension Hanslbauer nach Bad Wiessee, wo er um 6.30 Uhr eintraf, und verhaftete dort die aus dem Schlaf geweckten SA-Führer **Röhm, Graf v. Spreti-Weilbach** (Adjutant Röhms), **Edmund Heines** (Obergruppenführer, Schlesien) und **Julius Uhl** (Standartenführer), nachfolgend auch weitere zur Führerbesprechung Anreisende; Nichtbeschuldigte wurden nach München zurückgeschickt. Die Verhafteten wurden zunächst ins Gefängnis nach Stadelheim verbracht. Festgenommen wurden jene, die schon vorher nach zusammengetragenen Erfahrungswerten sich bei den Widersetzlichkeiten **Röhms** hervorgetan hatten oder als Akteure gegen die Anordnungen von Partei oder Staat in Erscheinung getreten waren. Parteiführung und Parteigericht hatten eine Liste über SA-Führer vorbereitet, gegen die aus verschiedenen Gründen konkrete Beschwerden vorgelegen haben. Konsequenzen waren damit allerdings nicht vorweggenommen.

In einer eilig ins Braune Haus nach München zusammengerufenen Führertagung erklärte **Hitler** den stehenden Anwesenden emotionsgeladen:

"***Röhm** habe Hoch- und Landesverrat begangen, er (**Röhm**) habe ihn (**Hitler**) verhaften und töten wollen, um Deutschland an seine Feinde auszuliefern. **François-Poncet** sei auf der anderen Seite der Hauptakteur, er habe **Röhm** 12 Millionen Mark gegeben. Er lasse sie alle erschießen.*" 27) S 272

Im Gefängnis München-Stadelheim trafen nach und nach auch die am Münchener Hauptbahnhof auf Veranlassung von Gauleiter **Wagner** verhafteten **Hans-Peter v. Heydebreck** (SA-Gruppenführer von Pommern), **Wilhelm Hayn** (SA-Gruppenführer von Sachsen), **Fritz Ritter v. Krausser** (SA-Obergruppenführer beim Stab, Vertreter Röhms), **Georg v. Detten** (SA-Gruppenführer, Berlin) und **Hans-Joachim v. Falkenhausen** (SA-Oberführer, Berlin) ein. "*Allmählich saß dort die halbe SA-Prominenz ein.*" 27) S. 272

Der damalige bayerische Justizminister **Dr. Hans Frank** schilderte seine Erlebnisse des 30. Juni eindrucksvoll in seinen letzten Aufzeichnungen.[46] Überraschend wurde er vom Direktor des Justizgefängnisses Stadelheim telefonisch darüber informiert, daß seit den Morgenstunden weit über 100 hohe und höchste SA-Führer auf LKWs als Gefangene von SS-Männern eingeliefert worden seien. Er wisse nicht, was dies zu bedeuten und wie er sich zu verhalten habe. Sein Fahrer war bereits unterwegs von der Führerkolonne angehalten worden, bei welcher Gelegenheit **Hitler** ihm mitgeteilt habe, daß er im letzten Augenblick eine Katastrophe für das Reich verhindert habe.

Nach Ankunft in Stadelheim wurde ihm die Liste der inzwischen fast 200 SA-Führer aus nahezu ganz Deutschland vorgelegt. Die meisten waren bereits im Hauptbahnhof München beim Verlassen der Züge verhaftet worden.

Nun fanden sich auch **Sepp Dietrich** und **Prinz Waldeck** mit ihrem LAH-Kommando dort ein und forderten -- den Nachkriegsangaben von **Hans Frank** zufolge -- die Auslieferung "*von etwa 110 auf der Liste angemerkten SA-Führern*". Nachdem **Dr. Frank** dies verweigerte, folgten dramatische Telefongespräche zwischen **Frank**, **Hitler** und **Rudolf Heß**:

"*Ich wies **Heß** darauf hin, daß die meisten SA-Führer aus dem Zug, die anderen aus ihren Betten heraus verhaftet worden wären, ohne Waffen, ohne Wissen, ohne Pläne und keines-*

46) Dr Hans Frank, "Im Angesicht des Galgens", Neuhaus b. Schliersee 1955, S 139 - 143. – Die von **Frank** nach 11 Jahren aus dem Gedächtnis angeführten Zahlen erwiesen sich als unzuverlässig

*wegs den Eindruck machten, von einer bewaffneten Putschbewegung weggeholt worden zu sein. Ich sagte auch, daß sich darunter doch hochverdiente Offiziere des Weltkrieges mit höchsten Dekorationen für tapfersten soldatischen Einsatz befanden. Schließlich verwies ich auf die unmögliche Form der Übermittlung eines solchen Befehls. **Heß** sagte mir zu, noch einmal mit dem Fuhrer sprechen zu wollen."*

Nach längerem Warten läutete endlich das Telefon:

*"Eine persönliche Aussprache mit mir hatte **Hitler** abgelehnt. **Heß** teilte mir mit, daß **Hitler** mit Einwilligung des Herrn Reichspräsidenten Vollmacht habe, unmittelbar alle Maßnahmen ohne Einschränkung durchzuführen, die geeignet sind, den drohenden Putsch zu verhindern. Die Hauptschuldigen seien auf seine Weisung zu erschießen. Ich fragte dann: »Welche?« Und, die Liste in der Hand, hörte ich aus dem Telefon 19 Namen. ... Der Führer hat die Liste überprüft und will sich auf diese beschränken."* [46]

Röhm war nicht mit auf der Liste. Über ihn sollte gesondert entschieden werden. **Frank** hatte die 19 -- Historiker, die dies überprüft haben, berichten von 6 [18) S 112] -- auszuliefern, weil "*die Existenz des Reiches auf dem Spiele stünde*". -- Die Ausgelieferten wurden erschossen. **Dr. Frank** trug schwer an diesem Verfahren. Wenn er auch zugeben mußte, über viele Zusammenhänge nicht den Überblick gehabt zu haben, so wußte er doch, daß auf Hoch- und Landesverrat die Todesstrafe stand, und die höchste Staatsgewalt, in diesem Fall der Reichskanzler, die letzte Verantwortung dafür zu tragen hat bzw. die letzte "Rechtsinstanz" war. Wie **Hans Frank** in seinen letzten Aufzeichnungen bestätigt, haben **Hitler** zu diesem Zeitpunkt "*klare Beweise*" dafür vorgelegen, daß **Röhm** kurzfristig die SA aufbieten wollte, um **Hitler** zu zwingen, ihm das Kriegsministerium auszuliefern und im Weigerungsfalle "***Hitler** selbst abzusetzen, ja zu töten*". **Hitler** habe ihm später auf dem Parteitag 1934 noch einmal persönlich versichert, daß er "*um einen Plan zu seiner Ermordung wußte, dem er nur knapp zuvorgekommen ist*". [46]

Görings Auftrag für Berlin

Von Bad Wiessee nach München zurückgekehrt, gab **Dr. Goebbels** vom "Braunen Haus" aus an **Göring** nach Berlin das vereinbarte Stichwort "*Kolibri*" durch, um die dort vorbereiteten Maßnahmen durchzuführen. Was genau für dieses Stichwort abgesprochen war, blieb zunächst unbekannt. Vor dem IMT beschrieb **Göring** am 14.3.1946 diesen Auftrag so, daß er sofort in Norddeutschland gegen die betreffenden Männer des **Röhm**kreises vorzugehen habe.

*"Ich ubertrug die Verhaftung der Polizei, die damals auch schon in Preußen unter **Himmler** und **Heydrich** stand. Lediglich das Hauptquartier **Röhms**, der selbst nicht da war, ließ ich durch ein mir unterstelltes uniformiertes Polizeiregiment ausheben.*

*Als das Hauptquartier des SA-Führers **Ernst** in Berlin ausgehoben wurde, fand man in den Kellern dieses Hauptquartiers mehr Maschinenpistolen als die gesamte preußische Schutzpolizei besaß.*

*Nachdem vom Führer verfügt war, daß auf Grund der Ergebnisse, die man in Wiessee vorgefunden hatte, wer aus Staatsnotstand erschossen werden sollte, wurde der Befehl zur Exekution für **Ernst**, **Heydebreck** und einige dieser nächsten Mitarbeiter **Röhms** gegeben.*

Es bestand kein Befehl, die anderen zu verhaftenden Leute zu erschießen. ...

*Wir bedauerten diesen Vorfall (des Ehepaares **v. Schleicher**) außerordentlich.*

*In Laufe des Abends hörte ich, daß auch andere Leute erschossen worden seien. Auch solche, die mit diesem **Röhm**-Putsch uberhaupt nichts zu tun hatten. Der Führer kam am selben Abend nach Berlin. Nachdem ich das am Spätabend oder in der Nacht noch gehört hatte, ging ich den nächsten Mittag zum Führer und bat ihn, sofort einen Befehl zu erlassen, daß jede Exekution unter allen Umständen von ihm, dem Führer, verboten sei. ... Der Führer hat dann diese Anordnung in meiner Gegenwart getroffen; sie wurde allen Stellen sofort übermittelt."* [47]

Auf der Pressekonferenz am 1. Juli 1934 hatte **Göring** noch zusätzlich erwähnt, daß er auf Grund vieler amtlicher Meldungen, die nicht nur hohe SA-Führer betrafen, die ihm übertragene Vollmacht genutzt habe, seine "*Aufgaben zu erweitern*". [22) S. 207] Diese eigenmächtige Erweiterung der ihm befohlenen Aufgabe fand darin ihren Niederschlag, daß **Göring** in Zusammenarbeit mit **Himmler** und **Heydrich** Verhaftungs- und Exekutionsanweisungen verschiedenen Dienststellen übermittelt hat, deren Motive und Einzelheiten unbekannt geblieben sind. Diese Anweisungen wiederum haben andere zum Anlaß genommen, sie ihrerseits eigenmächtig "zu erweitern". War es Sorge um den Bestand des Reiches, überzogener "Diensteifer", Konkurrenzneid? Dem Reichskanzler war tatsächlich für 1 - 2 Tage die Kontrolle entglitten.

Der sehr kritische **Rudolf Diels** hat aus seiner Polizeipraxis zahlreiche solcher Beschwerden, auf die sich **Göring** in seinen Aussagen und Entscheidungen bezogen hat, konkret geschildert. Er hat selbst erlebt, daß sogar Reichsminister in ihrem Einfluß 1933/1934 begrenzt waren und sich nicht überall durchsetzen konnten.[2] Noch war der Revolutionsgeist der Weimarer Epoche, die auf Mord und Totschlag ausgerichtete Kampferfahrung mit dem politischen Gegner, vor allem den Kommunisten, nicht restlos

47) IMT, Bd IX, S. 303 + S 173

abgeklungen, die materiellen Lebensverhältnisse für viele Volksgenossen noch nicht gesichert.

Da die Auseinandersetzung mit der SA nur ein Teil-Aspekt der Staatskrise war und andere staatsfeindliche Akteure einem mit der SA-Führung koordinierten oder eigenständigen Komplott zugerechnet wurden, fielen der auf Überraschung und Schnelligkeit abgerichteten Bekämpfungsaktion auch Gegner aus der "Kampfzeit" in München, in Berlin und anderen Orten zum Opfer, ja sogar Personen, die damit nichts zu tun hatten.

V. **Papen** hatte auf Grund seiner persönlichen Beziehungen zum Reichspräsidenten Glück, **Göring** verfügte für ihn Hausarrest. Vor dem Nürnberger Militärtribunal der Sieger führte v. **Papen** hierzu aus: **Göring** habe ihn zu einer Aussprache gebeten, in der er erklärte, im Reich sei eine Revolte der SA im Gange, **Hitler** sei in München und er -- **Göring** -- beauftragt,

"in Berlin die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen".

Göring bestand darauf, daß er -- v. **Papen** -- sich zwecks Gewährleistung seiner Sicherheit in seine Wohnung begeben möge. Seine Vizekanzlei fand v. **Papen** von SS besetzt. Er durfte noch eigene Akten mitnehmen. Eine SS-Eskorte geleitete ihn in seine Wohnung, die bereits bewacht und von der Außenwelt auch durch Kappen der Telefon- und Radioverbindung abgeschnitten war. 3 Tage lang verblieb er so im "Hausarrest".[48]

Zahlreiche andere, unter ihnen General **Kurt v. Schleicher** und seine Frau, Generalmajor **Ferdinand v. Bredow** (er wurde verdächtigt, das in Paris erschienene "Tagebuch eines Reichswehrgenerals" verfaßt zu haben und somit in die "Verschwörung" **v. Schleichers** mit eingebunden zu sein), **Gregor Strasser**, **Jung**, **Bose**, **Klausener**, der frühere bayerische Generalstaatskommissar **Gustav v. Kahr**, insgesamt 83 Personen -- so die spätere amtliche Verlautbarung -- fielen zur gleichen Zeit tödlichen Schüssen von Angehörigen der Politischen Polizei bzw. der SS zum Opfer.

Inwiefern **Göring**, **Himmler**, **Heydrich** oder auch andere Exekutionen befohlen oder ihren unteren Organen unzureichende Aufträge erteilt haben, oder was auch **Hitler** noch konkret befohlen hat, ließ sich für den Historiker nicht mehr feststellen. Ebenso wenig die endgültige Anzahl der Opfer. Die Auslandspresse berichtete von 122.

Wie am 18.8.1934 amtlich bekanntgemacht worden war, hatte **Göring** 1.124 Personen verhaften lassen, die allerdings kurze Zeit später wieder freigekommen sind. Einzelheiten blieben auch in dieser Angelegenheit angesichts der am 2. Juli verfügten Amnestie und der von **Göring** veranlaßten Aktenvernichtung undurchsichtig.

Vieles geschah gegen Hitlers Willen

Fest steht -- und kaum ein Historiker bestreitet das --, daß nicht **Hitler** das alles befohlen hat, was sich als Folgewirkung seines Eingreifens gegen **Röhm** ereignet hat. Vieles hat er *"nachweislich bereut und in seinen Exzessen getadelt."* [2) S. 254] Dies bestätigte der kritische **Rudolf Diels**.

Schon bei seiner Landung in Berlin-Tempelhof am Abend des 30. Juni, als **Göring** und **Himmler** ihm einen Zettel -- offenbar mit den Namen der inzwischen Erschossenen -- reichten, sah man genau

*"wie **Hitlers** Finger langsam das Papier hinunterglitt. Ab und zu verweilte er bei einem Namen etwas länger. ... Plötzlich warf er den Kopf zurück:*

*»Es ist eine Geste so heftiger Aufwallung, um nicht zu sagen Ablehnung, daß jeder Umstehende sie bemerken muß, [SS-Gruppenführer, Leiter des Polizeikriminalamtes **Arthur**] **Nebe** und ich [Ministerialrat im Reichsinnenministerium **Hans-Bernd Gisevius**] blicken uns groß an. Beide elektrisiert uns derselbe Gedanke. Jetzt werden sie ihm wohl **Strassers** Selbstmord beigebracht haben«"*. [23) S. 258]

So sind Aussprüche und Reaktionen von **Hitler** überliefert, die geradezu Empörung über einzelne Morde zum Ausdruck bringen. Sein Leibfotograph **Heinrich Hoffmann** berichtete, daß sich **Hitler** über die Ermordung des Ordenspriesters **Bernhard Stempfle**, der die erste Auflage von "Mein Kampf" redigiert hatte, *"tief erschüttert beklagte"* mit den Worten:

*"Was sagen Sie dazu, **Hoffmann**, diese Schweine haben meinen guten Pater **Stempfle** auch umgebracht!"* [49) S. 71]

Dabei blieb geheimnisvoll, wer im einzelnen was am 30. Juni bis 2. Juli befohlen oder in eigener Regie vollzogen hat. Von den Erschießungen, die **Hitler** selbst in München zu verantworten hat, weiß man. Es sollten ursprünglich 6, mit **Röhm** 7 Personen gewesen sein. Wer Exekutionsbefehle in Mittel- und Ostdeutschland, auch in Dachau befohlen hat, wer eigenmächtig über Anordnungen zur Verhaftung hinausgegangen ist und "alte Rechnungen" mit Mord "beglichen" hat, die mit dem "Staatsnotstand" gar nichts zu tun hatten, ist nicht aufgeklärt worden, zumindest nicht bekannt geworden. In allzu vielen Fällen, selbst in München und Dachau, wurde der Reichskanzler vor vollendete Tatsachen gestellt.

Auch der Mord an **Gregor Strasser** ist **Hitler** besonders nahegegangen, hatte dieser doch bereits beim Marsch zur Feldherrnhalle am 9. November 1923 teilgenommen, wofür er ebenfalls in Landsberg inhaftiert worden war. Mit der Wahl in den bayerischen Landtag im Mai 1924 ist er wieder freigekommen.

Gregor Strasser hatte in den Folgejahren nicht nur die Partei zusammengehalten und ihre Organisation als Redner, Fraktionsvorsitzender und Publizist nach Nord-

48) IMT, Bd. XVI, S. 327.

49) Heinrich Hoffmann, "Hitler wie ich ihn sah", München - Berlin 1974

deutschland ausgebaut, sondern auch über den von ihm gegründeten "Nationalsozialistischen Kampfverlag" mit 11 Wochenzeitungen und später 3 Tageszeitungen sowie billigen Massenbroschüren -- damals noch in Einklang mit **Dr. Goebbels** -- einen sehr beachtlichen Einfluß auf die nationale Publizistik genommen. Besonders für die sozialistischen Teile der NSDAP in Nord- und Ostdeutschland galt als der "kommende Mann".

Doch der ns-Organisationsleiter **Gregor Strasser** hatte in der Endphase des großen Ringens -- im Dezember 1932 -- nicht mehr die Nerven, diesen Kampf um die Macht durchzustehen. Er hielt nach Absinken des ns-Stimmenanteils von 13.765.781 am 31.7.1932 mit 230 Reichstagsmandaten auf 11.737.010 am 6.11.1932 mit nur 196 Abgeordneten eine legale Kanzlerschaft **Hitlers** nicht mehr für durchsetzbar. Am 8.12.1932 teilte er **Hitler** in einem Brief ohne Begründung mit, daß er ab sofort seine sämtlichen Parteiämter niederlege, und erläuterte in seinem Reichstagsbüro etlichen Gauleitern die Gründe: **Hitler** hätte den Vizekanzlerposten unter dem Kanzler **v. Papen** annehmen müssen, den der Reichspräsident ihm am 13. August 1932 angeboten hatte. Das wäre seine letzte Chance gewesen. Die Kanzlerschaft würde ihm von allen Seiten verwehrt. Sollte sich dies überhaupt einmal ändern, so wäre bis dahin die Partei an den ihr auferlegten Belastungen zerbrochen.

Hitler hatte sich von den Teilnehmern dieser Runde die Argumente **Strassers** anschließend vortragen lassen.

*"Noch am Abend des 8. Dezember suchte **Rust** mit ausdrücklicher Billigung **Hitlers** Verbindung zu **Strasser**, um ihn zur Rückkehr in sein Amt zu bewegen. Er traf ihn in einem Restaurant, wurde aber schroff abgewiesen.*

*Am nächsten Tag ließ **Hitler** durch die Pressestelle der NSDAP bekanntgeben, daß **Strasser** mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von 3 Wochen antritt. ...*

*Die Beurlaubung des Reichsorganisationsleiters **Gregor Strasser** wird von allen Feinden Deutschlands dazu benutzt, die Hoffnung zu nähren, daß das deutsche Bollwerk der NSDAP, das kein Angriff von außen erschuttern konnte, durch Spaltung sich selbst vernichten könnte. ... Trotzdem bemühte sich **Hitler** nochmals um den »verlorenen Sohn«. Anfang Januar sandte er den sächsischen Gauleiter **Mutschmann** zu **Strasser**, der sich in die Berge zurückgezogen hatte. .... Als **Mutschmann** als alter Freund bei **Strasser** erschien und ihm erklärte, **Hitler** sei bereit, sich mit ihm auszusprechen und ihn in allen Ehren in seine Ämter wieder einzusetzen, da ließ **Strasser** auch diesen Friedensboten barsch ablaufen. Damit war die Tür krachend ins Schloß gefallen."* [10) S. 81 - 90]

Hitler, Taufpate der Zwillingssöhne von **Gregor Strasser**, hatte sich mit ihm am 13. Juni 1934 ausgesprochen und sogar erwogen, ihn zum Reichsinnenminister zu ernennen. Am 23. Juni ließ er ihm das goldene Ehrenzeichen der Partei mit der Mitgliedsnummer 9 überreichen. [13) S. 116 + 23) S. 137]

Der ehemalige Brigade-Arzt -- Marine-SA-Brigade »Hansa«, Hamburg -- Dr. med. **Hans-Dietrich Röhrs**[50] verwies hierzu auf eine Schilderung aus **Hitlers** Umgebung, derzufolge ihn die Nachricht, daß sich auch **Gregor Strasser** unter den Opfern befand, hat "*sogar in Tränen ausbrechen lassen*". **Röhrs** fuhr fort:

*"Besonders bezeichnend ist in der Hinsicht der Fall des Leutnants Sch. (Oberleutnant **Paul Schulz**), der zu den engsten Mitarbeitern des letzteren (**Gregor Strasser**) gehörte und deshalb den Verschwörern ebenfalls im Wege war. Es gelang ihm, den Gestapo-Männern, die ihn in den Grunewald schleppen wollten, zu entkommen und sich bei einem Freund zu verbergen. Von dort nahm er mit **Hitler** selbst Verbindung auf. Worauf schon am Abend der Berliner Sender die Meldung ausstrahlte, **Schulz** stünde unter dem persönlichen Schutz des Führers und möge sich bei ihm melden. Als dies geschah, bat ihn **Hitler** für eine Zeitlang ins Ausland zu gehen, da er zur Zeit für seine Sicherheit nicht bürgen könne. **Schulz** ist diesem Ratschlag dann gefolgt und bekam seinen Unterhalt aus **Hitlers** persönlicher Schatulle."* [51]

Auch in anderen Fällen bemühte sich **Hitler**, einiges wiedergutzumachen, wenngleich das Leben der Opfer nicht zurückgegeben werden konnte. Den Witwen bewilligte **Hitler** großzügige Pensionen. [52) S. 205]

Nachweislich hatten andere in dieses Geschehen eingegriffen, die **Hitler** hinterher meinte, nicht desavouieren zu können, weil für die Staatsführung noch weit verhängnisvollere Folgen eingetreten wären. Dies wäre zweifellos geschehen, wenn er z.B. gegen **Görings** eigenmächtiges "Erweitern seiner Aufgabe", wie er es in der Pressekonferenz am 1. Juli zugegeben hat -- "*ich habe meine Aufgabe erweitert*" --, auch noch vorgegangen wäre. **Göring** muß seine übereilten und überzogenen Entscheidungen recht bald eingesehen haben, war er doch der erste, der **Hitler** am 1. Juli bereits drängte, die gesamte Aktion sofort abzustoppen, da sie bereits zu viele Unschuldige erfaßt hatte.

Schnell war erkennbar geworden, wie viele Unschuldige es getroffen hat. Selbst der neue SA-Stabschef **Viktor Lutze** hat nie seinen Unmut über die Art des ungezügelten Vorgehens von Akteuren auf Geheiß **Görings**, **Himmlers**, **Heydrichs** oder auch Anderer überwunden, die sich anschließend in der Anonymität verstecken und der Strafverfolgung entziehen konnten. Es habe sich "*bei dem ganzen Spuk nur um eine Führerrevolte gehandelt*". [30) S. 75] Von den 6 SS-Leuten, die in der amtlichen Todesliste erscheinen und auch von **Hitler** am 13. Juli ausdrücklich erwähnt worden waren, gehörten gewiß einige zu jenen, die über gegebene Befehle willkürlich hinausgegangen waren.

Dr. Goebbels vermerkte mehrfach in seinem Tagebuch, daß **Hitler** diese Ergebnisse so nicht gewollt hat.

"Schrecklich! Eine Menge von Dingen passierte, die ganz und gar nicht dem Willen des Führers entsprachen. Schicksal!" [52) S. 206]

Eine weitere Tatsache spricht dafür, daß **Hitler** das Geschehen nicht mehr beherrschte: Am 2. Juli hatte er durch die Presse amtlich verkünden lassen, daß die Staatsnotwehrmaßnahmen mit dem 1. Juli beendet seien und weitere Gewaltmaßnahmen von den ordentlichen Gerichten geahndet würden. (Vergl. Texte S. 33, rechts unten)

Dennoch waren Erschießungen über den 1. Juli hinaus durchgeführt worden, die dann bis einschließlich 2. Juli vom nachfolgenden Gesetz am 3. Juli bei den aus Gründen

---

50) Nach dem Krieg wurde **Dr. med. Hans-Dietrich Röhrs** durch sein Buch "Hitlers Krankheit" -- Tatsache und Legende", Neckargemünd 1966 bekannt

51) ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart***, Tübingen 1980/Nr 4, S. 9.

52) David Irving, "Goebbels -- Macht und Magie", Kiel 1997

des Staatsnotstandes für rechtens erklärten Maßnahmen mit einbezogen worden sind. Hier haben sich offenkundig jene dem Befehl **Hitlers** widersetzt, die auch schon 24 Stunden zuvor aus eigenem Ermessen *"ihre Aufgabe erweitert"* haben und die **Hitler** angesichts der inzwischen eingetretenen Ereigniskonstellation nicht auch noch bekämpfen konnte, brauchte er sie doch zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung.

SA-Obergruppenführer **Max Jüttner** sagte am 8.4.1949 vor dem Landgericht 1 München aus, **Hitler** habe ihm nachträglich erklärt.

*"**Röhm** und **Schleicher** haben einen Putsch gegen mich geplant, und der mußte abgewendet werden. Ich wollte diese Angelegenheit untersuchen lassen, aber die Ereignisse haben sich überschlagen, und viele SA-Führer sind ohne meine Zustimmung erschossen worden. Weil die ganze Welt davon erfahren hatte, habe ich die Verantwortung übernommen."* [32) S. 485 + 18) S. 118]

Reichsjustizminister **Gürtner** erklärte dem ihn besuchenden **Rudolf Diels**:

*"Seine Unterschrift unter den Erlaß vom 6. Juli 1934, wonach der Vorgang als »rechtens« anzusehen sei, war nach einem Kabinettsbeschluß in der Gewißheit abgegeben worden, daß 17 übelstbeleumundete SA-Führer erschossen worden waren, und daß wegen dieser Fälle Verfahren nicht gegen die Exekutoren eingeleitet werden sollten. **Gürtner** hatte aber darauf bestanden, daß alle übrigen Tötungen den ordentlichen Gerichten zur Aburteilung übergeben werden sollten. **Hitler** hatte sich diesem Verlangen zunächst gefügt, und er verkündete es so in seiner Rede am 13. Juli."* [2) S. 306]

Die Ermittlungen wurden auch ohne die Polizei, der **Himmler** eine Mitwirkung verboten hatte, weitergeführt, bis **Hitler** nach langem Zögern und *"dramatischen Verhandlungen"* die gerichtlichen Verfahren für den Gesamtkomplex unterband.[2) S. 306]

Noch eine Aussage von **Heinrich Bennecke**, dem damaligen Führer des Reichs-SA-Hochschulamtes, scheint wichtig:

*"Gewiß hatte die Reichswehrführung am 30. Juni erreicht, daß ihre Pläne zur Wiederaufrüstung nicht mehr von **Röhm** und seinen SA-Führern gestört oder gar gefährdet werden konnten. Aber die Wege, die dabei von ihr beschritten worden waren, um dieses Ziel zu erreichen, mußten Zweifel zurücklassen, ob denn die Herbeiführung der Ereignisse des 30. Juni wirklich notwendig gewesen war. Diese Zweifel verstärkten sich zum Mißtrauen. Von ihm dürfte auch **Hitler** immer stärker erfaßt worden sein. Es konnte ihm auf die Dauer nicht verborgen bleiben, daß er zu seinem Verhalten am 30. Juni 1934 durch Nachrichten veranlaßt worden war, denen vielfach die sachliche Grundlage gefehlt hatte. Für ihn war ja ein wichtiger Lieferant von Nachrichten nachweislich General v. **Reichenau** gewesen. Seine spätere Zurückhaltung diesem gegenüber bei seinem Streben, an die Spitze des Heeres zu gelangen, könnte auf die Tätigkeit **v. Reichenaus** vor dem 30. Juni 1934 zurückgeführt werden."* [30) S. 78]

Staatsnotwehr rechtens

Die "erste Verfügung des Führers" wurde am 30. Juni gegen 15 Uhr der Presse übermittelt:

"München, den 30. Juni 1934.

Ich habe mit dem heutigen Tage den Stabschef Röhm seiner Stellung enthoben und aus der Partei und SA ausgestoßen. Ich ernenne zum Chef des Stabes Obergruppenführer Lutze. SA-Führer und SA.-Männer, die seinen Befehlen nicht nachkommen oder zuwiderhandeln, werden aus der SA und Partei entfernt oder sofort verhaftet und abgeurteilt.

Adolf Hitler, Oberster Partei- und SA.-Führer"

Zur gleichen Zeit überreichte Hitler seinem neuen Stabschef Lutze folgenden Brief:

"Mein lieber SA.-Führer Lutze!

Schwerste Verfehlungen meines bisherigen Stabschefs zwangen mich, ihn seiner Stellung zu entheben. Sie, mein lieber Obergruppenführer Lutze, sind seit vielen Jahren, in guten und schlechten Tagen, ein immer gleich treuer und vorbildlicher SA.-Führer gewesen. Wenn ich Sie mit dem heutigen Tage zum Chef des Stabes ernenne, dann geschieht dies in der festen Überzeugung, daß es Ihrer treuen und gehorsamen Arbeit gelingen wird, aus meiner SA das Instrument zu schaffen, das die Nation braucht und ich mir vorstelle. Es ist mein Wunsch, daß die SA zu einem treuen und starken Gliede der nationalsozialistischen Bewegung ausgestaltet wird. Erfüllt von Gehorsam und blinder Disziplin muß sie mithelfen, den neuen Menschen zu bilden und zu formen.

Adolf Hitler"

Am 1. Juli gab der Reichswehrminister folgenden Aufruf an die Wehrmacht heraus:

"An die Wehrmacht!, 1. Juli 1934

Der Führer hat mit soldatischer Entschlossenheit und vorbildlichem Mut die Verräter und Meuterer selbst angegriffen und niedergeschmettert. Die Wehrmacht als der Waffenträger des gesamten Volkes, fern vom innerpolitischen Kampf, wird danken durch Hingabe und Treue! Das vom Führer geforderte gute Verhältnis zur neuen SA wird die Wehrmacht mit Freude pflegen im Bewußtsein der gemeinsamen Ideale. Der Alarmzustand ist überall aufgehoben.

von Blomberg"

Am 2. Juli gab die Presse amtlich bekannt:

"Die Säuberungsaktion fand gestern abend ihren Abschluß. Weitere Aktionen in dieser Richtung finden nicht mehr statt. Somit hat der gesamte Eingriff zur Wiederherstellung und Sicherung der Ordnung in Deutschland 24 Stunden gedauert. Im ganzen Reich herrscht völlige Ruhe und Ordnung. Das gesamte Volk steht in unerhörter Begeisterung hinter dem Führer."

Dieser Meldung lag folgende Anordnung Hitlers zur gleichen Stunde zugrunde:

"Die Maßnahmen zur Niederschlagung der Röhm-Revolte sind am 1. Juli 1934 nachts abgeschlossen worden.

Wer sich auf eigene Faust, gleich aus welcher Absicht, im Verfolg dieser Aktion eine Gewalttat zuschulden kommen läßt,

wird der normalen Justiz zur Aburteilung übergeben. Adolf Hitler!"

Am 2. Juli wurden nachfolgende Danktelegramme des Reichspräsidenten an den Reichskanzler und Ministerpräsidenten Göring veröffentlicht:

"Aus den mir erstatteten Berichten ersehe ich, daß Sie durch Ihr entschlossenes Zugreifen und die tapfere Einsetzung Ihrer eigenen Person alle hochverräterischen Umtriebe im Keime erstickt haben. Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet. Hierfür spreche ich Ihnen meinen tiefempfundenen Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus.

Mit besten Grüßen von Hindenburg"

"Für Ihr energisches und erfolgreiches Vorgehen bei der Niederschlagung des Hochverratsversuches spreche ich Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Mit kameradschaftlichen Grüßen von Hindenburg"

Über die Sitzung des Reichskabinetts am 3. Juli wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

"Berlin 3. Juli. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab Reichskanzler Adolf Hitler zunächst eine ausführliche Darstellung über die Entstehung des hochverräterischen Anschlages und seine Niederwerfung. Der Reichskanzler betonte, daß ein blitzschnelles Handeln notwendig war, weil andernfalls die Gefahr bestand, daß viele Tausende von Menschenleben vernichtet worden wären.

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg dankte dem Führer im Namen des Reichskabinetts und der Wehrmacht für sein entschlossenes und mutiges Handeln, durch das er das deutsche Volk vor dem Bürgerkrieg bewahrt habe. Der Führer habe sich als Staatsmann und Soldat von einer Größe gezeigt, die bei den Kabinettsmitgliedern und im ganzen deutschen Volk das Gelöbnis für Leistung, Hingabe und Treue in dieser schweren Stunde in allen Herzen wachgerufen habe.

Das Reichskabinett genehmigte sodann ein Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr, dessen einziger Artikel lautet:

»Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.«

Der Reichsjustizminister Dr. Gürtner erklärte hierzu, daß die vor dem unmittelbaren Ausbruch einer landesverräterischen Aktion ergriffenen Notwehrmaßnahmen nicht nur als Recht, sondern auch als staatsmännische Pflicht zu gelten haben.

Das Reichskabinett beschloß ferner ein Änderungsgesetz zum Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, wonach der Chef des Stabes der SA nicht mehr Mitglied der Reichsregierung sein muß."

Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung

Leipzig, 6. Juli 1934

Wochenschau

"Ein Gewittersturm ist über Deutschland hinweggebraust mit einer Plötzlichkeit und Gewalt, wie wir ähnliches noch niemals auch nur annähernd erlebt haben. In uns allen zittern noch die Ereignisse dieses 30. Juni nach, der einen Markstein in der Geschichte des neuen Deutschland bildet. ... Aber auch an dieser Stelle muß dem Ausdruck gegeben werden, was Millionen deutscher Herzen in diesen Tagen bis ins tiefste bewegt, was der Reichspräsident in seinem Telegramm an den Führer dem deutschen Volk aus dem Herzen gesprochen hat: den Dank an Adolf Hitler, daß er in der Stunde höchster Gefahr ... persönlich eingegriffen hat und Deutschland vor einer riesengroßen Gefahr bewahrte. Wieder einmal sehen wir uns Ereignissen gegenüber, in denen man den Finger Gottes besonders deutlich zu spüren meint. ..." [53) S. 72]

Zum Tod von General Kurt v. Schleicher äußerte sich **General v. Reichenau am 3. Juli 1934 im *Völkischen Beobachter*:**

"In den letzten Wochen wurde festgestellt, daß der frühere Reichswehrminister General a.D. von Schleicher mit den staatsfeindlichen Kreisen der SA-Führung und mit auswärtigen Mächten staatsgefährdende Verbindung unterhalten hat. Damit war bewiesen, daß er sich in Worten und Wirken gegen diesen Staat und seine Führung betätigt hat. Diese Tatsache machte seine Verhaftung im Zusammenhang mit der gesamten Säuberungsaktion notwendig. Bei der Verhaftung durch Kriminalbeamte widersetzte sich General a.D. Schleicher mit der Waffe. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel wurden er und seine dazwischentretende Frau tödlich verletzt."

Vier Wochen später -- am 6.8.1934 -- veröffentlichte das Pariser ***Petit Journal*** ein Interview, in dem **v. Reichenau** ergänzte:

*"Der Tod **Schleichers**, unseres früheren Chefs, hat uns Schmerz bereitet, aber wir sind der Ansicht, daß er seit längerer Zeit aufgehört hatte, Soldat zu sein. Schleicher sei ein geborener Verschwörer gewesen, und der Gedanke, mit Hilfe der SA wieder an die Macht zu kommen, sei bei einem ehemaligen Reichswehrminister unverständlich. Seine Verbindung zu **Röhm** sei bekannt gewesen, es sei auch sicher, daß er ernstlich auf Frankreich hoffte, das ihm seine Regierungsaufgabe erleichtern sollte. ... Der Gedanke ist traurig, daß Offiziere so leicht die Eigenschaften ihres Berufes in der Politik verlieren können. Das war das Unglück im Falle Schleicher. Er hat vergessen, daß der Gehorsam erstes militärisches Gebot ist."* [54) S. 403 - 404]

Erlebniszeuge **Heinrich Bennecke**, ebenfalls erstaunt über die allgemeinen Reaktionen in Deutschland, kommentierte:

"Für die Zeitgenossen war die Verkündung des Reichskabinetts vom 4. Juli, daß die Ereignisse des 30. Juni rechtens seien, nur eine besondere Abart der zahlreichen Amnestien der Weimarer Republik, deren letzte um die Jahreswende 1932/33 erlassen wurde." [30) S. 74]

Die Katholische Kirche

Da der Heilige Stuhl in Rom die Politik der katholi-

53) Nikolaus v. Preradovich / Josef Stingl, "Gott segne den Führer", Leoni, 1986.

54) Max Domarus, "Hitler -- Reden 1932 bis 1945 -- kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen" München 1965, Bd. 1.

schen Kirche während des Dritten Reiches festlegte und mit Schweigen auf die Ereignisse des 30. Juni 1934 reagierte, hat auch der Episkopat niemals zu diesem Thema öffentlich Stellung bezogen.

"Die Kanzelvermeldung für das Berliner Bistum vom 8. Juli, in der der Tod **Klauseners** *mitgeteilt wurde, beschränkte sich auf das Notwendigste. Zusätzlich wurde der Klerus ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, gegenüber den Ereignissen die gebotene Zurückhaltung zu beachten und das Gesamtwohl der Kirche nicht aus den Augen zu lassen."* 55) S. 256

Der Artikel 30 des Konkordatsvertrages vom 22.7.1933 verpflichtete die Bischöfe, für das Wohl des Deutschen Reiches und Volkes zu beten. Wer aber hätte zu diesem Zeitpunkt realiter das Wohl des deutschen Staates und Volkes besser gestalten können als der Führer und Reichskanzler? Niemand hatte die Popularität und Macht hierzu gehabt!

Der aus dem Sudetenland stammende österreichische Kardinal **Innitzer** hat, wenn auch nicht zum 30.6.1934, so doch als Dank und Anerkennung für die Rückkehr Österreichs zum Deutschen Reich am 18. März 1938 an **Adolf Hitler** folgende "*Feierliche Erklärung*" übersandt, in der er faktisch ebenfalls die vorerwähnte Frage gleichermaßen beantwortete:

"Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz angesichts der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien am 18. März 1938" 53) S. 200 f



"Hindenburg und Hitler in Neudeck/Ostpreußen am 3. Juli 1934 nach der Unterredung über die Röhm-Affäre"

-- Max Domarus "Hitler -- Reden 1932 bis 1945 -- kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen" aaO. Bd. I, S. 432/433 --

Sogar die "Gesellschaft der nationalen deutschen Juden" stellte sich mit einem öffentlichen Aufruf an die Seite des Führers. 32) S. 483

"Es gelang ihm **(Adolf Hitler)** *das Meisterstück, durch die Gewalt seiner Persönlichkeit die revolutionären Tendenzen innerhalb der Partei zu kanalisieren und zu entschärfen."* 32) S. 422



"Während der Kampfzeit gab es zwischen SA und SS kaum Rivalitäten. Daran sollte dieses Foto erinnern, als es auf Befehl des Propagandaministers eine Woche nach der Röhm-Affäre in allen deutschen Zeitungen erschien. Selbst für die Bildunterschrift war folgende Sprachregelung vorgeschrieben:

»Treue um Treue!»

Vor allem die beunruhigte SA sollte auf Hitler damit neu eingeschworen werden."

-- *Das Dritte Reich -- Zeitgeschehen in Wort und Bild*, John Jahr Verlag Hamburg. o. J. Nr 4, S 136/137, Chefredakteur Dr Christian Zentner --

55) Jürgen Schmädeke / Peter Steinbach (Hrsg.), "Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus", München - Zürich 1985

Adolf Hitler vor dem Reichstag am 13. Juli 1934

"... Im Monat April und Mai (1934) nahmen diese Klagen ununterbrochen zu. Zum ersten Male in dieser Zeit erhielt ich aber auch aktenmäßig belegte Unterlagen über Besprechungen, die von einzelnen höheren SA-Führern abgehalten worden waren und die nicht anders als mit »grober Ungehörigkeit« bezeichnet werden mußten. Zum ersten Male wurde in einigen Fällen unleugbar bewiesen, daß in solchen Besprechungen Hinweise auf die Notwendigkeit einer neuen Revolution gegeben wurden, daß Führer die Aufforderung erhielten, sich für eine solche neue Revolution innerlich und sachlich vorzubereiten.

Stabschef **Röhm** versuchte, alle diese Vorgänge in ihrer Wirklichkeit abzustreiten und erklärte, sie als versteckte Angriffe gegen die SA.

Die Belegung einzelner dieser Vorfälle durch Angaben Beteiligter führten zur schwersten Mißhandlung dieser Zeugen, die meist aus den Reihen der alten SA stammten.

Schon Ende April war sich die Führung der Partei sowie eine Anzahl davon berührter staatlicher Einrichtungen im klaren darüber, daß eine bestimmte Gruppe höherer SA-Führer bewußt zur Entfremdung der SA von der Partei sowie den anderen staatlichen Institutionen beitrug oder diese zumindest nicht verhinderte. Der Versuch, auf dem normalen Dienstwege Abhilfe zu schaffen, blieb immer wieder erfolglos. Stabschef **Röhm** sicherte mir persönlich immer wieder Untersuchungen der Fälle und Entfernung der Schuldigen bzw. deren Maßregelung zu. Eine sichtbare Wandlung trat nicht ein.

Im Monat Mai liefen bei einigen Partei- und Staatsstellen zahlreiche Anklagen über Verstöße höherer und mittlerer SA-Führer ein, die, aktenmäßig belegt, nicht abgestritten werden konnten. Von verhetzenden Reden bis zu unerträglichen Ausschreitungen führte hier eine gerade Linie. ...

Die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, solchen Exzessen einzelner unwürdiger Elemente, die Partei und SA nur mit Schande beladen, ein Ende zu bereiten, führte zu sehr heftigen Gegenwirkungen von seiten des Stabschefs. Erste nationalsozialistische Kämpfer, die z.T. fast 15 Jahre für den Sieg der Bewegung gerungen hatten und nun als hohe Staatsbeamte an führenden Stellen unseres Staates die Bewegung repräsentierten, wurden wegen ihres Vorgehens gegen solche unwürdigen Elemente zur Verantwortung gezogen. D.h. Stabschef **Röhm** versuchte, diese ältesten Streiter der Partei durch Ehrengerichte -- die sich z.T. aus jüngsten Parteigenossen oder sogar aus Nichtparteigenossen zusammensetzten -- maßregeln zu lassen. Diese Auseinandersetzungen führten zu sehr ernsten Aussprachen zwischen dem Stabschef und mir, in denen mir zum ersten Mal Zweifel in die Loyalität dieses Mannes aufstiegen. Nachdem ich viele Monate lang jeden solchen Gedanken von mir aus zurückgewiesen hatte, nachdem ich vorher jahrelang mit meiner Person diesen Mann in unerschütterlicher treuer Kameradschaft gedeckt hatte, begannen mir nun allmählich Warnungen -- vor allem auch meines Stellvertreters in der Parteiführung, **Rudolf Heß** -- Bedenken einzuflößen, die ich selbst beim besten Wollen nicht mehr zu entkräften vermochte.

Es konnte vom Monat Mai ab keinen Zweifel mehr geben, daß Stabschef **Röhm** sich mit ehrgeizigen Plänen beschäftigte, die im Falle ihrer Verwirklichung zu schwersten Erschütterungen führen konnten. ...

Da der Stabschef **Röhm** selbst unsicher war, ob Versuche in der bezeichneten Richtung wohl bei mir auf Widerstand stoßen würden, wurde der erste Plan festgelegt zur Erzwingung dieser Entwicklung. Die Vorbereitungen hierzu wurden umfangreich getroffen:

1. Planmäßig sollten die psychologischen Voraussetzungen für den Ausbruch einer zweiten Revolution geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurde durch SA-Propagandastellen selbst in die SA die Behauptung hineinverbreitet, die Reichswehr beabsichtige eine Auflösung der SA, und später wurde ergänzt, ich sei leider für diesen Plan auch persönlich gewonnen worden. Eine ebenso traurige wie niederträchtige Lüge!

2. Die SA müßte nunmehr diesem Angriff zuvorkommen und in einer 2. Revolution diese Elemente der Reaktion einerseits und der Parteiwiderstände andererseits beseitigen, die Staatsgewalt aber der Führung der SA selbst anvertrauen.

3. Zu diesem Zwecke sollte die SA in kürzester Frist alle notwendigen sachlichen Vorbereitungen treffen. Es ist dem Stabschef **Röhm** gelungen, unter Verschleierung -- u.a. der lügenhaften Angabe, soziale Hilfsmaßnahmen für die SA durchführen zu wollen -- Millionenbeträge diesem Zwecke zuzuführen. 12 Millionen Mark sind für diese Zwecke gesammelt worden.

4. Um die entscheidenden Schläge rücksichtslos führen zu können, wurde die Bildung bestimmter, nur hierfür in Frage kommender eingeschworener Terrorgruppen unter dem Titel »Stabswachen« gebildet. Während der brave SA-Mann sich über ein Jahrzehnt für die Bewegung durchgehungert hatte, wurden hier besoldete Truppen gebildet, deren innerer Charakter und deren Zweckbestimmung durch nichts besser erhellt wird, als durch die geradezu furchtbaren Straflisten der darin geführten Elemente. Wie denn überhaupt der alte und treue SA-Führer und SA-Mann nunmehr schnell in den Hintergrund trat gegenüber den für solche Aktionen mehr geeigneten, politisch ungeschulten Elementen. ...

Anfangs Juni ließ ich als letzten Versuch Stabschef **Röhm** noch einmal kommen zu einer nahezu 5-stündigen Aussprache, die sich bis Mitternacht hinzog.

Ich teilte ihm mit, daß ich aus zahllosen Gerüchten und aus zahllosen Versicherungen und Erklärungen alter treuer Parteigenossen und SA-Führer den Eindruck gewonnen hätte, daß von gewissenlosen Elementen eine nationalbolschewistische Aktion vorbereitet würde, die über Deutschland nur namenloses Unglück bringen könnte. Ich erklärte ihm weiter, daß mir auch Gerüchte zu Ohren gekommen seien über die Absicht, die Armee in den Kreis dieser Pläne einzubeziehen.

Ich versicherte dem Stabschef **Röhm**, daß die Behauptung, die SA solle aufgelöst werden, eine niederträchtige Lüge sei, daß ich mich zur Lüge, ich selbst wolle gegen die SA vorgehen,

überhaupt nicht äußern könnte, daß ich aber jeden Versuch, in Deutschland ein Chaos entstehen zu lassen, augenblicklich persönlich abwenden würde und daß jeder, der den Staat angreift, von vornherein mich zu seinen Feinden zählen müsse.

Ich beschwor ihn zum letzten Mal, von sich aus diesem Wahnsinn entgegenzutreten und seine Autorität mit anzuwenden, um eine Entwicklung zu verhindern, die nur so oder so in einer Katastrophe enden könnte. Ich führte erneut schärfste Beschwerde wegen der sich häufenden unmöglichen Exzesse und forderte die nunmehrige restlose Ausmerzung dieser Elemente der SA, um nicht die SA selbst Millionen anständiger Parteigenossen und hunderttausende alter Kämpfer durch einzelne minderwertige Subjekte um ihre Ehre bringen zu lassen. Stabschef **Röhm** verließ diese Unterredung mit der Versicherung, die Gerüchte seien teils unwahr, teils übertrieben, er werde im übrigen alles tun, um nunmehr nach dem Rechten zu sehen.

Das Ergebnis dieser Unterredung aber war, daß Stabschef **Röhm** in der Erkenntnis, auf meine Person bei seinen geplanten Unternehmen unter keinen Umständen rechnen zu können, nunmehr die Beseitigung meiner Person selbst vorbereitete.

Zu diesem Zwecke wurde dem größeren Kreise der hinzugezogenen SA-Führer erklärt, daß ich selbst mit dem in Aussicht genommenen Unternehmen wohl einverstanden sei, aber persönlich davon nichts wissen dürfe bzw. den Wunsch hätte, zunächst auf 24 oder 48 Stunden bei Ausbruch der Erhebung in Haft genommen zu werden, um so durch die vollzogenen Tatsachen der unangenehmen Belastung enthoben zu sein, die sich im andern Fall für mich außenpolitisch ergeben müßte. Diese Erklärung erhält ihre letzte Illustration durch die Tatsache, daß unterdes vorsorglicherweise bereits der Mann gedungen war, der meine spätere Beseitigung durchzuführen hatte: Standartenführer **Uhl** gestand noch wenige Stunden vor seinem Tod die Bereitwilligkeit zur Durchführung eines solchen Befehls. ...

Ende Juni war ich daher entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu setzen, und zwar ehe noch das Blut von 10.000 Unschuldigen die Katastrophe besiegeln würde.

Da die Gefahr und die auf allen lastende Spannung allmählich unerträglich geworden war und gewisse Partei- und Staatsstellen pflichtgemäß Abwehrmaßnahmen treffen mußten, erschien mir die eigenartige plötzliche Verlängerung des Dienstes vor dem SA-Urlaub bedenklich, und ich entschloß mich, Samstag den 30. Juni den Stabschef seines Amtes zu entheben, zunächst in Verwahrung zu nehmen und eine Anzahl von SA-Führern, deren Verbrechen klar zutage lag, zu verhaften.

Da es zweifelhaft war, ob angesichts der drohenden Zuspitzung Stabschef **Röhm** überhaupt noch nach Berlin oder anderswo hingekommen wäre, entschloß ich mich, zu einer nach Wiessee angesetzten SA-Führer-Besprechung persönlich zu fahren. Bauend auf die Autorität meiner Person und auf meine, wenn notwendig immer vorhanden gewesene Entschlußkraft, wollte ich dort um 12 Uhr mittags den Stabschef seiner Stellung entheben, die hauptschuldigen SA-Führer verhaften und in einem eindringlichen Appell die übrigen zu ihrer Pflicht zurückrufen.

Im Laufe des 29. Juni erhielt ich aber so bedrohliche Nachrichten über letzte Vorbereitungen zur Aktion, daß ich mittags die Besichtigung der Arbeitslager in Westfalen abbrechen mußte, um mich für alle Fälle bereit zu halten.

Um 1 Uhr nachts erhielt ich aus Berlin und München 2 dringendste Alarmnachrichten. Nämlich erstens, daß für Berlin um 4 Uhr nachmittags Alarm angeordnet sei, daß zum Transport der eigentlichen Stoßformationen die Requisition von Lastkraftwagen befohlen und bereits im Gange sei und daß Schlag 5 Uhr die Aktion überfallmäßig mit der Besetzung der Regierungsgebäude ihren Anfang nehmen sollte. Gruppenführer **Ernst** war zu diesem Zweck auch nicht mehr nach Wiessee gereist, sondern zur persönlichen Führung der Aktion in Berlin zurückgeblieben.

Zweitens wurde in München die Alarmierung der SA bereits für 9 Uhr abends angeordnet. Die SA-Formationen wurden nicht mehr nach Hause entlassen, sondern in die Alarmquartiere gelegt. Das ist Meuterei! Der Befehlshaber der SA bin ich und sonst niemand!

Unter diesen Umständen konnte es für mich nur noch einen einzigen Entschluß geben. Wenn überhaupt das Unheil noch zu verhindern war, dann mußte blitzschnell gehandelt werden. Nur ein rücksichtsloses und blutiges Zugreifen war vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolte zu ersticken. ...

Die Sühne für diese Verbrechen war eine schwere und harte.

19 höhere SA-Führer, 31 SA-Führer und SA-Angehörige wurden erschossen. ebenso 3 SS-Führer als Mitbeteiligte am Komplott, 13 SA-Führer und Zivilpersonen, die bei der Verhaftung Widerstand versuchten, mußten dabei ihr Leben lassen. 3 weitere endeten durch Selbstmord; 5 Nicht-SA-Angehörige, aber Parteigenossen, wurden wegen Beteiligung erschossen. Endlich wurden noch erschossen 3 SS-Angehörige, die sich eine schändliche Mißhandlung gegenüber Schutzhäftlingen zuschulden kommen ließen.

Um zu verhindern, daß die politische Leidenschaft und Empörung an weiteren Belasteten zur Lynchjustiz greifen konnte, wurde, nachdem die Gefahr beseitigt und die Revolte als niedergeschlagen gelten konnte, noch am Sonntag, dem 1. Juli der strengste Befehl gegeben, jede weitere Vergeltung zu unterlassen. Es ist damit seit Sonntag, dem 1 .Juli nachts, der normale Zustand wiederhergestellt. Eine Anzahl von Gewalttaten, die mit dieser Aktion in keinem Zusammenhang stehen, werden den normalen Gerichten zur Aburteilung übergeben. ..." 42) S. 237 - 248

"Nach einem Schlußwort des Reichstagspräsidenten **Göring** nahm der Reichstag unter stürmischem Jubel folgende Entschließung an:

»Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und dankt dem Reichskanzler für seine tatkräftige und entschlossene Rettung des Vaterlandes vor Bürgerkrieg und Chaos.«" [56]

56) Rudolf Absolon, "Die Wehrmacht im Dritten Reich", Bd. II, Boppard 1971, S. 507.

Zur Entwicklung der deutschen Politischen Polizei

In den Protokollen des Nürnberger Militärtribunals, Band XXI S. 556 ff findet sich folgende Zusammenfassung vom Verteidiger der Gestapo, **Dr. Merkel**, für die Organisation der deutschen Polizei von 1933 bis Kriegsende:

Organisatorisch sind 3 Zeitabschnitte festzustellen:

1. von 1933 - 17. Juni 1936. – 2. von 1936 - 1939 und – 3. von 1939 - Kriegsende 1945.

1.

"Das Charakteristische dieser nicht überall gleichmäßig abgelaufenen Entwicklungsperiode (1933 - 1936) war die aus der politischen Selbständigkeit der einzelnen Länder des Deutschen Reiches resultierende Polizeihoheit dieser Länder. Diese Dezentralisation wurde allerdings insofern teilweise aufgehoben, als ***Himmler*** *nach und nach im Jahre 1933 und Anfang 1934 politischer Polizeikommandeur in allen Ländern des Deutschen Reiches mit Ausnahme Preußens wurde.*

Im Frühjahr 1934 wurde ***Himmler*** *auch zum Stellvertretenden Chef der preußischen Geheimen Staatspolizei ernannt, womit die Einflußnahme* ***Himmlers*** *auf die Geheime Staatspolizei sämtlicher Länder des Deutschen Reiches erreicht war. Haushaltsmäßig stand die Geheime Staatspolizei bis zum Juni 1936 auf dem Etat der Länder.*

2.

Die zweite Periode wurde eingeleitet mit der am 17. Juni 1936 verkündeten Ernennung ***Himmlers*** *zum Chef der Deutschen Polizei. Einige Tage später erfolgte die Ernennung des SS-Gruppenführers* ***Heydrich*** *zum Chef der Sicherheitspolizei, die die Geheime Staatspolizei und die Kriminalpolizei umfaßte, während General der Polizei* ***Daluege*** *zum Chef der Ordnungspolizei ernannt wurde, in welcher Schutzpolizei, Gendarmerie und Gemeindepolizei zusammengefaßt waren."*

Während **Heinrich Himmler** am 20. April 1934 zum Chef der Politischen Polizei in Deutschland bestellt wurde (lediglich in Preußen unterstand er noch dem Ministerpräsidenten **Göring**), wurde **Reinhard Heydrich** zum gleichen Zeitpunkt Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes.

Reichsinnenminister **Dr. Frick** gab am 19.2.1934 per Erlaß an die Reichsstatthalter bekannt, daß ihm die Befehlsgewalt über die Landespolizei zukäme. **Göring** weigerte sich zunächst per Gegenerlaß vom 9. März 1934, auf seine Befehlsgewalt über die preußische Landespolizei zu verzichten, was indessen alsbald durch Verhandlungen zurückgenommen wurde. Demgegenüber bauten **Himmler** und **Heydrich** ihre mehr oder weniger unabhängigen Positionen aus, zumal ihre Unterstellung unter die SA-Stabsführung mit den Ereignissen des 30.6.1934 entfallen war, und **Hitler** mit Verfügung vom 20. Juli 1934 unter Hinweis *"auf die großen Verdienste im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934"* die SS zu einer selbständigen Organisation innerhalb der NSDAP erhob.

Hermann Göring hatte sich von Anfang an nie recht dem Reichsinnenminister **Dr. Frick** unterstellen wollen. Als Ministerpräsident (ab 11.4.1933, vorher schon Innenminister) von Preußen -- dem größten Land des Reiches -- sorgte er anläßlich der "Gleichschaltung der Länder" dafür, seine eigene Machtbasis, die Polizei-Exekutive von Preußen, zu bewahren. So hat er am 26. April 1933 die Politische Polizei aus der normalen staatlichen Verwaltung herausgenommen und sich direkt mit eigener Exekutivbefugnis auch für die anderen Polizeiorgane unterstellt. Sie sollte alle staatsgefährlichen Bestrebungen erfassen und bekämpfen. Das so geschaffene Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) residierte unmittelbar neben seinem Amtssitz (Leipziger-Str.) in der Prinz-Albrecht-Str. 8. Einen 2. Geheimdienst hat sich **Göring** mit seiner Forschungsstelle der Luftwaffe geschaffen, fungierte er seit Mai 1933 doch noch zusätzlich als Reichskommissar für die Luftfahrt. Da er außerdem noch Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichstagspräsident war, zudem in ständigem persönlichen Kontakt mit **Hitler** stand, war seine Ämterhäufung und Machtstellung im Dritten Reich unübertroffen. Als Reichsjägermeister und Bevollmächtigter für den Vierjahresplan trat er erst später in Erscheinung.

SA-Obergruppenführer Max Jüttner vor dem Siegertribunal in Nürnberg

"Verteidiger RA **BÖHM**: Wie beurteilen Sie das Führerkorps vor und nach dem Tode **Röhms**?

JÜTTNER: Ich kenne die Führung der SA, ihre Ziele und die SA-Führer, besonders die höheren SA-Führer, ganz genau. Es liegt mir fern, irgendetwas zu beschönigen. Ein geringer Bruchteil der SA-Führer, die sich als Landsknechte erwiesen hatten, wurde ausgeschaltet. Auch diese SA-Führer haben sich früher, im vorigen Weltkrieg, als tapfere Soldaten oder später als Freikorps-Männer unter der Regierung **Ebert-Noske** Verdienste erworben. Ihre Haltung und ihre Lebensführung widersprach aber den Grundsätzen der SA. Deshalb mußten sie ausscheiden. Im übrigen aber, also die Masse des SA-Führerkorps, war anständig und sauber und in seiner Rechts- und Pflichtauffassung untadelig.

Von den hauptamtlichen Führern, Obergruppen- und Gruppenführern, da kenne ich Werdegang, Lebensführung und politische und sittliche Haltung. Abgesehen von den verschwindend wenig Ausgeschiedenen waren diese SA-Führer unbescholten. Kein einziger war vorbestraft, keiner war eine sogenannte gescheiterte Existenz, alle hatten sie einen Zivilberuf, bevor sie in das hauptamtliche SA-Führerkorps eintraten. Ihre Lebensführung war schlicht und bescheiden. Sie wurden jedoch im Verhältnis zu vergleichbaren Beamten oder Vertretern der Wirtschaft äußerst gering bezahlt. Alle Nebenbezüge wurden ihnen angerechnet, Doppelverdiener gab es in der SA nicht. Nicht einer konnte sich auf Grund seiner Dienststellung persönlich bereichern! Gesellschaftlichen Aufwand konnte sich nur leisten, wer Privatvermögen besaß. Und von den Grup-

pen- und Obergruppenführern, welche 1939 in der SA-Führung oder bei den Gruppen tätig waren, sind die Hälfte gefallen. Sie gaben ihr Leben im Glauben, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Sie waren Patrioten und haben kein Unrecht und keine Gottlosigkeit begangen. Und ich bekenne heute noch mit Stolz, einem solch lauteren Führerkorps angehört zu haben. ...

Die SA war von Anfang an zusammengesetzt aus ehemaligen Soldaten des vorigen Krieges und aus jungen Idealisten, die ihr Vaterland über alles geliebt haben. ... Zahlreiche amtierende Geistliche, viele Theologiestudenten gehörten der SA an als aktive Mitglieder, zum Teil bis zuletzt. Jeder einzelne SA-Mann wird bestätigen können. daß von ihm niemals verbrecherische Handlungen gefordert wurden, daß die SA-Führung niemals verbrecherische Ziele verfolgt hat. ..." [57]

Letztes Bekenntnis des Reichspräsidenten

Obgleich unmittelbar nach dem Tod des Reichspräsidenten verlautete, **Paul v. Hindenburg** habe kein politisches Testament hinterlassen, gelangte ein solches dennoch am 15. August 1934 an die Öffentlichkeit. Ihm war ein Brief an **Adolf Hitler** beigefügt, handschriftlich im Beisein seiner Privatsekretäre verfaßt und begann mit den Einleitungsworten:

"Dies ist das Testament an das deutsche Volk und seinen Kanzler. Dieser Brief soll dem Reichskanzler von meinem Sohn übergeben werden.

»... Ich danke der Vorsehung, daß sie mich an meinem Lebensabend hat Zeuge werden lassen, die Stunde unserer nationalen Wiedergeburt zu erleben. Ich danke allen jenen, die hierzu in selbstloser Vaterlandsliebe an dem Werk des Wiederaufstiegs Deutschlands beigetragen haben. Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan. Ich weiß, daß noch vieles zu tun bleibt, und ich wünsche mir von ganzem Herzen, daß der große Akt der nationalen Wiederherstellung und Einigung des Volkes gekrönt werden möge mit einer Versöhnung, die das ganze deutsche Vaterland umfassen möge.«"

Vizekanzler **v. Papen** hat sich in seinen Erinnerungen, die Bekundungen von **Hindenburgs** Staatssekretär **Dr. Otto Meißner** und seines Adjutanten **Graf v. d. Schulenburg** bestätigend, über den Geisteszustand des Reichspräsidenten zum Ende seines Lebens wie folgt geäußert:

*"Ich selbst habe seit Juni 1932 feststellen können, daß der Feldmarschall jederzeit im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war. Zu keiner Zeit dieser kritischen Periode habe ich ein Nachlassen seiner Urteilskraft bemerken können. Erst nach der Jahreswende 1933/1934 setzten infolge der außergewöhnlichen Aufregungen dieses Jahres korperliche Verfallserscheinungen ein -- aber auch jetzt noch ohne merkliches Nachlassen der geistigen Spannkraft. Es ist sicher, daß damals außer **Hindenburg** kein Kandidat vorhanden war, der mehr Stimmen als **Hitler** aufbringen würde. Wenn diese Überlegung ausschlaggebend war, dann sind die nachträglichen Klagen über seine geistige Unzulänglichkeit eine ungeeignete Entschuldigung."* [36) S. 368]

Oskar v. Hindenburg, der Sohn des Verstorbenen, erklärte anschließend über den Rundfunk:

"Mein nunmehr verstorbener Vater sah in Adolf Hitler seinen unmittelbaren Nachfolger als Oberhaupt des Deutschen Reiches. Ich folge hiermit dem Wunsch meines verehrten Vaters, wenn ich jeden Mann und jede Frau in Deutschland auffordere, in dem Referendum vom 19. August die Ubertragung aller Macht und Vorrechte, die früher von ihm ausgeübt wurden, der Person des Führers und Reichskanzlers zu ubertragen."

Der Kronprinz, der älteste Sohn des entthronten Kaisers, von dem viele noch hofften, das Hohenzollernhaus wieder zur Geltung zu bringen, rief ebenfalls im Rundfunk auf, **Adolf Hitler** mit allen Vollmachten zu betrauen.

Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche,
Berlin, den 15. August 1934
zur Volksabstimmung am 19. August 1934.
Der Reichsbischof Ludwig Müller

"... Aus Not und Verzweiflung hat unser Führer und Kanzler das deutsche Volk zu seiner völkischen Bestimmung zurückgeführt. Unser Volk steht mit fester Zuversicht im Anfang eines neuen Lebensabschnittes. Wir alle sind die lebendigen Zeugen dieser gewaltigen Wandlung, die wir fromm als die gnädige Fügung der Vorsehung betrachten. Solch sichtbares Walten göttlicher Fügung mit unserem Volk verpflichtet zu ganzer Hingabe und ganzem Vertrauen. ... Unser Führer braucht für das riesengroße Werk des friedlichen Aufbaues das ungeteilte Vertrauen des ganzen Volkes.

Nach dem Heimgang des geliebten Vaters des Vaterlandes bleibt der Führer, der uns als Verheißung und Inbegriff unserer völkischen Sehnsucht aus göttlichem Willen als der Gestalter des deutschen Lebens geschenkt ist. In steter Treue umgibt die evangelische Kirche Führer und Volk mit ihren Gebeten. Aber sie ruft auch auf zu verantwortungsbewußtem Handeln, wie es der 19. August fordert. Der Führer hat, indem er den Kampf gegen die volksfeindlichen Mächte führte, seine starke Hand auch über die evangelische Kirche gehalten. ...

Am 19. August werden deshalb Volk und evangelische Kirche in Vertrauen und Treue dem Führer ihr »Ja« sagen. ..."
[58) S. 80]

57) IMT, Bd. XXI, S. 149 - 151

58) Nikolaus von Preradovich / Josef Stingl, "Gott segne den Führer", Leoni 1986, S. 80 -- Die Volksabstimmung ergab 89,93% Zustimmung für die Zusammenlegung der Ämter "Führer und Reichskanzler" Vergl. S. 3

Epilog

Man hat sich nach Kriegsende den erzwungenen Vorgaben der Siegermächte unterworfen, die deutsche Geschichte -- vornehmlich die jüngste Vergangenheit -- und ihre Gestalter als mörderisch und verbrecherisch zu charakterisieren. Hierbei käme es nicht mehr auf Einzeluntersuchungen, Faktenbegrenzung und Objektivität an. Schuld und Verbrechen seien von Anfang an übergreifend auf alle Geschehnisse, die sich nah und fern unter gewissenloser Einblendung selbst größter Lügen, Unwahrheiten, "Desinformationen" in einen Zusammenhang mit besiegten deutschen Führungskräften bringen lassen, diesen -- den einzigen -- "Tätern" zu unterstellen. Diese Terminologie mündete schließlich im "Tätervolk mit Killer-Genen",[59] -- "singulär" in der Weltgeschichte.

Das Handeln aller anderen bleibt ausgeklammert, verschwiegen, notfalls als "Folge vorangegangener deutscher Verbrechen" deklariert, verharmlost, verfälscht, geleugnet, keiner "Aufrechnung" zugänglich. Wer wagt bei so bestellter, von den Siegermächten dargestellter "Sachlage" noch von deren Verbrechen und Morden zu sprechen, selbst wenn deren Dimensionen gar keine anderen Begriffe zulassen und sie als Ursachen offenkundig sind?

Der "Konsens" der Historiker mündet, wie wir es erleben, im grundsatzlosen Opportunismus. Die Obrigkeit, in die sie eingebunden sind, gilt ihnen als Repräsentanz der nicht kritisierbaren "Guten", die anderen sind stets die Schuldigen, Schurken, "Bösen", Kriminellen, Verbrecher. Die Kirche hilft bei der Wahrheitsaufklärung und -durchsetzung auch nicht, da sie hier wie dort ihre Gläubigen verpflichtet, sich gegenüber ihrer Obrigkeit gehorsam zu verhalten. So hat sie es auch mit dem Dritten Reich gehalten.

Nun definieren die Historiker die Niederschlagung des "Röhm-Putsches" als verbrecherische Mordaktion, als "systemimmanentes" Beispiel für das später noch viel verbrecherischere Kriegsgeschehen. Alles wird miteinander verquickt und Schuld im voraus festgelegt, was Einzeluntersuchungen erübrigen, ja geradezu kriminell erscheinen lassen sollen.

Zweifellos hätte die Auseinandersetzung mit **Röhm** grundsätzlich anders ausgetragen werden müssen. Nachträglich zweifelt niemand mehr an der falschen Lageeinschätzung, an den tragisch übereilt vollzogenen Erschießungen. Die seriöse Historikerschaft hat indes selbst 70 Jahre später jene schrecklichen Geschehnisse nicht als Konsequenz nationalsozialistischer Zielsetzung, sondern als von **Hitler** höchst unerwünschte, wiederholt hinausgezögerte, schließlich "*in Panik*" [18) S. 107 + 32) S. 451] ausgelöste Ereigniskette beschrieben, bei der es um schnellste Abwendung einer (vermeintlichen) Existenzgefährdung des Staates und aller bisherigen friedlichen Aufbauarbeit ging.

Erst **Göring** hatte in eigenmächtiger "Erweiterung" seiner Vollmacht zu etlichen Verhaftungen mutmaßlicher "Mittäter" unter dem Eindruck der anläßlich der Verhaftung von **Jung** und **Bose** aufgefundenen Belege ebenso überstürzt den zweiten (mutmaßlichen) Verschwörerkreis liquidieren lassen. Erst seine Eingriffe führten zu der bekannten Größenordnung von 83 oder 122 Toten. Auch jene Betroffenen sollten hierbei nicht vergessen werden, die völlig unschuldig dieser Aktion zum Opfer gefallen sind. **Hitler** hat später hierfür zwar ebenfalls die Verantwortung übernommen, weil er andernfalls die Staatskrise zum Chaos und möglichen Bürgerkrieg gesteigert hätte. Schließlich hatte auch die Reichswehrführung **Göring** unterstützt.

Hitler hatte den Staatstreich **Röhms** nicht erfunden. Zwar hatte er zahlreiche Beweise für **Röhms** Unnachgiebigkeit, für sein gefährliches Vorhaben, seine treulosen internen Äußerungen, seine Auslandsverbindungen und Waffeneinkäufe, doch die akute Meuterei und der ihm auferlegte Zwang zum schnellen und scharfen Durchgreifen wurde ihm suggeriert von zahlreichen koordiniert zusammenarbeitenden Kräften der Reichswehr, Geheimdienste, Polizei, Partei und sonstiger unbekannter Interessenten.

Sein monatelanges Zögern und "Ausreifenlassen", sein demonstratives Entgegenkommen mit "Verdienstbescheinigung" und Ernennung zum Minister hatten **Röhm** in seiner Sturheit nicht beeindruckt. Zweifellos hätte die Möglichkeit bestanden, ihn und einige andere zeitig abzusetzen oder ihn wegen Hochverrat vor Gericht zu stellen. Doch was hätte die Folge sein können? Womöglich bewaffneter Widerstand der SA und somit Bürgerkrieg bei gleichzeitiger Gefahr einer Intervention ausländischer Mächte, die auf dem Sprunge standen, jede Schwäche Deutschlands auszunutzen. Dieses Risiko konnte sich der Reichskanzler nicht leisten. Zwar ist es müßig, über solche alternativen Entwicklungen zu spekulieren. Doch sei festgestellt, daß das Dritte Reich keineswegs der einzige Staat in Europa oder gar der Welt war, der die Todesstrafe für Hochverrat vorsah, und in dem der Staatschef die letzte Entscheidungsinstanz der Rechtsprechung war bzw. sie faktisch ausübte. Auch Einparteienherrschaft und Konzentrationslager waren keine deutschen Erfindungen. Für **Hitler** waren sie Gegenwartszustände in zahlreichen anderen Staaten, sogar an den Grenzen Deutschlands.

Es geht nicht an, das deutsche Volk anzuklagen, die Morde an den mutmaßlichen Verschwörern des sogenannten "**Röhm**-Putsches" gebilligt und "das so schuldbeladene System" weiterhin unterstützt zu haben. Die Erlebnisgeneration hat größtenteils die wahren Zusammenhänge nicht in Erfahrung bringen können, sie jedoch als Vereitelung von Sabotage und Meuterei registriert. Sie begrüßte die Grundsätze des positiven Wollens der Führung, die bereits erbrachten Leistungen für die Allgemeinheit, die nur durch Einigkeit erstrebte und erreichbare Freiheit von ausländischem Vernichtungswillen. An dieser Zielsetzung wirkte sie großenteils begeistert mit. Die Existenzprobleme des einzelnen, die Machtverhältnisse im Staat und die von allen anzupackenden Aufgaben übten von sich aus einen

59) Von der BRD-Regierung **Helmut Kohl** preisgekrönte "Erkenntnis" des **Daniel Goldhagen** Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 77, S. 16.

Zwang zum Verdrängen von Unfällen, Fehleinschätzungen und tragischen Einzelfällen aus. Niemandem war gestattet, sich über die Gesetzgebung ungestraft hinwegsetzen zu können oder gar vermeintliche Gegner zu ermorden. Die Psychose der Staatsgefährdung hatte besondere und unerwünschte, rasch wieder abgeriegelte Verhältnisse geschaffen.

Die nachgeborenen "Richter" der damaligen Abläufe in Deutschland schweigen sich über die politischen Morde der "Demokraten", die sie in ihren Entscheidungen von Versailles 1919 für ganze Völker beschlossen haben, aus. Die Täter waren nicht nur jene, die mit dem Jahr 1919 "den Krieg mit anderen Mitteln" und die die Hungerblockade bis zum Tod von 800.000 Deutschen fortsetzten, sondern alle insgesamt, die jenes Diktat mitverfaßt und darauf bestanden haben, es kompromißlos durchzusetzen.

Walther Rathenau, ein zweifellos berufener Gewährsmann, formulierte die Konsequenzen dieser Friedensbedingungen in einem offenen Brief an den persönlichen Berater des us-amerikanischen Präsidenten **Woodrow Wilson**, Oberst **House**, im Dezember 1918 wie folgt:

"Heute stehen wir am Rande der Vernichtung, die unabwendbar ist, wenn Deutschland nach dem Rate derer verstümmelt wird, die es hassen.

Denn dies muß ausgesprochen werden, klar und eindringlich, so daß jeder das Furchtbare versteht, alle Völker und Geschlechter, die jetzigen und die kommenden:

Was uns angedroht wird, was der Haß uns anzutun vorschlägt, ist Vernichtung. Die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in alle Zukunft." [60] S. 63

Walther Rathenau fährt an anderer Stelle fort:

"Einzelne sagen: Gerechtigkeit. Andere sagen: Vergeltung. Es gibt auch welche, die sagen: Rache.

Wissen Sie, daß das, was sie Gerechtigkeit, Vergeltung, Rache nennen, daß es Mord ist? ...

Wir werden vernichtet, Deutschlands lebendiger Leib und Geist werden getötet. Millionen deutscher Menschen werden in Not und Tod, in Heimatlosigkeit, Sklaverei und Verzweiflung getrieben. Eines der geistigen Völker im Kreise der Erde verlischt. Seine Mütter, seine Kinder, seine Ungeborenen werden zu Tode getroffen. ...

Es gibt Franzosen, die sagen: Dieses Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen starken Nachbarn haben.

Es gibt Engländer, die sagen: Dieses Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen kontinentalen Nebenbuhler haben.

Es gibt Amerikaner, die sagen: Dieses Volk sterbe. Wir wollen nie mehr einen Konkurrenten in der Wirtschaft haben." [60] S. 66 - 67 + S. 70

Noch 1995 bestätigte ***Der Spiegel***:

"Frankreich ging nach dem Waffenstillstand 1918 auf die Vernichtung Deutschlands aus ... Tatsächlich gab es in den Augen des Tigers Clemenceau [des französischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Versailler Friedenskonferenz] ***20 Millionen Deutsche in Mitteleuropa zu viel"*** [61] S. 71

Hier also beschränkte sich das politische Ziel nicht auf Mord an Einzelpersonen, gar aus Notwehr zur Erhaltung der Existenzgrundlagen für die Allgemeinheit, sondern es war Mordprojekt gegenüber einem ganzen Volk! Niemand hat die Verantwortlichen für diese Politik zur Verantwortung gezogen oder gar deren Völkern vorgeworfen, solche "Staatsmänner" und ihre "Systeme", die ihnen solches durchzuführen gestatteten, weiterhin gefeiert und unterstützt zu haben. -- Das bliebe noch nachzuholen.

Die nachgeborenen "Richter" über Deutschland schweigen gleichermaßen über das Völker-Massenmord-Programm des von Ende 1917 an wütenden Bolschewismus, der bereits 1934 über mehrere Millionen Mordopfer nicht nur in Rußland hinter sich gebracht hatte, und eindeutig gegen jede Rechtsordnung, Meinungs- und Glaubensfreiheit, statt dessen auf unablässigen und grenzenlosen Terror sowie Krieg zur Vernichtung aller "kapitalistischen Staaten" ausgerichtet war. Dieses "System" wurde nicht nur von den westlichen "Demokratien" hoffähig gemacht, sondern sogar in den Rang einer "Führungsmacht zur Befreiung" anderer Völker gekürt.[62] -- Die Anklagen gegen die Täter und Helfershelfers blieben noch nachzuholen.

Die nachgeborenen "Richter" schweigen ebenso über den "Wortführer der freien Welt", US-Präsident **F.D. Roosevelt**, der unmittelbar nach seiner Wahl im November 1932 dem um finanzielle Hilfe ersuchenden eh. Reichskanzler **Heinrich Brüning** darlegte, daß er Deutschland "zerschmettern" werde (***"I'll crush Germany").***[63]

Dieses schon **vor** dem Machtantritt **Hitlers** verkündete Programm hat er während des Zweiten Weltkrieges bis in infernalische Dimensionen durchgeführt -- mit dem Ergebnis von vielen Millionen Toten. Sein Schwiegersohn **Curtius B. Dall** schilderte die Reaktion, die der vom deutschen Botschafter in Istanbul, **v. Papen**, als Vermittler erwogene US-Gouverneur **Earle** in Washington vorfand: Ein starker Einfluß habe den Präsidenten beherrscht,

"der den festen Willen erkennen lasse, das ganze deutsche Volk auszumerzen, ohne Rücksicht darauf, wieviele amerikanische Soldaten auf dem Schlachtfeld, zur See und in der Luft ihr Leben opfern müßten". [64]

Weder hierfür noch für Pearl Harbor, den Maßnahmen **F.D. Roosevelts** zur Erzwingung des Krieges mit Japan bei Inkaufnahme von schließlich über 3.700 US-Soldaten gab es Anklagen. Vorwürfe versandeten. Am "System" hat sich nichts geändert. Kriege und Lügen zur Beseitigung von "Schurkenstaaten" blieben im Programm.

Die nachgeborenen "Richter" über Deutschland schweigen gleichermaßen über die raffiniert eingefädelte und stets ausgeweitete Boykott- und Kriegspolitik seit Anfang 1933, die weltweit verzweigt tätige "heilige Krieger" systematisch gegen Deutschland geführt haben. Ein weiteres Mordprogramm gegen ein ganzes Volk: *"Judea declaires War on Germany"*.

Das alles scheint, wie ihr Schweigen belegt, "rechtsstaatsgemäß", nicht beanstandenswert, keineswegs etwa

60) Walther Rathenau, "Nach der Flut", Berlin 1923.

61) *Der Spiegel*, 1/1995, S. 71.

62) **Fritz Becker** in einem Offenen Brief vom 5.11.2003 in *Huttenbriefe*, Stockstadt, November 2003, Recherchen von. **Anton Antonow Owsejenko, L. + A. Merzalow** in "Stalinism i woina", Terra Verlag, Moskau 1998, **Valentin Bereshkov** in "Ich war Stalins Dolmetscher", München, Universitas Verlag, S. 514, Nikolai Braun

63) E. J. Reichenberger, "Wider Willkur und Machtrausch", Graz - Göttingen 1955, S. 241

64) Curtius B. Dall, "Amerikas Kriegspolitik", Tübingen 1975, S. 224.



Es waren "demokratische Politiker" wie diese – links W. Churchill und der britische Außenminister Lord Halifax, die zu diesem Zeitpunkt – Frühjahr 1939 – hinter dem Rücken des britischen Premierministers gemeinsam mit dem Secret-Service-Chef Stephenson und Kollegen aus dem War Office 2 geheime Arbeitsstäbe für "unkonventionelle Politik und Kriegsplanung" geschaffen und Killer-Kommandos -- "Missionen" – nach Polen entsandt haben, um einen Sabotage- und Partisanenkrieg gegen Deutschland vorzubereiten, aber auch Guerilla-Anleitungen zur kriegsprovozierenden Ausmordung der volksdeutschen Bevölkerung in Posen und Westpreußen in die Wege leiteten.

– Vergl *Historische Tatsachen* Nr. 39, S. 8 ff + Nr. 80, S. 22 ff. oder: William Stevenson, "A Man Called Intrepid – The Secret War", New York 1977 + *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, München 1982, S. 322 ff –

mit Verbrechen und Mord, nicht einmal mit "Tätern" in Verbindung zu stehen.

Die nachgewachsenen "Richter" verschweigen auch, daß zahlreiche ausländische Politiker nach dem 30. Juni 1934 **Hitler** für seine "patriotische Leistung" als "*bewundernswerten Kämpen*" bezeichnet haben, den sich z.B. **Winston Churchill** für England wünschte, falls es einmal geschlagen werden sollte und "*der unseren Mut wieder aufrichtet und uns zurückführt zu unserem Platz unter den Nationen*".65) S. 61

Doch nicht zu vergessen: Dieser "große Europäer", der 1953 "für seine Verdienste um Europa" mit dem "Karlspreis von Aachen" ausgezeichnet wurde, war für seine Kriegspolitik, die Millionen Tote gefordert hat, verantwortlich. Der Massenmord in Dresden kurz vor Kriegsende am 13. Februar 1945 und den Folgetagen war nur eines seiner schauerlichen Verbrechen. Die alliierten Imperialmächte feierten ihn als einen der "großen Vorkämpfer für die Humanität". Dabei hatte er seine Motivation schon während des Ersten Weltkrieges kundgetan:

"*»Dies hier«, sagte er mit einer Handbewegung auf die Karten der Kriegsschauplätze an der Wand, »ist es, für das ich lebe«.*

Wie oft haben wir ihn sagen hören:

»Krieg ist ein Spiel, das mit lächelndem Gesicht gespielt werden muß.«" 65) S. 61

Obgleich seinen eigenen Worten zufolge der Zweite Weltkrieg ***"leichter als jeder andere Krieg zu vermeiden gewesen wäre"***,65) S. 62

gab er 1940 Anweisungen,

"Europa in Brand zu stecken", 66)

unterstützte die **Roosevelt**-Forderung auf bedingungslose Kapitulation und meinte auf der Konferenz in Jalta am 7.2.1945:

"Wir haben 5 oder 6 Millionen [Deutsche] getötet und werden vor Beendigung des Krieges wahrscheinlich noch eine weitere Million töten.

Dadurch müßten für die transferierten Menschen [die Vertriebenen aus den deutschen Ostprovinzen] ***in Deutschland Raum genug vorhanden sein."*** 65) S. 64

Nachkriegsgeborene "Richter" gegen Deutschland sollten sich einmal mit solchen Leuten befassen und deren Taten untersuchen, anklagen und in die richtigen Zusammenhänge und Dimensionen einfügen!

Oder **Lloyd George**, britischer Kriegspremier 1919 und Mitunterzeichner des Versailler Diktats, nach einem Besuch bei **Hitler** im Jahre 1936:

"Jawohl, Heil Hitler, das sage auch ich; denn er ist wirklich ein großer Mann.

*Ich habe niemals ein glücklicheres Volk als die Deutschen angetroffen, und **Hitler** ist einer der größten Männer unter den verschiedenen großen Männern, denen ich begegnet bin."* 65) S. 53



Lloyd George bei seinem Besuch auf dem Obersalzberg am 4.9.1936

Für keinen dieser Männer war das Geschehen um den "**Röhm**-Putsch" Maßstab für die Bewertung seiner Politik. Für Großbritannien blieb maßgeblich die "Balance of Power in Europe", für die USA ihre imperiale Ausdehnung. Sie erstrebten nicht die Völkergemeinschaft mit friedlichen Mitteln, wie das deutsche Volk unter der ns-Führung die Volksgemeinschaft und ihre Gleichberechtigung unter den Nationen, sondern Imperialismus bei Inkaufnahme von Millionen Toten!

Nachgeborene "**Richter**" haben das alles mit gleichem Maßstab zu bewerten und "Mord an einzelnen aus tatsächlichem oder vermeintlichem "Staatsnotstand" oder "Meuterei im Krieg" – und "Mord aus imperialen und kriegerischen Zielsetzungen mit weiteren Massenmordfolgen" zu unterscheiden. Erst dann sollten die objektiv zusammengetragenen Fakten gemeinsam auf die Waage der Schicksalsgöttin gelegt werden!

65) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland – Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965 – Originalquellenangaben dort.

66) David Irving, "Churchill – Kampf um die Macht", München - Berlin 1990, S. 441.